

UTE SCHEUB

Die unvollendete

EUROPA

Demokratie

*Eine
Vision für die
Europäische
Union*



Selbstverpflichtung zum nachhaltigen Publizieren

Nicht nur publizistisch, sondern auch als Unternehmen setzt sich der oekom verlag konsequent für Nachhaltigkeit ein. Bei Ausstattung und Produktion der Publikationen orientieren wir uns an höchsten ökologischen Kriterien. Der Inhalt dieses Buches wurde auf FSC®-zertifiziertem Papier und der Umschlag auf 100 Prozent Recyclingpapier, das mit dem FSC®-Siegel ausgezeichnet ist, gedruckt. Alle durch diese Publikation verursachten CO₂-Emissionen werden durch Investitionen in ein Gold-Standard-Projekt kompensiert. Die Mehrkosten hierfür trägt der Verlag. Mehr Informationen finden Sie unter:
<http://www.oekom.de/allgemeine-verlagsinformationen/nachhaltiger-verlag.html>

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2019, oekom verlag München

Manuskriptschluss Nov. 2018

Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH
Waltherstraße 29, 80337 München

Korrektorat: Maïke Specht

Umschlaggestaltung: Ines Swoboda, oekom verlag
Satz: Markus Miller, München

Druck: CPI books GmbH, Leck

Alle Rechte vorbehalten



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 4.0 Lizenz (BY-NC-ND). Diese Lizenz erlaubt die private Nutzung, gestattet aber keine Bearbeitung und keine kommerzielle Nutzung. Weitere Informationen finden Sie unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Bei allen Fragen zu Genehmigungen für Adaptionen, Übersetzungen, Derivate oder Wiederverwendung zu kommerziellen Zwecken besuchen Sie bitte:
www.oekom.de/lizenzen

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Ute Scheub

EUROPA

DIE UNVOLLLENDETE DEMOKRATIE

EINE VISION FÜR DIE EUROPÄISCHE UNION

EIN BUCH VON MEHR DEMOKRATIE E.V.

WIR LEBEN IN EINER DEMOKRATIE,
DIE WIR ERST ERKÄMPFEN MÜSSEN.

ROBERT MENASSE

Einleitung

Das europäische Haus 7

Kapitel 1

**Kurze Erinnerung an die lange
europäische Geschichte 16**

Kapitel 2

**Warum wackelt das europäische Haus?
Wesentliche Konstruktionsfehler 32**

Kapitel 3

**Baupläne für eine neue Architektur des
europäischen Hauses 49**

Vision

**Das europäische Haus in ein oder
zwei Jahrzehnten 82**

Was will Mehr Demokratie e.V.? 90

Über die Autorin 92

Anmerkungen 93

Das europäische Haus

Liegt Ihnen das Schicksal der Europäischen Union am Herzen? Machen Sie sich Sorgen wegen der drohenden Gefahr ihres Auseinanderbrechens, wegen des erstarkten Nationalismus und Rechtspopulismus? Dann sind Sie hier richtig. Die Wahl zum EU-Parlament im Mai 2019 ist eine Schicksalswahl von dramatischer Bedeutung: Womöglich wird sie darüber entscheiden, ob die Union überhaupt weiter bestehen wird.

Donald Trumps Ex-Chefstrategie Steve Bannon hat angekündigt, durch Kampagnen seiner Stiftung *The Movement* den Block der Rechtspopulisten und Rechtsradikalen im EU-Parlament von derzeit 14,4 auf etwa 30 Prozent der Sitze erhöhen zu wollen, um sodann die EU von innen zu zerstören. Bannon traf sich dafür bereits mehrfach mit Viktor Orbán, Nigel Farage, Alice Weidel, Marine Le Pen und Matteo Salvini und trat auch vor dessen Anhängern auf. Salvini erwägt bereits eine Kampfkandidatur als neuer EU-Kommissionchef und wettet zusammen mit Le Pen gegen »die wahren Feinde Europas« in Brüssel.¹ Bannon, früher Vize der Skandalfirma *Cambridge Analytica* und Chef des Medienportals *Breitbart News*, weiß genau, wie man – finanziert durch neoliberale Milliardäre wie etwa Robert Mercer – Abstimmungen verfälscht. *Cambridge Analytica* steht im dringenden Verdacht, über »Dark Posts« auf Facebook und Social Bots die Wahl von Trump sowie die Brexit-Abstimmung manipuliert zu haben. Auch in der WhatsApp-geführten, extrem schmutzigen Wahlkampagne des neuen faschistischen Präsidenten Jair Bolsonaro in Brasilien spielte er eine womöglich entscheidende Rolle.² Bannon dürfte sehr stolz sein: Gleich drei weltbestimmende Abstimmungen sind in seinem Sinne verlaufen. Als Nächstes steht die EU auf seinem Destruktionsprogramm.

Diese befindet sich in der tiefsten Krise seit ihrer Gründung. Großbritannien wird sie verlassen; Rechtsaußen-Regierungen in Mitgliedsstaaten boykottieren gemeinsame Beschlüsse; das gegenseitige Misstrauen frisst sich tief in ihre Strukturen. Zum ersten Mal liegt ein

Scheitern in der Luft. Europa ist viel brüchiger als gedacht. Eine Veränderung und Demokratisierung der EU-Institutionen erscheint dringlicher denn je, zumal die Verantwortlichen oft unverantwortlich oder ratlos agieren. Ihre politische Fantasielosigkeit ist mit Händen zu greifen.

Der EU-Gipfel der nationalen Regierungschefs im Juli 2018 zeigte das Desaster wie unter einem Vergrößerungsglas. Er war ein Lehrstück darüber, wie Veitstänze nationaler Politiker – in diesem Falle des deutschen Innenministers Horst Seehofer – die gesamte Union lahmlegen können. Die Lösung der dringendsten Probleme – Bankenkrise, Sozialkrise, Eurokrise, Klimakrise, Demokratiekrise – wurde vertagt. Weil Seehofer sich einen Machtkampf mit Angela Merkel lieferte, mussten sich die Regierungschefs auf Betreiben der deutschen Kanzlerin fast ausschließlich mit der Situation an den Grenzen ihrer Länder beschäftigen. Sie beschlossen trotz zurückgehender Flüchtlingszahlen eine neuerliche Verschärfung des Asylrechts einschließlich »Ausschiffungszentren« in Folterländern wie Libyen – was der Grundrechte-Charta der EU hohnspricht. Der Papst warf der Union deshalb »erschreckenden Egoismus« vor.³ Hätte sich Seehofer mit seinem Alleingang an der bayrisch-österreichischen Grenze durchgesetzt, hätte das zwar nur eine Handvoll Asylsuchende betroffen, aber einen Dominoeffekt an anderen Ländergrenzen ausgelöst und womöglich die gesamte EU an den Rand des Scheiterns gebracht.

In allen aufgezählten Krisen geht es um Grenzen. Um grenzenlose Politiker-Egos, um die Grenzen der EU, ihrer Mitgliedsstaaten und ihrer Handlungsfähigkeit. Und um die Fragen dahinter: Soll sie weiter zusammenwachsen, soll sie ein Bundesstaat werden oder ein Staatenbund bleiben? Wie soll sie umgehen mit grenzenlosem Freihandel, grenzenlosen Datenströmen und der grenzenlosen Angst, die diese grenzenlose Moderne so vielen Menschen macht? Wie soll sie verfahren mit denjenigen, die sich gegen diese Angst mit so vielen neuen Mauern und Zäunen schützen wollen, dass von der europäischen Vereinigung nichts mehr übrig bleibt? Was soll sie tun gegen die gigantische Projektionsfigur des bedrohlichen, weil grenzüberschreitenden Flüchtlings, der angeblich alle Grenzen und Werte infrage stellt?

Das Schlimme ist, dass sich die Verantwortlichen in Brüssel und Europas Hauptstädten solche Fragen gar nicht mehr stellen. Im Sommer 2018 erlebte das Publikum einen EU-Gipfel der Ratlosigkeit. Kaum jemand – außer dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron – traut sich noch, Visionen zu entwerfen. Was waren das noch 1984 für Zeiten, als selbst erzkonservative Politiker wie Franz Josef Strauß schwärmten: »Europa ist unsere Zukunft«. ⁴ Doch mit Asylverschärfungen ist die ins Grenzenlose wachsende Vertrauenskrise zwischen EU und Bevölkerung nicht zu lösen. Was nötig wäre, beschreibt die Redakteurin der *Süddeutschen Zeitung* Evelyn Roll so: »Der Rechtspopulismus erzwingt die Umstellung vom bisherigen Elitemodus auf die Beteiligung der Bürger. Bürger können das. Es ist sogar ihr ureigentlicher Job, ihre Aufgabe. Anders war Demokratie nie gedacht.« Dafür fand sie eine prägnante Formel: »Wir sind Europa!« ⁵

Entwicklungen verlaufen manchmal ungeheuer schnell, wie wir aus der Zeit des Mauerfalls wissen. Zerfallsprozesse können in rasender Geschwindigkeit die gewohnte und gewöhnliche Gegenwart zerlegen. Das kann mit der EU auch passieren, wenn rechtspopulistische Führer sich flächendeckend durchsetzen. Diese hetzen ein imaginär homogenes »Volk« gegen eine »korrupte Elite« und inszenieren sich nach ihrem Sieg als »Verkörperung des Volkswillens«, wenn sie Medien, Justiz und Opposition drangsaliieren. Der Soziologe Oliver Nachtwey spricht hier von »Entzivilisierung«: »Da bröckelt wirklich der Kitt.« ⁶

Umso wichtiger ist es, einen visionären Plan für Europa zu entwickeln, um es zu verteidigen – und zwar bürgerschaftlich von unten. Wir sollten vorbereitet sein auf einen möglichen Tag X. Wir sollten neue Ideen für den Umbau des europäischen Hauses entwickeln und den Kitt neu anrühren. Das Vorfeld der Wahlen zum EU-Parlament ist dafür eine Chance. Wir brauchen eine paneuropäische Bewegung, die genauso grenzüberschreitend wirkt wie europäische Kapitalströme.

Denn wir haben viel zu verlieren – ungeheuer viel. Menschen, die die Schrecken des Krieges nicht mehr erlebt haben, machen sich das oft nicht klar. »Europas Jugend sieht vieles als Selbstverständlichkeit an«, schreibt der 24-jährige Student Jens Baumanns. »Wir kennen es nicht

anders: die Wahlen, die Demokratie, der Frieden, die Stabilität, kurzum, Europas Grundwerte, von denen der Rest der Welt nur träumen kann. Jetzt werden diese Werte angegriffen. Jetzt müssen wir lernen, für sie zu kämpfen.«⁷

Die Union Europas war die Antwort auf den Weltkrieg. Daraus wuchsen jahrzehntelang Frieden und Wohlstand. Und das sollen wir alles aufs Spiel setzen? War früher in einem besenreinen Nationalstaat alles besser? War es schöner, an innereuropäischen Grenzen stundenlang im Stau stehen zu müssen? Wäre es erhebend, wieder Währungen zu tauschen? Wäre es kuschelig, auf Reise- und Niederlassungsfreiheit zu verzichten? Wieso sollten in einer Zukunft, in der das wirtschaftliche Gewicht Europas gegenüber China und Indien schrumpft, Länderchen wie Deutschland, Frankreich oder Ungarn noch wichtig sein können? Der frühere belgische Premier Paul-Henri Spaak bemerkte dazu: »Es gibt nur zwei Arten von Staaten in Europa: kleine Staaten und kleine Staaten, die noch nicht realisiert haben, dass sie klein sind.«

Das gemeinsame europäische Haus

Woran denken Sie beim Begriff »europäisches Haus«? An eine abbruchreife Hütte? Ein eisglattes Verwaltungsgebäude? Eine uneinnehmbare Festung mit Stacheldraht, Videokameras und Wachschatz? Oder an ein vielgestaltiges offenes Bauwerk mit vielen schnuckeligen Wohnungen für die unterschiedlichen Menschen und ihre unterschiedlichen Bedürfnisse?

Das europäische Haus ist eine von Politikern und Journalistinnen viel benutzte Metapher für die EU respektive ganz Europa. Der Begriff geht zurück auf den sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow. In der Abschlusserklärung seines Treffens mit dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl noch vor Mauerfall im Juni 1989 hieß es, besonderes Ziel beider Staaten sei der »Aufbau eines gemeinsamen europäischen Hauses«.

Damit waren natürlich nicht die EU-Verwaltungsgebäude in Brüssel gemeint, die es längst gab. Sie fallen aus dem altehrwürdigen Rahmen der belgischen Hauptstadt heraus: hie die lebendigen Details der Bürger-

häuser in der Altstadt, dort das Europaviertel. Gläsern, schnörkellos, nüchtern bis ins innerste Stahlmark, wuchten sich die Bauten in den Himmel; durch und durch Funktion, ohne kleine Seelentrösterchen; Verwaltung eben. Farbleckse setzen nur die wehenden blauen Europafahnen mit den zwölf güldenen Sternen.

Dabei ist das Europaviertel ein Ort, an dem Geschichte geschrieben wurde. Hier wird an dem gemeinsamen Haus für die Völker des Kontinents gebaut, die nach Jahrhunderten des Krieges miteinander in Frieden leben. Ein historisch einmaliger Ort, der aggressiven Nationalismus überwand und deshalb mehr Farbe, linde Luft und Leidenschaft verdient hätte. Hier befindet sich die erste transnationale Regierungsinstitution auf der Welt ohne eigenes Territorium. Die EU sei ein »Verhandlungsstaat«, so der verstorbene deutsche Soziologe Ulrich Beck.⁸ Die Union sei Vorreiter, meint auch der österreichische Schriftsteller Robert Menasse: »Was sich aktuell in Europa entwickelt, mit allen Krisensymptomen, die ein weltgeschichtlicher Prozess eben produzieren kann, ist etwas vollkommen Neues.«⁹ »Der Rest der Welt lernt hoffentlich vom europäischen Beispiel«, schreibt der israelische Bestsellerautor Yuval Noah Harari.¹⁰ Und der französische Philosoph Bruno Latour setzt die EU »mit ihrem vielfältig verzahnten Regelwerk« gar mit einem Ökosystem gleich. »Genau diese Art Erfahrung ist gefragt, wenn wir den alle Grenzen überwindenden Klimawandel in Angriff nehmen wollen.«¹¹

Nichteuropäer sehen aus der Distanz vielleicht noch klarer, was die Vorzüge der EU sind. »Nirgends sonst auf der Welt«, schrieb der linke US-Historiker Tony Judt 2010, »ist eine Region mit solch gewaltigen Ausmaßen so erfolgreich aufgebaut und verwaltet worden, ohne dass es dabei zu Krieg oder zur Bildung eines Imperiums gekommen wäre.«¹² Sein Landsmann Barack Obama, kein Linker, formulierte 2016: »Vielleicht muss erst ein Nicht-Europäer die Europäer daran erinnern, wie großartig das ist, was sie geschaffen haben ... Mit mehr als 500 Millionen Menschen mit mindestens 24 Sprachen ist Europa eine der größten politischen Leistungen der Moderne.«¹³

Der US-Autor Jeremy Rifkin verglich 2004 Europa mit den USA. Er schrieb eine schwärmerische Hymne auf die EU mit ihrem »polyzen-

tristischen Regierungsstil« und ihrem »Multilevel-Regieren«. Europa habe eine große Zukunft vor sich. Denn die hiesigen Gesellschaften seien mehr auf das Gemeinwohl ausgerichtet als die individualistischen US-Amerikaner. Europäer, behauptet er, würden ihre Freiheit in Beziehungen und Lebensqualität finden, nicht in Autonomie.¹⁴ Der Kern des amerikanischen Traums bestehe im individuellen Erfolg (»vom Tellerwäscher zum Millionär«), der Kern des europäischen Traums in sozialer Gemeinschaftlichkeit.

»Wie bitte, wo hat Rifkin denn das erlebt, hat er Halluzinationen nach zu langem Sonnenbad in Italien?«, mögen jetzt manche fragen. Aber wenn man aus den USA nach Europa reist, nimmt man die Unterschiede wohl viel deutlicher wahr als hierzulande. Auch der Soziologe Oskar Negt plädiert eindringlich dafür, die einmaligen sozialen Elemente Europas zu retten.¹⁵ Das sollte uns klarmachen, was wir zu verlieren haben. Und warum US-Präsident Donald Trump die EU zum »Feind« erklärt und im Verbund mit Putin und anderen Autokraten zerstören will: weil es in Europa bei allen Missständen und scheußlichen Ungerechtigkeiten doch deutlich besser und sozialer zugeht als in den USA. Und in Russland, China und vielen anderen Ländern.

Natürlich kann man die EU auch ganz anders sehen. Als bürokratisches Monstrum. Als künstliche Blase. Als Reich eurokratischer Wichtigtuer, die den Krümmungsgrad der Gurke vorschreiben und die Selbstbestimmung der Nationen verhindern. Als neoliberale Regierung der Konzerne, die die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer machen. Und so weiter. Dennoch widerlegen selbst die pessimistischsten Argumente nicht, dass die EU etwas historisch noch nie Dagewesenes darstellt.

Aber es stimmt ebenso, dass Europa unvollendet ist. Vor allem seine Demokratie, also die Selbstbestimmung seines obersten Souveräns in Gestalt von etwa 510 Millionen Menschen. Was würde wohl entstehen, wenn seine Bürger und Einwohnerinnen an der Erstellung des gemeinsamen Hauses beteiligt wären? Wenn sie die Baupläne zusammen besprechen und entwerfen könnten? Die Gebäude würden sicherlich völlig anders ausfallen. Offener, vielfältiger, bürgerfreundlicher, ein-

ladender für alle, die diesen jung-alten Kontinent bewohnen. Jenseits der nötigen Verwaltungstrakte würden womöglich Räume, Kunstwerke und Nischen entstehen, in denen die besten europäischen Traditionen gefeiert und seine schönsten Baustile zitiert würden. Zum Beispiel eine griechische Agora mit Raum für Bürgerversammlungen und Entfaltung demokratischer Debattenkunst. Frei zugängliche Bibliotheken, Kultur- und Wissenslandschaften, in denen dem aufklärerischen Denken gefrönt wird. Restaurants, die die großartige Vielfalt der europäischen Küchen zelebrieren. Kaffeehäuser als informelle Treffpunkte, wo die Tradition des Palavers gepflegt wird. Großzügige Markthallen mit Düften von Lebensmitteln aller Art: italienische Pasta; deutsche Brote; rumänische Tomaten; belgische Pralinen; französische Weine und vieles mehr.

Wir wollen mitbestimmen und mitregieren

Vielleicht am wichtigsten ist die Agora, der in den antiken griechischen Stadtstaaten entstandene öffentliche Versammlungs- und Diskussionsort. Menschen haben ein Urbedürfnis nach Selbst- und Mitbestimmung. Ihre Stimme ist dabei *das* zentrale gesellschaftliche Instrument. Wie in meinem Büchlein »Demokratie – die Unvollendete« ausgeführt, findet sie sich in zahlreichen politischen Begriffen wieder: in Selbst- und Mitbestimmung, in anstimmen, abstimmen, umstimmen, beistimmen, zustimmen, übereinstimmen. Auf Lateinisch heißt die öffentliche Sache »res publica«, woraus »Republik« wurde. In allen öffentlich-republikanischen Angelegenheiten verständigen wir uns über Sprache und Stimme auf gemeinsame Ziele. Mehr noch: Wir stellen republikanische Gemeinschaftlichkeit überhaupt erst her. Und wir erzeugen mit ihr Resonanz, wörtlich: Wieder-Erklingen.

Die Substanz der Demokratie besteht aus Vielstimmigkeit, im Gegensatz zur zwangsweise ein-stimmigen und ein-tönigen Diktatur. Es geht darum, die eigene Stimme zu erheben und mit anderen Übereinstimmung zu finden. Das ist ein lustvoller Akt, bei dem Mund, Herz und Lunge, Gefühle, Geist und Seele beteiligt sind. Wir sprechen für uns selbst. Wir erleben uns als lebendige Individuen. Als stimm- und wirkmächtig. Unsere Stimmen gehen hin und her, sind womöglich disso-

nant, bilden schräge Töne, doch danach kommen sie nicht selten auf einen neuen Grundakkord, einen Konsens. Nicht nur in Chören, sondern auch in Diskussionen zeigt sich: Es gibt eine menschliche Grundfähigkeit, sich aufeinander einzuschwingen, ein Bedürfnis nach Resonanz. Dieses wiederum ist die Grundlage für Verständigung. Wir brauchen demokratische Vielstimmigkeit wie die Luft zum Atemholen. Stimmen erklingen, wenn wir aufeinander hören und uns dabei ansehen. Daher unser tiefes Bedürfnis nach An-Sehen und An-Hörung.

Erst wenn dieses nicht erfüllt wird, weil die Regierenden den Stimmen der Regierten kein Gehör schenken, wenn diese kein An-Sehen genießen, erst dann entstehen Groll, Frust, Wut, Zorn, Ärger, Ressentiment, flammender Hass auf »die da oben, die nicht zuhören, denen wir egal sind«. Kurz: auf all das, was den Rechtspopulismus befeuert. Seine Führerfiguren und ihre grollenden Trolle fordern Rache für die sich überhört und übersehen Fühlenden.

Die repräsentative Demokratie erfüllt die ur-menschliche Sehnsucht nach An-Sehen, An-Hörung und Resonanz nur unzureichend. Denn sie besteht darin, dass wir unsere Stimme delegieren an diejenigen, die wir wählen. Wir geben an der Wahlurne unsere Stimme an sie sprichwörtlich ab. Folglich interessieren sich viele Abgeordnete nur vor ihrer Wiederwahl für uns – alle 4 oder 5 Jahre. Eine gefährliche Reduktion von Demokratie auf Wahldemokratie. Im antiken Griechenland, ihrem europäischen Geburtsort, wurde direkte Demokratie in Form von Versammlungen und Ämterverlosung praktiziert. Wer die Demokratiekrise in der EU und anderswo lösen will, sollte fordern und fördern, dass direkte und konsultative Demokratie ihre repräsentativen Formen ergänzen.

»Konsultative« Bürgerräte, die die Politik beraten, finden oft bessere, überzeugendere, inklusivere Lösungen für politische Probleme. In Kanada, den Niederlanden, Island und Irland diskutierten solche per Zufallslos bestimmten Räte neue Wahlgesetze und Verfassungsartikel. In Island entstand auf der Basis einer kollektiven Bürgerberatung die erste »Bürgerverfassung« der Welt; sie scheiterte letztlich aber an den Konservativen im Parlament. In Irland bereitete ein Bürgerrat den Er-

folg des direktdemokratischen Referendums über die Einführung der Homoehe vor.¹⁶

Entscheidend für die Qualität von Bürgerräten ist unter anderem die Berücksichtigung demografischer Kriterien wie Geschlecht, Alter, Herkunft, Beruf und Bildungsgrad beim Losverfahren («qualifizierte Zufallsauswahl»). Falls im ersten Stadium vorwiegend alte weiße Christen oder vorwiegend junge dunkelhäutige Musliminnen ausgewählt werden, wird weiter gelost, bis die Repräsentativität stimmt. Der größte Vorteil von Bürgerräten: Lobbyisten haben kaum eine Chance, weil die Auswahl zufällig erfolgt. Und: Die Ausgewählten verfolgen keine Eigeninteressen. Eine große Vielfalt an Stimmen kann erklingen, eine Vielfalt an Interessen und Wünschen kann geäußert und berücksichtigt werden. Denn Frauen haben tendenziell andere Bedürfnisse als Männer, Junge andere als Alte, Homosexuelle andere als Heterosexuelle und so weiter.

Die bedrohte Demokratie in der EU ist nur durch Vorwärtsverteidigung zu retten. Durch Erweiterung, Verbreiterung, Vertiefung ihrer Legitimation. Durch die Inklusion aller Gesellschaftsmitglieder. Durch das Hörbarmachen aller Stimmen. Durch direkte Demokratie wie bei Volksabstimmungen, durch konsultative Demokratie wie in Bürgerräten vom kleinsten Dorf aufwärts bis in die EU-Gremien. Alles stets auf dem gemeinsamen Werte-Fundament und unter dem gemeinsamen Dach des europäischen Hauses.

Kurze Erinnerung an die lange europäische Geschichte

Nationalstaaten mögen ihre Berechtigung haben, aber historisch gesehen, dauerten sie nicht länger als ein Wimpernschlag. Im Mittelalter wurden sie quasi auf dem Pferderücken von Fürsten, Königen und Kaisern transportiert. Diese wechselten ihre Residenzen im Rhythmus von Jahreszeiten und politischen Notwendigkeiten – und nahmen ihre Macht und Entourage einfach mit. Nationalstaaten im heutigen Sinne waren das nicht, es gab keine Grenzen, nur politische Einflussgebiete. Menschen konnten ungestört Tausende Kilometer wandern, ohne dass jemand sie an einer Grenzstation aufhielt und nach ihrem Pass fragte. Oder gar als Flüchtling in Lager steckte, wenn sie keinen hatten. Vor Beginn des Ersten Weltkrieges brauchte man kein Visum, um quer durch Europa zu reisen, und Pässe in der heutigen Form gab es erst seit den 1920er-Jahren. »Ausland war vor 1914 bloß eine Redensart«, schrieb Heinrich Mann. »Im alten Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation meinte ›Nation‹ ausschließlich den Hochadel«, ergänzt der Historiker Peter Alter. Noch gegen Ende des 18. Jahrhunderts habe ›Nation‹ nicht die Gesamtheit des mündigen Volkes umfasst, »sondern nur die zahlenmäßig kleine herrschende Schicht des Adels.«¹⁷ Die Nation war, historisch gesehen, sehr blaublütig – und keineswegs, wie von Rechtspopulisten behauptet, ein »Vaterland des Volkes«.

Auf Lateinisch bedeutet »Natio« Völkerschaft oder Stamm. Doch heutige Nationen sind *keine* Stammesgesellschaften. Sie haben keine einheitliche Kultur oder Sprache, sie bestehen auch aus Darin-nicht-Geborenen. Als Frankreich 1789 Republik wurde, sprach nur die Hälfte der Einwohner Französisch, davon bloß etwa 12 Prozent korrekt. Italien bestand zur Zeit seiner Vereinigung aus Dialekt-Regionen, nur 2,5 Prozent verständigten sich auf Italienisch. Im Deutschland des 18. Jahrhunderts sprachen weniger als 500.000 Menschen Hochdeutsch.¹⁸ Von einem einheitlichen Spracherbe konnte also kaum die Rede sein.

Historikerinnen und Wissenschaftler haben sich die Zähne ausgebissen am Versuch, »Nation« eindeutig zu definieren. Der deutsche Historiker Friedrich Meinecke behalf sich mit einer nicht sehr klaren Unterscheidung zwischen »Staatsnationen« und »Kulturnationen«. Staatsnationen entstehen demnach durch ein Kollektiv von Menschen, das sich irgendwann eine gemeinsame Verfassung gab und damit eine Schicksalsgemeinschaft rechtsgleicher Bürger meist männlichen Geschlechts begründete. Oft sind damit Mythen und Opfergeschichten verbunden. Typische Beispiele sind das revolutionäre Frankreich von 1789 und die fast zeitgleich gegründeten USA. Kulturnationen wiederum bestehen aus Menschen mit einer gemeinsamen Sprache und Kultur, die nicht unbedingt in einem gemeinsamen Staatsgebilde leben. Beispiele hierfür sind die kleinteiligen deutschen Lande bis zur Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 oder das zwischen 1772 und 1918 aufgeteilte Polen.

Menschen beziehen sich deshalb in jedem Staat, jeder Region und Gruppe emotional sehr unterschiedlich auf ihre Nation. Für eine Bevölkerung, die sich jahrhundertlang durch »Besatzer« oder »Fremde« unterdrückt fühlte und schließlich eine gemeinsame Nation erkämpfte, ist ein Gefühl der Befreiung und des Stolzes verständlich. Unter vielen Deutschen, vor allem unter Nachkommen von Nazis, herrscht hingegen große Distanz zum Nationalismus, der so viel Elend über die Welt brachte.

Staat, Nation und Eigentum standen in einem engen historischen Zusammenhang und bedingten sich gegenseitig. Staaten hatten vor allem die Aufgabe, das Privateigentum zu schützen und Rechtsgleichheit unter Eigentümern herzustellen – mittels Justiz, Militär und anderen Institutionen. Mit der Einhegung des Gemeineigentums an Weiden und Wäldern in England begann die Privatisierung von Land und Boden. Die früheren Nutzer wurden vertrieben und mussten sich als Tagelöhner verdingen. Das war im 17. und 18. Jahrhundert die Voraussetzung für die industrielle Revolution, die Kapitalisten und Proletarier schuf. Und einen historisch neuen Begriff von Eigentum, der andere Menschen vom Gebrauch oder Genuss einer Sache ausschloss.¹⁹ Der nationale Staat verteidigte dieses Eigentum mit Rechtstiteln.

Damit einher ging das Ein- oder Ausschließen von Hier-Nicht-Geborenen. Sie wurden als »Fremde« definiert und oftmals aggressiv bekämpft. Nationen entstanden durch Abgrenzung, durch die Definition von »Anderen«, durch »Othering«. Das politische Nationalbewusstsein der Deutschen entzündete sich im 19. Jahrhundert an der Eroberung eines großen Teiles der deutschen Lande durch Napoleon Bonaparte. Deutsche Eliten richteten sich antifranzösisch aus, französische anti-deutsch. Das italienische Nationalbewusstsein entstand in Abgrenzung zur Habsburger Konflikt mit Russland, Preußen und Österreich-Ungarn als Polen.²⁰

Nation – ein fragiles Konstrukt

Eine Nation ist also ein künstliches und fragiles Konstrukt – und dennoch eine emotional aufgeladene Angelegenheit für Millionen Menschen. Wohl weil sie für viele gleichbedeutend ist mit »Schutz« und »Heimat«, »Zugehörigkeit« und »Geborgenheit«. Und weil Menschen dazu neigen, sich eine Nation als Fortsetzung ihres eigenen Körpers vorzustellen. Das zeigt sich in politischen Begriffen wie »Körperschaft«, »Staatsorgane«, »Haupt und Glieder«, »militärischer Arm« und »Oberhaupt«. Der Schutz, den sie sich durch diesen riesigen imaginären Nationen-Körper erhoffen – oftmals symbolisiert durch Frauenfiguren wie etwa die französische Marianne –, war und ist allerdings sehr relativ. Nämlich abhängig vom Willen seiner jeweiligen Herrscher, die mal zum Frieden neigten, mal für den Krieg mobilisierten. Mit oftmals tödlichen Folgen für ihre nationalbegeisterten Untertanen.

In unsicheren Zeiten wünschen sich unsichere Menschen Halt und Orientierung. Wenn das im Ruf nach einem »wehrbereiten Volks- und Staatskörper« mit einem »starken Oberhaupt« und »Führer« mündet, zeigt sich die hässliche Seite des Nationalismus: die Abwehr all jener, die als »Fremdkörper« denunziert werden, weil sie einen »fremden Körper« haben. Nationalismus kann befreiend wirken, manchmal sogar revolutionär, wenn Menschen gegen eine diktatorische Herrschaft aufstehen oder Kleinstaaterei überwinden. Aber er hat auch eine Fratze des Hasses, der Gewalt, gar des Völkermordes wie im deutschen Nationalsozialismus. Die Nazis sahen Juden, Roma und Slawen als »Parasiten« am

»deutschen Volkskörper«, die »deutsches Blut vergiften«. Das Ergebnis waren Millionen Tote in Europa.

Heutzutage hat sich die Bedeutung von Nationalstaaten stark abgeschwächt – vielleicht nicht in der subjektiven Wahrnehmung von Menschen, aber objektiv. Nationen existieren nicht mehr als isolierte Gebilde, sondern sind eingewoben in die Weltwirtschaft und unzählige kooperative und mediale Strukturen. Letztere gibt es so viele wie noch nie in der Menschheitsgeschichte, so fehlerhaft sie im Einzelnen auch funktionieren mögen: das Internet, die Massenmedien, die UNO und ihre Unterorganisationen, die EU und viele andere. Früher kam einmal im Monat ein Bote geritten und verkündete auf dem mittelalterlichen Dorfplatz Nachrichten aus entfernten Regionen. Heute wissen wir in Sekundenbruchteilen, wo in Indien gerade eine heilige Kuh eine Rikscha traktiert oder in Ungarn ein Sack Paprika umfällt.

Von der gemeinsamen Abstammung innerhalb einer Nation ist auch nicht viel übrig geblieben – selbst wenn man europäische Grenzregionen ausklammert, die ständig die Staatszugehörigkeit gewechselt haben. Dass etwa eine Französin heutzutage zwei französische Eltern, vier französische Großeltern und acht französische Urgroßeltern aufweist, ist eher die Ausnahme als die Regel. Menschen im Liebestaumel haben sich schon immer durchmischt. Und sie tun es heute massenhafter denn je, weil es in einer globalisierten Welt leichter denn je ist. In Deutschland hat inzwischen fast jede vierte Person einen »Migrationshintergrund«, in Frankreich und anderen EU-Ländern sind es kaum weniger. Umgekehrt steckt hinter der Aggression völkischer Nationalisten gegen fremde Männer oft die Angst, selbst keine Frau mehr abzubekommen. In manchen ostdeutschen Dörfern leben fast nur noch Männer, weil deren Frauen in den Westen zogen, um dort einen Job zu finden und/oder zu heiraten. Die Kabarettistin Carolin Kebekus drückte es mit drastischem Sarkasmus so aus: Männer in solchen fast frauenfreien Gegenden fühlten einen »Samenstau bis hinein in den erigierten Arm.«

»Keine Nation kann sich von dem Einfluss anderer Nationen reinwaschen. Nichts von dem, auf das wir stolz sind, würde dann existieren. Das ist die Geschichte, die wir in Europa erzählen müssen«, schreibt

die aus Dänemark stammende Schriftstellerin Janne Teller.²¹ Wunderbare kleine Beispiele für dieses europäische Kulturerbe präsentiert das Goethe-Institut auf seiner Website.²² Den Würfelzucker etwa erfand der Schweiz-Österreicher Jacob Christoph Rad in Mähren im Jahr 1841, nachdem sich seine Frau beim Abhacken eines Stücks vom damals üblichen Zuckerhut verletzt hatte; er verkaufte sein Patent in halb Europa. Oder das Pilsner Bier: In der westböhmischen Stadt Pilsen wurde in 260 Bierhöfen mit Geheimzutaten wie zermahlenden Knochen von Verstorbenen, Stücken von Galgensträngen und Hundekot experimentiert, bis erboste Ratsherren 1838 das ungenießbare Gesöff ausschütten ließen. Ortsansässige entschieden nach einer Bürgerversammlung, gemeinsam eine moderne Brauerei zu gründen. Sie importierten dafür den bayerischen Braumeister Josef Groll, der ein neues Bier erfand: das Pils, das bald seinen Siegeszug durch die Welt antrat. Oder die Genossenschaften: Sie entstanden in Frankreich, wurden in England zur Bewegung und in Deutschland immer größer. Oder die Ansichtskarte. Oder. Oder. Oder auch die Oder.

Wird es also nicht Zeit, dass wir ein neues europäisches Bewusstsein entwickeln? Der Sozialphilosoph Jürgen Habermas kritisiert hier die Hasenherzigkeit der »verzagten sozialdemokratischen Parteien«, die so etwas nicht mal mehr denken und »ihre Wähler normativ unterfordern.«²³ Emmanuel Macron hat mit dem Schwerpunkt Europa die Wahlen in Frankreich gewonnen; der SPD-Kanzlerkandidat und Ex-EU-Parlamentspräsident Martin Schulz durfte auf Druck seiner Berater im Wahlkampf fast nichts über Europa sagen und hat auch deshalb verloren. Inzwischen, so Habermas, habe sich »nicht nur ein verbindendes, vom Nationalbewusstsein unterscheidbares Bewusstsein europäischer Solidarität herausgebildet, sondern auch eine unerwartet hohe Bereitschaft zur Unterstützung europäischer Politiken, die eine Umverteilung über nationale Grenzen einschließen würden.«

Wohlgemerkt: Es geht hier nicht darum, Nationalbewusstsein zu diffamieren oder die Nationalstaaten umstandslos abzuschaffen. Menschen tragen lokale, regionale, nationale und kontinentale Identitäten in sich, die sich überschneiden. Die einen fühlen sich in erster Linie an ihren Heimatort gebunden, die Zweiten an ihre Nation, die Dritten sehen sich

vor allem als Europäer. Das kann sich alles wunderbar miteinander vertragen, solange diese Zugehörigkeits-Gefühle *durchlässig* sind und die geografischen Grenzen ebenfalls. Solange sich alles munter mischen darf. Solange niemand ausgeschlossen, diskriminiert und drangsaliert wird, bloß weil er oder sie anderer Herkunft ist. Solange uns bewusst bleibt, dass ausnahmslos alle menschlichen Gruppen-Zugehörigkeiten flüssige Gebilde sind, die sich historisch vielfach geändert haben und immer wieder ändern werden.

Doch genau dem widersetzen sich die Rechtspopulisten mit ihren neuen Vergrenzungen und Weltbild-Verhärtungen. Sie wollen die alten nationalen Grenzen wiedererrichten und die frühere Dominanz von Männern über Frauen. Alles, was die Grenzen der alten Ordnung scheinbar aufweicht – Migranten, Dunkelhäutige, Nichtchristinnen, dissidente Männer, starke Frauen, Homo- und Transsexuelle –, sehen sie als Bedrohung. Gerade labile Charaktere haben große Ängste vor den bedrohlich fremden Anteilen in der eigenen Psyche, die sie dann auf äußere Fremde projizieren. Auf alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen haben sie nur eine einzige Antwort: *Die* sind schuld. Die Flüchtlinge, Migranten, Muslime, Juden, Feministinnen, Linksgrünversiffen, die die Reinheit der Nation versauen.

Am Anfang stand das Friedensprojekt

Viele europäische Landschaften tragen eine schwere Last der Geschichte. Orte und Böden sind buchstäblich blutgetränkt: Waterloo, Verdun, Auschwitz und zahllose andere. Der deutsche Außenminister Heiko Maas fuhr als junger Mann mit dem Motorrad nach Verdun und berichtet: »Ich habe die endlosen Gräberfelder gesehen, die Landschaft, die noch immer von Granattrichtern entstellt ist, und das Beinhaus von Douaumont: Die Knochen von 130.000 deutschen und französischen Soldaten liegen dort; von Soldaten, die so zerfetzt waren, dass niemand sie mehr identifizieren konnte.«²⁴

Auf unserem alten Kontinent existiert kaum eine Region, die nicht ihre Zugehörigkeit zu irgendeinem Mini- oder Maxi-Staat gewechselt hat, weil sie erobert und gewaltsam ins Portefeuille eines neuen Herrschers

verschoben wurde. Würde man alle Schlachtfelder und Schützengräben des Dreißigjährigen Krieges, des Ersten und Zweiten Weltkrieges auf einer Landkarte Europas auftragen, würde sie so zerfurcht, dass fast nichts übrig bliebe. Millionen haben sich gegenseitig umgebracht, weil die Führer ihrer Reiche oder Nationen das so befohlen hatten. Insofern ist es eine einmalige historische Leistung, dass die EU Kriege überwunden hat.

Die Sehnsucht nach einem friedlich vereinten Europa ist denn auch weit älter als die EU selbst. Der Schriftsteller Victor Hugo brachte sie schon 1849 auf poetische Weise ins Spiel: »Der Tag wird kommen, an dem du, Frankreich, du, Italien, du, England, und du, Deutschland, all ihr Völker dieses Erdteils, zu einer höheren Ebene verschmelzen werdet, ohne eure verschiedenen Vorzüge und eure ruhmreiche Einzigartigkeit einzubüßen.«²⁵

Eine herausragende Rolle im grenzüberschreitenden Friedensdenken spielten Europas Frauen mitten im Ersten Weltkrieg. 1915 trafen sich rund 1.200 weibliche Delegierte aus zwölf kriegsführenden und neutralen Ländern in Den Haag und forderten ein Ende dieses »fürchterlichen Massenmordes«. Sie legten den Finger in die Wunde der Kriegstreiberei: die wirtschaftliche Profitsuche. 1919 gründeten sie die bis heute weltweit agierende Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit mit Hauptsitz in Genf, angebunden an die Vereinten Nationen.

In den 1920er-Jahren schrieb Graf Richard Coudenhove-Kalergi sein Buch »Pan-Europa« und begründete in Wien die Paneuropäische Bewegung. Er war überzeugt, dass die europäische Vereinigung die einzige Möglichkeit der Friedenssicherung sei. Der Graf schlug für Europa eine gemeinsame Flagge, Hymne, ein Parlament, eine Verfassung und eine Einheitswährung vor. Viele Intellektuelle der damaligen Zeit, etwa Stefan Zweig, definierten sich in erster Linie als Europäer und nicht durch ihre zufällige Geburtsurkunde. Der Schriftsteller befand jedoch 1942 verzweifelt: »Der Nationalismus hat die europäische Kultur, hat Europa zerstört.«²⁶

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs sah das die riesige Mehrheit in Europa ebenso. Der Weg aus der »Tragödie Europas« sei die Überwindung

der »furchtbaren nationalistischen Streitigkeiten«, mahnte Winston Churchill in einer visionären Rede 1946 in Zürich. Es brauche »so etwas wie die Vereinigten Staaten von Europa«²⁷. Wohlgermerkt: »So etwas« war keine Gleichsetzung mit der Staatsform der USA, auch wenn manche Fantasielosen sich eine neue EU nur als »Vereinigte Staaten von Europa« vorstellen können. Eine europäische USA zu gründen, also eine zentralistische Großmacht, die mit anderen Großmächten konkurriert und deshalb zum Niederwalzen kleinerer Mächte neigt, würde bedeuten, die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen. Nein, Europa wagt als Lehre aus seiner Geschichte seines blutigen Nationalismus und Kolonialismus historisch Neues und sollte das auch weiter tun.

Der italienische Widerstandskämpfer Altiero Spinelli hatte 1941 in der Haft das »Manifest von Ventotene« verfasst, einen flammenden Aufruf zur Gründung eines vereinigten Europas. Sich auf Spinelli berufend, schlossen sich 1946 verschiedene nationale Vereine in Paris zur »Union der europäischen Föderalisten« zusammen. Allerdings gab es bald Streit mit der von Winston Churchill inspirierten und 1948 in Brüssel gegründeten Europäischen Bewegung (United Europe Movement), ob man einen Bundesstaat oder einen Staatenbund anstreben sollte. Eine Antwort eigener Art gab die Jugendorganisation der Europäischen Föderalisten: Die deutsche Sektion zersägte 1950 in vielen Grenzorten kurzerhand die Schlagbäume und stellte so das erwünschte »Europa ohne Grenzen« selbst her. Vielleicht sollte man Ähnliches heute angesichts sich schließender Grenzen wieder wagen?

Frankreichs Außenminister Robert Schuman rief am 9. Mai 1950 dazu auf, eine Produktionsgemeinschaft für Kohle und Stahl zu schaffen, wie es auch schon sein Kollege Jean Monnet vorgeschlagen hatte. Aus dem Datum wurde ihm zu Ehren später der »Europatag«. 1951 wurde die Montanunion gegründet, in der Westdeutschland und Frankreich ihre Stahl- und Kohleindustrie gemeinsam kontrollierten. Das verhinderte schon vom Konstrukt her einen Krieg zwischen den früheren Erzfeinden und förderte die Aussöhnung. Der Union traten auch Belgien, Italien, Luxemburg und die Niederlande bei – nicht zuletzt weil in den Jahren des Wiederaufbaus viel Kohle und Stahl benötigt wurde. Erster Präsident der Hohen Behörde der Montanunion war Jean Monnet. Ihm

war besonders wichtig: »Wir einigen keine Staaten, sondern bringen Menschen zusammen.«

1957 unterzeichneten die Regierungen der Bundesrepublik, Frankreichs, Belgiens, Italiens, Luxemburgs und der Niederlande die sogenannten Römischen Verträge und gründeten 1958 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Kernstück war die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes mit den sogenannten vier Freiheiten für Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräfte. Sie vereinbarten zudem gemeinsame Zollschranken gegenüber Drittländern. Die Bildung von Kartellen und der Missbrauch wirtschaftlicher Macht wurde verboten, genauso wie die Subventionierung der jeweils einheimischen Industrie zum Nachteil der ausländischen.

Diesem supranationalen Gebilde, das später EG und danach EU hieß, traten nach und nach weitere Länder bei: 1973 Dänemark, Irland und Großbritannien, 1981 Griechenland, 1986 Spanien und Portugal, 1995 Finnland, Österreich und Schweden, 2004 Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern, 2007 Bulgarien und Rumänien, 2013 Kroatien. Die Bedingungen für die Aufnahme in die EU wurden 1993 in Kopenhagen festgelegt. Zu den »Kopenhagener Beitrittskriterien« zählen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und bürgerliche Grundfreiheiten bei den Beitrittswilligen.

1992, mit dem Vertrag von Maastricht, wurde daraus auch dem Namen nach die Europäische Union. Die EU-Institutionen in Brüssel erhielten neue Zuständigkeiten jenseits der Wirtschaft, unter anderem für die Außen- und Sicherheitspolitik. Es folgten die Verträge von Amsterdam (1997), Nizza (2000) und Lissabon (2007). Im Jahr 2012 erhielt die EU den Friedensnobelpreis – ausgerechnet nachdem die 2004 gegründete »Europäische Verteidigungsagentur« rechtlich in den Vertrag von Lissabon integriert worden war.

Die EU-phorie ist vorbei

Von Beginn an gab es jedoch einen groben Verstoß gegen die im antiken Griechenland geborene und von Denkern der Aufklärung weiterentwickelte Idee der Demokratie. Jean-Jacques Rousseau machte vor der Französischen und Amerikanischen Revolution immer wieder deutlich, dass die Bevölkerung der oberste Souverän sein muss. Sie selbst muss die Macht oder »Gewalt« haben, sich eine Verfassung zu geben und diese zu verabschieden. Demokratie bedeutet Selbstregierung der Bevölkerung. Doch das immer komplizierter werdende EU-Vertragswerk hat keine demokratisch legitimierte Verfassung vorzuweisen. Die Union war das Werk der Regierungen und ihrer bürokratischen Aushandlungsprozesse, nicht der europäischen Bevölkerung. Dem europäischen Haus fehlte sein eigentliches Fundament.

Etlichen Politikern schwante, dass das auf Dauer nicht gut gehen konnte. Also beriefen sie 1999 einen Konvent ein, der unter Vorsitz des CDU-Politikers Roman Herzog eine Charta der Grundrechte erarbeitete. Diese geht teilweise weiter als manche nationale Verfassung wie etwa das deutsche Grundgesetz, enthält sie doch soziale Rechte etwa für Kinder, Ältere und Verbraucher. In der Präambel heißt es: Die Union beruhe »auf den Grundsätzen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Sie stellt den Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns, indem sie die Unionsbürgerschaft und einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts begründet.« Die EU trage bei »zur Entwicklung dieser gemeinsamen Werte unter Achtung der Vielfalt der Kulturen« und bekenne sich zum Subsidiaritätsprinzip. »Subsidio« kommt aus dem Lateinischen und bedeutet »Hilfe« oder »Ersatz«. Das Subsidiaritäts-Prinzip soll die größtmögliche Selbstbestimmung und Eigenverantwortung fördern. Alles, was in der kleinsten politischen Einheit regelbar ist, etwa in den Kommunen, soll auch dort geregelt werden. Größere Einheiten auf nationaler oder supranationaler Ebene sollen erst dann aktiv werden, wenn die kleinere Einheit dazu nicht in der Lage ist.

Es folgen 54 Artikel, an die die Organe und Einrichtungen dieses supranationalen Gebildes EU gebunden sind. Der erste besagt: »Die Würde des Menschen ist unantastbar«. Die weiteren legen unter anderem fest,

dass jeder Mensch das Recht auf Leben, körperliche und geistige Unversehrtheit hat, dass niemand der Folter oder unmenschlicher Strafe und erniedrigender Behandlung unterworfen werden darf. Jeder Mensch hat das Recht auf Meinungs- und Versammlungs-, Gewissens- und Religionsfreiheit, Achtung des Privat- und Familienlebens und den Schutz personenbezogener Daten. Jede Person hat das Recht, in jedem EU-Mitgliedsstaat zu arbeiten und Gewerkschaften beizutreten. Das Recht auf Asyl wird gewährleistet, niemand darf in Länder mit Todesstrafe, Folter oder unmenschlichen Strafen abgeschoben werden. Diskriminierungen jedweder Art sind verboten, die Gleichheit von Frauen und Männern ist sicherzustellen.²⁸ Es wäre grandios bürgernah gewesen, wenn der Konvent die Charta durch Volksabstimmungen in so vielen EU-Ländern wie möglich hätte legitimieren lassen – eine Mehrheit wäre wohl sicher gewesen. Das geschah aber nicht.

Stattdessen wurde 2002 aus dem Kreis der »üblichen Verdächtigen« – nationale und EU-Abgeordnete, Regierungs- und Kommissionsvertreter – ein weiterer Konvent bestückt. Er erarbeitete zahllose weitere Artikel, die nicht in eine Verfassung gehören, etwa die Festlegung der Union auf eine bestimmte Wirtschaftsweise. Und dies auf solch intransparente Weise, dass selbst der damalige luxemburgische Premier Jean-Claude Juncker monierte: »Der Konvent ist angekündigt worden als die große Demokratie-Show. Ich habe noch keine dunklere Dunkelkammer gesehen als den Konvent.«²⁹

Die Konsequenz: In zwei Volksabstimmungen lehnte eine Bevölkerungsmehrheit in Frankreich und den Niederlanden 2005 das undemokratisch zustande gekommene Gesamtwerk mit seinen unlesbaren 448 Artikeln ab. Die Verantwortlichen in Brüssel und anderswo bauten daraufhin kurzerhand wesentliche Teile und den Verweis auf die Charta der Grundrechte in den Vertrag von Lissabon ein, der 2009 in Kraft trat. Kein Wunder, dass die Kritik am »Demokratiedefizit« der EU nie verstummte. Bei vielen Menschen blieb der Eindruck hängen: Wir als eigentlicher Souverän werden übergangen. Und wenn wir wie in Frankreich oder den Niederlanden doch gefragt werden und dann keine Brüssel-genehme Antwort geben, werden wir erneut überhört.

Überhaupt war die Zeit der EU-phorie vorbei. Der spekulativ aufgeblähte Immobilienmarkt in den USA verursachte ab 2007 eine globale Finanzkrise, die auch viele Banken in Europa ins Wanken brachte, etwa in Spanien und Griechenland. Die EU hätte die Krise in europaweiter Anstrengung überwinden können, doch stattdessen handelte jede Regierung jedes EU-Mitgliedsstaates mehr oder weniger auf eigene Faust. Viele nahmen Schulden auf, um »ihre« Banken zu retten, und bürdeten die Kosten den Steuerzahlenden auf. Sie brachten so auch den Euro ins Trudeln – und sorgten für Empörung über diese gnadenlose Umverteilung von unten nach oben.

Die Folgen in den verschuldeten Eurostaaten Griechenland, Spanien, Zypern, Irland und Portugal waren verheerend. Eine »Troika« aus Fachleuten der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds zwang die jeweiligen Regierungen zu rabiatischen Privatisierungen und Kürzungen in den Staatshaushalten. Andernfalls werde es keine neuen Kredite geben, drohte die Troika. Ein nicht gewähltes Gremium von Technokraten setzte sich damit über nationale Parlamente hinweg – ein klarer Verstoß gegen demokratische Normen.

Besonders hart trat der damalige Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble in den Verhandlungen mit Griechenland auf: »Game isch over.« Er schien sich zum Ziel gesetzt zu haben, die linke Syriza-Regierung zu stürzen. Das Ergebnis: Die »Griechenland-Hilfe« in Höhe von rund 263 Milliarden war vor allem eine Hilfe für Banken und reiche Kapitalanleger. Bei der Bevölkerung von Hellas landete kein Heller. Seit 2010 hat allein Deutschland rund 2,9 Milliarden Euro aus Gewinnen erhalten, die aus Ankäufen griechischer Staatsanleihen herrührten.³⁰

Die Wirtschaft in den Krisenländern schrumpfte, in Griechenland gleich um ein ganzes Viertel. Millionen Menschen verloren ihre Arbeit. Die Gesundheits- und Sozialkürzungen trafen Frauen besonders hart: Viele mussten ihre Arbeit kündigen, um Angehörige unbezahlt zu pflegen. Die Jugend-Erwerbslosigkeit stieg in atemberaubende Höhen: 2011 waren es 46 Prozent in Spanien, fast 45 Prozent in Griechenland, 30 Prozent in Portugal und jeweils knapp 30 Prozent in Italien und Irland.³¹ Der

einstige Hoffnungsträger EU mutierte vor allem in den Augen der perspektivlos gemachten jungen Generation zum Monstrum. Was Wunder, dass junge Leute, die bis 30 keinen festen Job hatten und noch bei Mama wohnten, etwa in Italien überdurchschnittlich häufig EU-feindliche Parteien wählten.³² Allen, die trotzdem europafreundlich blieben, müsste die EU-Kommission im Grunde persönlich per Handschlag danken.

Die zweite, bis heute nicht gelöste Krise der EU wurde durch den Krieg in Syrien mitverursacht. Zehntausende machten sich im Jahr 2015 auf, um ihr nacktes Leben zu retten, mit Schlauchbooten übers Mittelmeer und dann oft zu Fuß über europäische Grenzen. Doch die rechten Regierungen der Visegrad-Staaten boykottierten die EU-Mehrheitsentscheidungen zur solidarischen Verteilung von Flüchtlingen. Und das, obwohl die EU-Verträge sie zur Solidarität und Rechtsstaatlichkeit verpflichteten. Und obwohl das höchste europäische Gericht dies noch mal ausdrücklich bestätigte. »Die Flüchtlingskrise erweist sich als Europas 11. September« – mit solch drastischen Worten beschreibt der bulgarische Soziologe Ivan Krastev die Lage. Und die weiteren Konsequenzen: »Seit dem Fall der Berliner Mauer, der als Vorbote einer offenen Welt empfunden wurde, hat Europa 1.200 Kilometer Grenzzäune errichtet oder zu errichten begonnen, die andere fernhalten sollen.«³³ Die Migrationsfrage nutzten auch britische Rechtspopulisten für ihre Brexit-Kampagne. Weitere Länder-Austritte erscheinen heute nicht mehr ausgeschlossen.

Wir leben Europa

Doch trotz aller Probleme: In vielerlei Hinsicht hat die EU unseren Alltag positiv verändert. Wir leben, reisen, arbeiten, sehen, hören, schmecken anders, seit es sie gibt. Nach und nach weichten die nationalen Grenzen auf, vor allem mit dem »Schengener Abkommen«, das ab 1995 die früheren Passkontrollen an den Schlagbäumen abschaffte. Urlaub an der Adria, Freizügigkeit innerhalb Europas, ab 2002 in der Eurozone das gemeinsame Geld: Die EU wurde zur wortwörtlich erfahrbaren Region der Reise- und Bewegungsfreiheit.

»1,7 Millionen Menschen fahren jeden Tag alleine zum Arbeiten in ein anderes EU-Land«, ergänzt der deutsche Außenminister Heiko

Maas. »16 Millionen EU-Bürger leben in einem anderen Mitgliedsstaat, arbeiten dort, beziehen Rente oder studieren. Und kaum vorstellbare 1,25 Milliarden Mal überqueren wir Europäerinnen und Europäer pro Jahr eine Schengen-Binnengrenze. Ohne Zoll, ohne Passkontrolle, ohne Schlagbaum – das soll und das muss auch so bleiben!«³⁴ Menschen aus verschiedenen Nationen lernen sich kennen. Besuchen sich. Verlieben sich ineinander. Gründen bi- und multinationale Familien. Lernen Fremdsprachen. Beeinflussen sich gegenseitig in ihren Kochkünsten, Alltagsphilosophien und Denkweisen.

Als 1989 der Eiserne Vorhang fiel, herrschte in Osteuropa EU-phorie. Was war das für ein Rausch, überallhin fahren zu können! Viele Polen und Ostdeutsche genossen als Erstes eine Reise ans Mittelmeer. Nach dem Mauerfall »gab (es) die Hoffnung auf ein besseres Leben, und diese Hoffnung war an Europa geknüpft, gerade bei den jungen Leuten. Europa stand für Zukunft, Modernität, ein Leben in Würde und Stil. Die Europäische Union war cool«, erinnert sich der Ostberliner und spätere Wahl-Brüsseler André Wilkens.³⁵

Wir haben immer noch nationale Pässe, aber seit 1985 im EU-weiten burgunderroten Einheitslook. Auf internationalen Flughäfen können wir das Kontrollhäuschen mit der Aufschrift »EU-Bürger« durchschreiten, manchmal auch mit einem gewissen Stolz. Die Zugehörigkeit zu einem EU-Staat garantiert uns laut der Grundrechte-Charta auch in anderen Unions-Ländern besondere Rechte: Freizügigkeit, Schutz vor Diskriminierung, kommunales Wahlrecht am Wohnort, Wahlrecht zum Europäischen Parlament, diplomatischer Schutz, Petitions- und Beschwerderechte sowie das Recht, Antworten von EU-Institutionen in einer Amtssprache der Union zu erhalten. Beschwerden nimmt seit 1992 die Europäische Bürgerbeauftragte mit Sitz in Straßburg entgegen. Oder auch seit 2001 der Europäische Datenschutzbeauftragte in Luxemburg, etwa wenn es um illegale Datensammlungen geht.

Am meisten von Europa profitiert hat die »Generation Erasmus«. Mit jährlich rund 200.000 Stipendien für Studierende ist »Erasmus« das größte Austauschprogramm der Welt. Über drei Millionen junge Menschen nutzten es bisher. »Fast jeder dritte Erasmus-Teilnehmer hat

dadurch einen Lebenspartner aus einem anderen europäischen Land gefunden und mit diesem geschätzte eine Million ›Erasmus-Kinder‹ produziert. Erasmus läuft wunderbar«, schwärmt André Wilkens. Bis 2020 will die EU hier noch mal 15 Milliarden Euro investieren, und das aus gutem Grund, wie der Autor findet: »Erasmus & Co. investiert in die Bildungselite Europas, aus der die nächste Generation von Europas Gestaltern hervorgehen wird, die wiederum die Geschichte Europas fortschreiben werden ... Europäische Netzwerke werden gebildet, analog und digital. Europäische Familien gegründet. Ein wirklich gutes Rezept gegen Nationalismus und Neonationalismus. So wird europäische Identität gestiftet.«³⁶

So wuchs in den EU-Staaten langsam, zart, unmerklich eine neue europäische Identität heran. Menschen begannen, die Zugehörigkeit zu Europa wichtiger zu finden als die zu ihrem Herkunftsstaat. Umfragen von 2000 zeigen, dass zwei Drittel der Befragten in der EU sich als »Europäer« fühlen und ein Drittel junger Erwachsener zwischen 21 und 25 Jahren »mehr als Europäer denn als Angehörige ihres Vaterlandes«. Laut einer anderen Umfrage im Auftrag des Europaparlaments vom Oktober 2018 sehen 62 Prozent aller EU-Angehörigen die Mitgliedschaft ihres Landes positiv – in Deutschland sogar 82 Prozent.³⁷

Auch beim Natur- und Verbraucherschutz ist Europa weit progressiver aufgestellt als etwa die USA. Über 20 Prozent der EU-Fläche wurden durch Richtlinien wie die Flora-Fauna-Habitat- und die Vogelschutzrichtlinie unter Schutz gestellt, eine gewaltige Leistung im dicht besiedelten Europa. Die sogenannte Produkthaftungs-Richtlinie von 1985 soll dafür sorgen, dass Waren wie Kosmetika oder Kinderspielzeug schadstofffrei sind. Im Zweifelsfall trägt der Hersteller die Beweislast dafür, nicht die Kundin. Laut Maastrichter Vertrag von 1992 müssen genmanipulierte Produkte als solche gekennzeichnet werden – was laut einem Urteil der Europäischen Gerichtshofs auch für neue Verfahren wie die »Gen-Schere« CRISPR gilt. Und das Vorsorgeprinzip, auf das sich die EU-Kommission Ende 2002 verständigte, schreibt bei Einführung »innovativer« Produkte eine wissenschaftliche Risikobewertung vor. Gibt es Anzeichen von Schäden, dürfen Behörden die Produkte nicht zulassen. Allerdings wird das in der Praxis häufig industriefreund-

lich gehandhabt, etwa im Falle des gefährlichen Pestizids Glyphosat. Die EU-Kommission genehmigte es 2017 trotz aller Proteste für weitere fünf Jahre.

Eine andere Errungenschaft ist – bei aller Kritik an unklaren Ausführungsbestimmungen – die Europäische Datenschutz-Grundverordnung, die seit Mai 2018 vor gigantischen Daten-Absaugmaschinen wie Facebook, Google oder Amazon schützen soll. Wer verhindern will, dass Google & Co. gefährliche »digitale Doubles« der eigenen Person anlegen und womöglich sogar an Geheimdienste weitergeben, sollte das neue Recht zum Datenlöschen unbedingt nutzen. Es gibt im Internet Gebrauchsanweisungen, wie das geht.³⁸ Weder die USA noch China haben so etwas vorzuweisen. Deshalb wird das EU-Gesetz de facto zum weltweiten Standard, dem sich auch die US-Netzgiganten beugen müssen. Hauptinitiator Jan Philipp Albrecht, früher EU-Abgeordneter der Grünen, seit Herbst 2018 Digital- und Agrarminister in Schleswig-Holstein, kommentiert: »Wir sind eine Supermacht, wenn wir europäisch handeln.«³⁹

Ein Unionsbewusstsein entsteht dann, wenn wir täglich Europa erfahren, erleben und erfüllen. Wir atmen gemeinsame Luft, die nicht an Landesgrenzen haltmacht. Wir essen uns mit kulinarischen Freuden durch die europäische Küche. Wir pflegen Arbeitskontakte, Freundschaften und Liebesbeziehungen quer durch den Kontinent. Wir erfreuen uns in Reisen durch Europa an der Vielfalt der Landschaften, Kulturen und Kunstwerke. Und an den lustigen Missverständnissen, wenn wir sprachvielfältig miteinander reden, nest pass?

Warum wackelt das europäische Haus? Wesentliche Konstruktionsfehler

Konstruktionsfehler des heutigen europäischen Hauses hindern uns jedoch daran, diesen Traum konsequent leben zu können. Es gibt sehr viele, hier können ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit nur einige benannt werden.

Das fängt bereits mit der organisatorischen Unübersichtlichkeit der EU an. Gleich drei fast namensgleiche Räte – der Europarat, der Europäische Rat und der Rat der Europäischen Union – sorgen für komplette Verwirrung. Selbst Profis verwechseln die verschiedenen Räte. Welcher Normalsterbliche soll sie dann auseinanderhalten können?

Der *Europarat* mit Sitz in einem Gebäude in Straßburg, das an einen verirrt und auf dem Rasen gelandeten Frachtcontainer erinnert, hat mit der EU institutionell nichts zu tun, auch wenn er verwirrenderweise ebenfalls die EU-Flagge und -Hymne verwendet. Er wurde 1949 in London gegründet, wobei die von Winston Churchill mitinitiierte Europäische Bewegung eine wichtige Rolle spielte. Heute umfasst er 47 Staaten mit 820 Millionen Bürgerinnen und Einwohnern, darunter Nicht-EU-Mitglieder wie Russland, die Türkei und die Schweiz. 1950 erarbeitete er die Europäische Menschenrechtskonvention. Wer sich in den Mitgliedsländern des Europarates in seinen Grundrechten verletzt sieht, kann sich darauf berufen und vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg klagen.

Der *Europäische Rat* ist das mehrmals im Jahr tagende »Gipfeltreffen« der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten. Er ist eine Art Wächterrat, der die allgemeinen politischen Ziele und Prioritäten der EU festlegt.

Der *Rat der Europäischen Union*, im Folgenden zwecks besserer Unterscheidung *Ministerrat* genannt, setzt sich aus den Fachministern der EU-Mitgliedsstaaten zusammen. Sie – und nicht das Parlament – entwerfen und verabschieden zusammen mit der Kommission die Gesetze, die in der EU »Richtlinien« heißen.

Das Kompetenz-Wirrwarr geht mit den »fünf Präsidenten Europas« weiter. Diese bisher durchweg männliche »Fünferbande« besteht aus dem Chef der EU-Kommission, des EU-Rates, des EU-Parlaments, der Eurogruppe und der Europäischen Zentralbank. Wer soll da noch die vielen Gremien und ihre sich überschneidenden Kompetenzen auseinanderhalten? Wer versteht das Behörden-Dickicht und das unendlich komplizierte Europarecht? Menschen setzen die EU mit bürokratischem Gefilze gleich und wenden sich überfordert-gelangweilt ab. »Niemand verliebt sich in einen Binnenmarkt«, brachte der frühere Kommissions-Präsident Jacques Delors das Dilemma auf den Punkt.

Fehlende Gewaltenteilung

Wie Gewaltenteilung idealerweise aussieht, lernen wir in der Schule: Die Legislative (das Parlament) kontrolliert die Exekutive (die Regierung); die Judikative (die Justiz) korrigiert alle beide. So lehrte es der französische Aufklärer Montesquieu. Das soll Machtkonzentration und Willkür bekämpfen, wie sie früher unter Europas absolutistischen Herrschern Alltag waren. Doch die EU hält sich nicht an diese altehrwürdige Tradition. Und verstößt damit gegen die selbstgesetzten demokratischen Normen.

Das *EU-Parlament*, dessen 750 Abgeordnete alle fünf Jahre nach national unterschiedlichen Wahlsystemen gewählt werden, soll den obersten Souverän vertreten, nämlich uns. Die Plenarsitzungen finden abwechselnd in einem futuristischen Gebäude in Straßburg statt, das einem kaputten Kochtopf neben der Herdplatte gleicht, oder in einem Brüsseler Gebäudekomplex, der einer Tempel-Imitation ähnelt. Das Parlament soll in unserem Namen Gesetze erlassen, den Haushalt und die Regierung kontrollieren. In Wirklichkeit aber hat es kein Initiativrecht bei Gesetzesverfahren, und die Befugnisse über den EU-Etat muss es sich mit dem Ministerrat teilen. Auch darf es die Kommission, also die

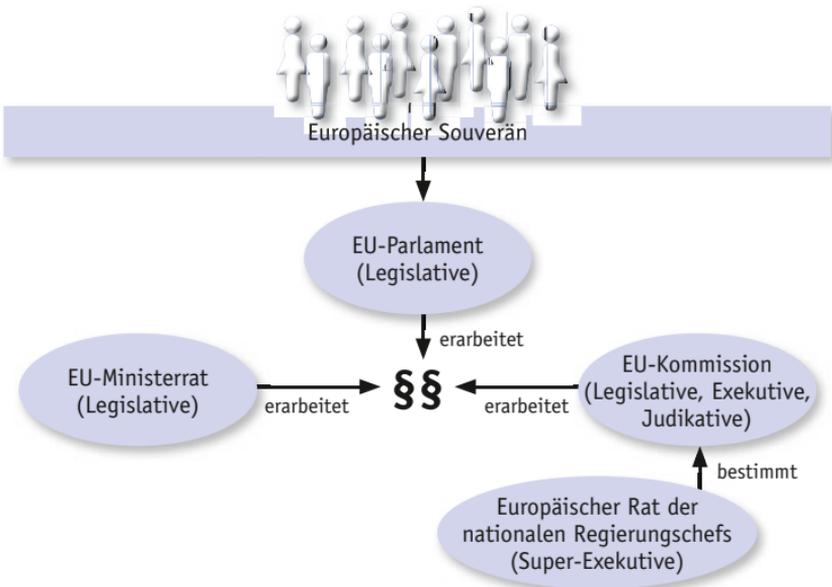
EU-Regierung, nicht wählen, sondern nur bestätigen. Obwohl es zu den weltgrößten Parlamenten zählt, handelt es sich also um ein seltsames Zweiter-Klasse-Parlament ausgerechnet im Herzen der für ihre Demokratie nobelpreisgewürdigten EU. Aber es hat einen großen Vorteil: Keine Regierungskoalition stimmt alles von der Opposition nieder. Es gibt keinen Fraktionszwang, sondern wechselnde Mehrheiten, sodass Argumente in den Debatten zählen.

Die *EU-Kommission* ist die Regierung der EU und »Hüterin der Verträge«. Sie arbeitet im dreiflügeligen Brüsseler Berlaymont-Gebäude, das mit seinen eifrigen Metallstreben wie ein überdimensionierter Käfig mit Hamsterrad anmutet. EU-Kolumnist Martin Leidenfrost fühlt sich gar an »eine verrückt gewordene Gebietskrankenkasse« erinnert.⁴⁰ Die 28 EU-Kommissare – nach Ausscheiden von Großbritannien noch 27 – kommen aus allen Mitgliedsstaaten, werden nach Proporz der dortigen Regierungsparteien benannt und sind wie Minister in Nationalstaaten für verschiedene Ressorts zuständig. Doch kurioserweise hat die Kommission auch das Initiativrecht für Gesetze inne und verwaltet den Haushalt, arbeitet also als Exekutive *und* Legislative. Sie erlässt Richtlinien und Rechtsakte, die jeweils in die höchst unterschiedlichen nationalen Rechtssysteme übersetzt werden müssen. Und sie mahnt Mitgliedsstaaten bei Verstößen gegen EU-Recht ab und verhängt Straf-gelder, arbeitet also zusätzlich als Judikative.

Der »*Europäische Rat*« der nationalen Regierungschefs kommt in Montesquieus Modell der Gewaltenteilung gar nicht vor. Faktisch ist er eine Art Superregierung und verfassunggebende Versammlung zugleich. Er interpretiert und ändert die Verträge, die für die EU Verfassungscharakter haben. Er ernennt auch die Mitglieder der Kommission. Durch diesen »Wächterrath« stellen die Nationalregierungen sicher, dass sie und nicht das gewählte Parlament oder die Kommission das letzte Wort haben. Er hat sein Sekretariat im 1995 fertiggestellten »Justus-Lipsius-Gebäude« in Brüssel, das außen wie ein gigantischer Stahlschrank aussieht und innen »verdrahtet wie ein Flipperautomat« war: 2003 wurden dort zahlreiche, zum Teil sogar einbetonierte Wanzen fremder Geheimdienste gefunden, was einen deutschen EU-Diplomaten sarkastisch bemerken ließ: »Endlich hört uns mal jemand zu.«⁴¹

Den »*Ministerrat*«, also die Versammlung nationaler Fachminister, die gemeinsam Gesetze entwerfen, könnte man als Länderkammer und damit als Teil der Legislative durchgehen lassen, ähnlich wie in Deutschland der Bundesrat die Bundesländer repräsentiert.

Der Ministerrat teilt sich mit dem Europäischen Rat das »Justus-Lip-sius-Gebäude« und das 2017 eingeweihte »Europagebäude«, das einer gläsernen Kochnische für das Ei des Kolumbus ähnelt. Kommentar eines Glasreinigungschefs angesichts der vielen Minifenster: »Oje«. ⁴² Das Ei soll ein »Herz aus Glas« darstellen, ein Symbol für die Transparenz der EU. Doch der Ministerrat arbeitet maximal intransparent – obwohl er als Legislative zu öffentlicher Arbeitsweise verpflichtet wäre. Er mache es »für die Bürger praktisch unmöglich, der Diskussion der nationalen Vertreter über die Gesetzgebung zu folgen«, kritisierte Emily O'Reilly, Europas Bürgerbeauftragte und Ombudsfrau. ⁴³



Halten wir also fest: Wir haben in Europa ein Parlament, das nur eine halbe Legislative ist, und zwei Exekutiven, die teilweise als Legislative und Judikative fungieren. Verwirrender geht es kaum noch. In der EU sei die Gewaltenteilung aufgehoben, urteilt der Schriftsteller Robert Menasse stellvertretend für viele andere Kritiker.

Menasse ist besonders erbost über die Arbeitsweise des Europäischen Rates der nationalen Regierungschefs. Er recherchierte gerade in Brüssel für seinen »Hauptstadt«-Roman, als sich die Staatschefs im März 2010 zum Krisengipfel wegen Griechenlands Schulden trafen – auf der offiziellen Tagesordnung stand jedoch: Chile. Die Experten der Kommission, also der EU-Regierung, hatten ein Konzept zur Lösung des griechischen Haushaltsproblems ausgearbeitet. Doch Kanzlerin Angela Merkel und der damalige französische Präsident Nicolas Sarkozy verschwanden zu einem Zweier-Gespräch und wischten es danach einfach vom Tisch.

Mit der Kommission und dem Parlament seien »zwei wirklich supranationale Institutionen« geschaffen worden, befindet Menasse. Aber der fundamentale Konstruktionsfehler der EU bestehe darin, »dass die Nationen, deren Macht gebrochen werden sollte, in der Union institutionell mit Macht ausgestattet werden mussten – weil es eben Vertreter von Nationen sind, die sich zur Überwindung der Nationen zusammenfinden müssen.«⁴⁴

Eine Lanze bricht er hingegen für die Kommission als Regierung. Alle gängigen Klischeebilder von überbezahlten Beamten würden heute fälschlicherweise auf »Brüssel« projiziert. Aber das Kommissions-Personal arbeite mehrheitlich transnational, polyglott, hoch qualifiziert und aufgeklärt. »In der Kommission gibt es keine finsternen Gestalten, keine Faschisten und Antieuropäer (wie sie heute auch im Parlament sitzen), keine gebeugten Opportunisten (wie in den nationalen Regierungsapparaten).« Die EU-Skepsis, so Menasse weiter, gründe auf dem Bild des bürokratisch abgehobenen Molochs in Brüssel. Doch die EU-Bürokratie sei »un glaublich billig« und »schlank«, für die Erfüllung aller Aufgaben und die Verwaltung fast eines ganzen Kontinents stünden ihr gerade mal 0,06 Prozent des EU-Bruttoinlandsproduktes zur Verfügung.⁴⁵ Tatsächlich ist die EU-Regierung, also die Kommission, mit ihren rund 33.000 Beschäftigten so groß wie die Münchner Stadtverwaltung.⁴⁶ Der Moloch ist ein Molöchlein.

Europa der Konzerne?

War der europäische Einigungsprozess ein Friedensprojekt oder ein rein ökonomisch motiviertes Werk der Unternehmen? Die Frage ist nicht eindeutig zu beantworten, denn es stimmt beides. Die EU ist ein schillerndes, in sich widersprüchliches Gebilde, in dem sich mal diese, mal jene Kräfte durchsetzen. Europäische Vordenker wie Jean Monnet hatten vor allem die Sicherung des Friedens auf dem alten Kriegskontinent im Auge, dafür versuchten sie in den Nachkriegsjahren auch die Wirtschaft zu gewinnen.

Der linksliberale Autor Menasse glaubt: »Die Europäische Union war nie in erster Linie ein wirtschaftspolitisches Projekt. Der Prozess der Vereinigung Europas wurde nicht aus ökonomischen Gründen oder gar Zwängen begonnen, und es war nie im Interesse ›der Wirtschaft‹, diesen Prozess weiter zu treiben.«⁴⁷ Er glaubt, viele Konzerne seien eher daran interessiert, die Nationalstaaten gegeneinander auszuspielen, um die günstigsten Standort- und Steuervorteile für sich herauszupressen.

Eine Autorenschaft rund um attac Österreich sieht in ihrem Buch »Entzauberte Union« hingegen die Handschrift der Konzerne und ihrer Lobbyisten in allen EU-Verträgen: »20.000 LobbyistInnen multinationaler Konzerne aus der fossilen Industrie, von Automobilherstellern und Energieversorgern beeinflussen die Arbeit von EU-Kommission und EU-Parlament.«⁴⁸

Und Transparency International moniert den »Drehtüreffekt«, dass über die Hälfte der früheren EU-Kommissare nach ihrem Abgang für Lobbyorganisationen, Konzerne und Finanzinstitute arbeiten. Die zivilgesellschaftliche Organisation »Lobbycontrol« fordert deshalb seit Jahren – vergeblich – die Einführung eines verbindlichen Lobby-Registers und die gesetzliche Schließung solcher Drehtüren.

Der Kern der EU-Politik sei neoliberal, argumentiert attac Österreich. Denn die »vier Freiheiten« von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften heizen den Standortwettbewerb an: Jede Nation konkurriert mit jeder, sodass sich Regierungen gezwungen sehen, Steuersätze, Mindestlöhne und Sozialstandards immer mehr zu senken. De facto sei

eine grundlegende EU-Reform unmöglich, weil alle Mitgliedsstaaten laut »Stabilitäts- und Wachstumspakt« zu neoliberaler Haushaltspolitik verpflichtet seien. Zudem bräuchte es die Einstimmigkeit aller Länder, um die EU-Verträge zu ändern.⁴⁹ Aus der EU auszutreten empfiehlt attac Österreich aber auch nicht. Was aber dann? Das Büchlein von attac beantwortet die Frage nicht wirklich.

Ende der 1980er-Jahre wurde die neoliberale Ausrichtung in den EU-Verträgen tatsächlich festgeschrieben, seitdem hält sich die EU-Kommission daran. Das zeigte sich auch an den von ihr geplanten Handelsabkommen TTIP und CETA mit ihrer gefährlichen privaten Schiedsgerichtsbarkeit für Konzerne. Bei einer Klage-Verhandlung im Juni 2018 vor dem Europäischen Gerichtshof kam heraus, dass Kommission und alle Regierungen der EU-Länder bis auf Slowenien diese Privatgerichte für Großinvestoren akzeptieren. Die unglaubliche Anzahl von 1.355 Handelsabkommen ist davon betroffen.⁵⁰

Bürgerferne

Das europäische Haus wurde sichtlich ohne seine Bürger gestaltet. Sein Spitzenpersonal macht nicht selten den Eindruck, als ob es lästige Einwohner und Kritikerinnen loswerden wolle. Allein der Umgang der EU mit Bürgerkonferenzen spricht Bände. Nachdem eine Bevölkerungsmehrheit in Frankreich und den Niederlanden 2005 den geplanten Verfassungsvertrag krachend scheitern ließ, organisierten Brüsseler Bedienstete eiligst »europäische Bürgerkonferenzen«. An denen nahmen jeweils gut 1.500 Ausgeloste aus allen Mitgliedsstaaten teil. Die Eingeladenen berieten je zwei Tage lang über die Zukunft Europas und waren zunächst sehr zufrieden mit dieser Form konsultativer Demokratie. Doch dann brachen die EU-Verantwortlichen die Bürgerbeteiligung, zu der bis 2010 insgesamt rund 100.000 Menschen eingeladen worden waren, ohne jede Begründung ab. Die Ergebnisse wurden weitestgehend ignoriert. Viele, die teilgenommen hatten, reagierten enttäuscht bis wütend.

Ähnliche Erfahrungen mussten jene machen, die eine »Europäische Bürgerinitiative« ins Leben gerufen hatten. Nach jahrelangem Einsatz

von Organisationen wie Mehr Demokratie und Democracy International war das Verfahren 2010 eingeführt worden. Bürgerinitiativen können dadurch bewirken, dass sich die Kommission mit einem Anliegen befassen muss, solange es bestehenden EU-Verträgen nicht entgegensteht. Allerdings ist das Verfahren umständlich, bürokratisch überreguliert und letztlich unverbindlich. Eine »Europäische Bürgerinitiative« muss sich mit ihrem Thema bei der Kommission registrieren lassen; Letztere kann das verweigern. Die Anmeldung muss durch einen »Bürgerrausschuss« aus Personen von mindestens sieben Mitgliedsstaaten erfolgen. Sodann muss über ein zertifiziertes Online-Sammelsystem eine Million gültige Unterschriften vorgelegt werden, die binnen zwölf Monaten in einem Viertel aller EU-Staaten gesammelt worden sind. In manchen Staaten, etwa Österreich, müssen Bürger gar ihre Personalausweis-Nummer angeben. Und zuschlechterletzt: Auch wenn ein Anliegen alle Formalien erfüllt, ist die EU-Kommission nicht verpflichtet, es in eine Gesetzesinitiative umzusetzen. Sie muss nur eine Stellungnahme abgeben, wie sie damit verfahren will, weiter nichts.

Die Europäische Bürgerinitiative »Wasser ist ein Menschenrecht« des EU-weiten Bündnisses Right2Water war die erste, die 2013 das geforderte Mindestmaß an Stimmen erreichte. Sie wollte unter anderem erreichen, dass das öffentliche Gut Trinkwasser nicht von Konzernen privatisiert werden kann und Leitungswasser in Restaurants umsonst ausgeschenkt wird. Doch fünf (!) Jahre später, im Februar 2018, gab Kommissions-Vizepräsident Frans Timmermans bekannt, dass es ein verbindliches Grundrecht auf Wasser nicht geben dürfe. Das sei in der EU-Grundrechte-Charta nicht vorgesehen. Und mit dem neuen JEF-TA-Handelsabkommen zwischen Japan und EU kommt es vielleicht noch schlimmer: Wasser wird darin womöglich zur privaten Handelsware, wenn das EU-Parlament JEFTA Ende 2018 zustimmt.

Das rund 500 Organisationen umfassende Bündnis »Stop TTIP«, das sich gegen die konzernfreundlichen Investitionsabkommen TTIP und CETA wehrte, fand noch weit mehr Unterstützung. Nachdem die EU-Kommission die Initiative nicht zugelassen hatte, entschied sich das Bündnis, trotzdem zu sammeln – für eine selbstorganisierte statt für eine »offizielle« Europäische Bürgerinitiative. 2015 legte Stop TTIP

der Kommission rund 3,3 Millionen Unterschriften vor. Die aber wollte davon weiterhin nichts wissen: Bei TTIP und CETA handele es sich um keine »Rechtsakte«, sondern um »interne Verwaltungsakte zwischen EU-Organen«, lautete die fadenscheinige Begründung. Eine Entscheidung, die nach einer Klage der Initiative im Mai 2017 vom Europäischen Gerichtshof als unzulässig eingestuft wurde. Eine schallende Ohrfeige für die Kommission. Und das von einem überaus brüssel-freundlichen Gericht.

Im Oktober 2017 legte die Europäische Bürgerinitiative »Stop Glyphosat« nach nur vier Monaten Sammelzeit über eine Million gesammelte Unterschriften in Brüssel vor. Sie konnte tatsächlich einen Monat später eine Anhörung im EU-Parlament über das gefährliche Pestizid erreichen. Doch obwohl dort kritische Wissenschaftler und Forscherinnen zahlreiche Beweise für die Manipulation von Studien der Glyphosat-Hersteller Monsanto & Co. darlegten, blieb die Petition folgenlos. Im Dezember bekräftigte die Kommission die Zulassung des Ackergifts für weitere fünf Jahre. Und das, obwohl das im EU-Recht verankerte Vorsorgeprinzip sie zum Widerruf hätte bringen müssen.

Bisher hat keine einzige Europäische Bürgerinitiative ihr Ziel erreichen können. Jedes Mal aufs Neue verprellt die Kommission als EU-Regierung mindestens eine Million Unterschrift-Leistende, indem sie ihre Einwände vom Tisch wischt – wenn sie die Bürgerinitiative denn überhaupt zulässt. Eine stärkere Anti-Werbung für die Demokratie in der EU ist kaum denkbar.

Auf Anregung von Emmanuel Macron wurden nun im Jahr 2018 Bürgerkonsultationen und -dialoge zur Zukunft der Union in allen EU-Mitgliedsländern außer Großbritannien organisiert. Die Ergebnisse werden von den nationalen Regierungen gesammelt und ausgewertet, und der Europäische Rat der Regierungschefs will die Resultate seinerseits Ende 2018 sichten. Parallel dazu hat die Kommission einen Online-Dialog für Bürger eingerichtet.⁵¹

In Deutschland organisiert die Bundesregierung zusammen mit zivilgesellschaftlichen Partnern die Dialoge.⁵² Willige Veranstalter erhalten

Plakate, Werbematerial und Rückmeldebögen, aber keine finanzielle Unterstützung und keine Hinweise, auf welche Weise die Anregungen ausgewertet werden und welche Verbindlichkeit daraus folgt. Bürgerräte, die durch repräsentative Auslosung bessere Resultate hervorbringen könnten, sind nicht vorgesehen. Die deutsche Sektion der »Europäischen Bewegung« kritisierte zusammen mit anderen Verbänden denn auch die Unverbindlichkeit der Bürgerdialoge. Die Befragung müsse repräsentativ erfolgen; es dürfe »keine Themensetzung von oben herab« geben; es müsse transparent kommuniziert werden, »warum bestimmte Forderungen umgesetzt werden und andere nicht.«⁵³

Im Juli 2018 hielt das Auswärtige Amt einen Auftakt-Dialog ab. Eingeladen waren viele haupt- und ehrenamtliche »Europa-Funktionäre«, etwa aus der Europa-Union oder der Europäischen Bewegung. Das Format war vorbildlich partizipativ; an den 20 Tischen der sogenannten World-Cafés kamen über 100 Teilnehmende zu Wort. Doch die ausschließlich proeuropäisch denkenden Gäste waren zu homogen, um »out of the box« zu denken und Visionen zu wagen. Die durch die Moderation manchmal recht einseitig gefilterten Ergebnisse waren größtenteils bieder und konventionell. Das Ganze wirkte eher wie eine hilflose Suche nach neuen Werbestrategien, um die EU »gut zu reden«.

Zu viel Regulierung, zu viel Deregulierung

Die Hausordnung im europäischen Haus ist wahrlich seltsam: Es gibt gleichzeitig zu viele und zu wenig Regeln. Die EU tut sich sichtlich schwer mit dem richtigen Maß an Regulierung. Pro Jahr erlässt sie Tausende Verordnungen, Richtlinien und sonstige Rechtsakte. Nur ein Beispiel: 2013 wollte die Kommission offene Ölkännchen auf Restaurant-Tischen verbieten, weil diese angeblich unhygienisch sind. Hier galgte es Proteste, die Richtlinie wurde zurückgezogen.

Inzwischen sind die »Eurokraten« wesentlich vorsichtiger geworden, sich nicht den Vorwurf der »Überregulierung« einzuhandeln. Zumal viele erfundene Geschichten über ihre »Regulierungswut« kursieren. Die längst abgeschaffte Vorschrift über den »Krümmungsgrad der Gurke« ist nicht ursprünglich auf ihrem Mist gewachsen, sondern auf dem

von Mitgliedsstaaten. Auch das Glühbirnenverbot: Dafür hatte sich 2007 der damalige deutsche Umweltminister Sigmar Gabriel starkgemacht – zur Freude von Elektrokonzernen wie Osram, die damit Milliardengeschäfte machen konnten.

Bei den großen politischen Fragen wäre man indes froh, wenn die EU mehr regulieren und entschiedener eingreifen würde. Was ist mit Programmen für Flüchtlingsintegration, gegen Jugenderwerbslosigkeit, für eine klimafreundliche Agrarwende oder die Demokratisierung der Demokratie? Und was ist mit der Regulierung der Finanzmärkte und Banken, die uns die Finanzkrise einbrockten und nun über Cum-Ex-Geschäfte und andere Tricks Steuern in Milliardenhöhe hinterziehen? Sie kann sich jederzeit wiederholen, und wir wären wohl kaum besser vor ihren Auswirkungen geschützt als 2008. »Deregulierung« ist ein Schlagwort, das – entgegen allen Vorurteilen über die EU-Regelwelt – unter den Neoliberalen in Brüssel eher positive Emotionen erweckt. Zur Freude der Spekulanten und Investmentbanker. Die wichtigsten EU-Angelegenheiten werden viel zu wenig reguliert, und die dafür Zuständigen können nicht abgewählt werden.

Die kalte Sprache der »Wettbewerbsfähigkeit«

Im europäischen Haus herrscht die kalte Sprache des Geldes. Ständig geht es um noch mehr »Wachstum« trotz wachsender Klimakrise und wachsenden Plastikteppichen im Meer. »Wer glaubt, in einer endlichen Welt könne die Wirtschaft unendlich wachsen, ist entweder ein Idiot oder ein Ökonom«, bemerkte dazu trocken der Ökonom Kenneth Boulding. 238 Forscher und Wissenschaftlerinnen forderten deshalb in einem offenen Brief im September 2018 von der EU, ihre Fokussierung auf Wachstum einzustellen und stattdessen in Mitgliedsstaaten »Ministerien für Transformation« einzusetzen.⁵⁴

Ähnlich problematisch ist der Begriff »Wettbewerbsfähigkeit«. Immerzu und allerorten heißt es, die EU müsse im Weltmarkt wettbewerbsfähig bleiben, die EU-Mitgliedsländer müssten miteinander im Wettstreit um die beste ökonomische Position ringen, die Unternehmen müssten im Wettbewerb bestehen, die Regionen, die Städte, die Gemeinden, die

Kliniken, die Verkehrsbetriebe, die Museen, die Universitäten, die Schulen, die Kindergärten, die Geburtsstationen ...

So schallt es aus fast allen Parteien und Fraktionen. Und es schallt desto lauter, je weniger ein tatsächlicher Wettbewerb herrscht. Immer größere Konzerne beherrschen den Markt, indem sie andere schlucken und monopolartig Preise und Herstellungsbedingungen diktieren. Das letzte von unzähligen Beispielen ist der von der EU-Wettbewerbskommissarin genehmigte Zusammenschluss von Bayer und Monsanto. Jetzt gibt es weltweit nur noch vier gigantische Agrokonzerne: ChemChina-Syngenta, Dupont-Dow, BASF und Bayer-Monsanto. Die Zeche werden Kleinbauern und Verbraucherinnen zu zahlen haben.

Wir erleben heute Kapitalismus verkehrt. In der Theorie konkurrieren Unternehmen miteinander, in der Praxis sind es vor allem Staaten und Einzelpersonen. Menschen sehnen sich jedoch weniger nach Wettbewerb als nach Heimat, Geborgenheit, Sicherheit und Gemeinschaft. Die herausragendste menschliche Eigenschaft im Vergleich zu allen anderen Spezies ist umfassende Kooperationsfähigkeit, nicht Konkurrenz. Das weist auch der israelische »Big History«-Spezialist Yuval Noah Harari in seinen internationalen Bestsellern nach. Ohne Homo sapiens' Talent zur beständigen Zusammenarbeit hätte es keinerlei historische Fortschritte gegeben. »Konkurrenz« und »Wettbewerb« sind Erfindungen der Neuzeit, konkreter: der Neodarwinisten und Neoliberalen. In beschränktem Umfang sind sie berechtigt, aber das heutige gigantische Ausmaß beschädigt unser aller Wohlbefinden. Oder was soll man daran gut finden, dass heute laut Studien ungefähr jeder sechste Studierende und jede vierte Beschäftigte irgendwann psychische Probleme bekommt, weil er oder sie die ständige Konkurrenz nicht mehr aushält?

Eurozone fördert Ungleichheit und Spannungen

Das Gerede vom ewigen Wettbewerb versetzt ganz Europa in Stress. Besonders die 19 Länder umfassende Eurozone: Die beteiligten Euroländer praktizieren zwar eine gemeinsame Geld-, aber keine gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik. Das ist eine Fehlkonstruktion, die zu einem desaströsen Wettbewerb zwischen Staaten und Regierungen

führt, wer die Löhne und Gehälter am tiefsten drücken kann. Denn ein Ausgleich durch eine Abwertung der jeweils eigenen Währung ist nicht mehr möglich. Zudem fehlt ein Finanz- und Sozialausgleich zwischen ärmeren und reicheren Regionen, wie es in Nationalstaaten üblich ist, damit ähnliche Lebenschancen entstehen und wirtschaftlich stärkere Regionen die schwächeren nicht niederkonkurrieren.

Konkurrenz produziert neben Gewinnern notwendigerweise auch Verlierer. Vor allem Deutschland und die Niederlande profitieren von Euro und Binnenmarkt, während südeuropäische Länder durch die ökonomischen Verzerrungen nicht aus der Krise finden. Die Eurozone habe »Uneinigkeit gesät«, kritisiert US-Nobelpreisträger Joseph Stiglitz. »Dieses System nahm den Regierungen ihre wichtigsten Anpassungs-Mechanismen Zinsen und Wechselkurse.« Statt Ländern in Krisen zu helfen, schuf die EU »neue Auflagen in Bezug auf Defizite, Verschuldung und Strukturpolitik«. Nicht nur Griechenland, Spanien, Irland und Portugal stürzten dadurch weiter ab, sondern auch Italien. Eine Bankenunion mit einer gemeinsamen Einlagensicherung könnte Finanzkrisen wie 2008 vorbeugen, doch ihre Verwirklichung wird auch von der deutschen Regierung weiterhin verschleppt. Die Folgen in Euroland laut Stiglitz: Die deutschenfeindliche Stimmung nehme zu, der Populismus ebenfalls.⁵⁵

Mit der kurzfristigen Entscheidung der EU-Kommission, den italienischen Haushaltsentwurf wegen Überschreitung bestimmter Verschuldungsziffern im Oktober 2018 zurückzuweisen, dürfte sich das noch mal massiv verstärken – bis hin zum möglichen Austritt Italiens aus der Eurozone. Egal, was man von der italienischen Regierung hält, »demokratiethoretisch« sei das »fatal«, schreibt der Brüsseler Journalist Eric Bonse. Denn: »Die neue Regierung soll gezwungen werden, sich an Vorgaben zu halten, die *vor der Wahl* mit der EU-Kommission verabredet wurden. Anders gesagt: Beim Budgetrecht wird die Wahl *annulliert*.«⁵⁶ Matteo Salvini und Steve Bannon dürften aus diesem Konflikt Honig saugen.

Verpflichtung zu Atomenergie

Im Keller des europäischen Hauses geht es ebenfalls gefährlich zu. Die Heizung funktioniert seit Jahrzehnten vorwiegend mit problematischen Brennstoffen: Kohle, Öl und Atom. Es wird höchste Zeit, dieses teure Monstrum zu erneuern.

Mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge 1957 wurde auch die Europäische Atomgemeinschaft »Euratom« gegründet. Bis heute besteht sie fast unverändert als formal eigenständige Organisation neben der EU, teilt mit ihr jedoch sämtliche Organe. Euratom dient der Förderung der Atomindustrie, weil diese laut Vertrag zur »Hebung der Lebenshaltung in den Mitgliedsstaaten« beitrage – Nuklearreaktoren steigern das Wohlbefinden? Entsprechend wird sie über EU-Haushaltsmittel subventioniert. Wer der EU beitrifft, muss also gefährliche Atomanlagen mitfördern.

Das zweite große Problem sind die fossilen Brennstoffe für die Hausheizung. 2017 musste die EU immer noch über die Hälfte ihres Energiebedarfs einführen und dafür 272 Milliarden Euro berappen.⁵⁷ Das Geld für das Öl fließt aus Europa ab und landet oft bei Ölscheichs, die damit islamistische Bewegungen finanzieren. Und die massenhafte Verbrennung von Öl, Gas und Kohle stellt infrage, dass die EU das Klimaabkommen von Paris einhalten kann.

Agrarwahnsinn

Auch die Großküche des europäischen Hauses lässt sehr zu wünschen übrig: Für teures Geld lässt die EU Lebensmittel von zweifelhafter Qualität anbauen. Und lässt zu, dass sich jeder Interessenverband hier sein eigenes Süppchen kocht. Die in Brüssel verteilten Agrarsubventionen machen mit knapp 40 Prozent den größten Batzen im EU-Etat aus. Derzeit sind es rund 56 Milliarden Euro jährlich, macht pro Kopf etwa 110 Euro pro Jahr in der Union. Eine Riesensumme Geld – das völlig unsinnig verteilt wird.

Die Direktzahlungen sollen sicherstellen, dass Landwirte und Bäuerinnen von ihrer Arbeit leben können. Doch dieses Ziel verfehlen sie

komplett. Denn sie richten sich vor allem nach der Flächengröße eines Betriebs und machen somit Agroindustrielle noch größer. Sogar Konzerne wie RWE oder Bayer erhalten Riesensummen, weil auch sie Flächeneigentümer sind. Umgekehrt mussten Millionen von Familienhöfen aufgeben, weil nur die Größten und Fettesten überleben. Das Motto »Wachse oder weiche«, das der deutsche Bauernverband absurderweise unterstützt, treibt sie in den Ruin – und die Natur gleich mit.

Agroindustrielle dürfen diese durch massenhaften Einsatz von Chemiedünger, Gülle, Antibiotika und Pestiziden vergiften. Die Billiglebensmittel, die sie herstellen, sind teuer erkaufte: durch Treibhausgas; Nitrat im Grundwasser; resistente Keime in Kuhställen und Kliniken; Massensterben bei Insekten, Bienen und Vögeln; ansteigende Krebsraten bei Menschen. Laut einer Studie der Welternährungsorganisation FAO verursachen solche Billiglebensmittel weltweit Umwelt-, Gesundheits- und Sozialschäden in Höhe von jährlich 4,8 Billionen Dollar. Das sind, umgerechnet auf die Weltbevölkerung, pro Jahr und Kopf rund 685 Dollar.⁵⁸

Das Grundproblem in der EU-Agrarpolitik ist der Irrglaube, die Landwirtschaft müsse sich nach derselben Logik entwickeln wie die Industrie. Das führt zu immer größeren Monokulturen, Flächenkonzentrationen und Kostendruck. Lebensmittel wurden dadurch wesentlich billiger; politisch gewollt, wurde damit Kaufkraft für Industrieprodukte frei. Ihre Lebensmittel-Überschüsse exportiert die EU in südliche Länder, ruiniert dort Marktpreise für Kleinbauern und schafft damit Fluchtursachen. Bauern aus Ghana etwa bleiben auf ihren örtlich produzierten Tomaten sitzen, weil subventionierte EU-Tomaten billiger sind. In den Ruin getrieben, flüchten sie nicht selten übers Mittelmeer nach Süditalien. Dort züchten sie in den Fängen der Mafia auf EU-subventionierten Feldern unter sklavenähnlichen Bedingungen absurderweise ebenfalls wieder Tomaten. Könnten sie dies in ihrer Heimat, wäre allen Beteiligten geholfen.

Militarisierung und Versicherheitlichung

Das Personal im europäischen Haus lässt Wachschatz und Grenzanlagen immer weiter zu einer »Festung Europa« ausbauen. Auch die Ein-

gangstür wird verrammelt. Um Migranten abzuwehren, arbeitet die EU eng mit Diktatoren zusammen und sorgt damit indirekt für schwere Menschenrechtsverletzungen in Gefängnissen und Folterlagern, kritisieren Menschenrechtsorganisationen sowie die Journalisten Christian Jakob und Simone Schindwein auf ihrer preisgekrönten Website.⁵⁹ Europäische Hilfe fließt verstärkt an repressive Regimes, die für die Migrationskontrolle nützlich sind, wie Sudan, Eritrea oder die Türkei. Wenn eine Regierung nicht liefert, werde sie erpresst, indem man ihr den Entzug von Entwicklungsgeldern und Marktzugängen androhe, so die Journalisten.

Jedes Jahr ertrinken Tausende auf unsicheren Schlauchbooten im Mittelmeer, Frauen werden auf den Fluchtrouten vergewaltigt, Kinder entführt und verschleppt. Warum kommen sie nicht mit sicheren Flugzeugen oder Fähren? Die Verantwortung dafür trägt die EU mit einer Richtlinie von 2001, wonach jede Flug- oder Fährgesellschaft, die Personen ohne gültige Visa nach Europa bringt, für alle Kosten einer »Rückführung« aufzukommen hat. Angeblich bleibt die Genfer Flüchtlingskonvention davon unberührt. Doch de facto wirkt das wie ein Bollwerk gegen alle, die in Europa Schutz vor politischer Verfolgung und Krieg suchen. Und fördert zudem das Schlepperunwesen, das die Union doch angeblich bekämpft.

Sechs EU-Behörden sind an der Überwachung der Außengrenzen und Kontrollen bei Ein- und Ausreise beteiligt. Die wichtigste ist die »Europäische Grenz- und Küstenwache«, Frontex genannt, mit Sitz in Warschau. Sie koordiniert die zuständigen nationalen Behörden und steuert das »Eurosur«-Netz zur Erstellung gemeinsamer Lagebilder, etwa um »Flüchtlingsbewegungen« frühzeitig abzuwehren. Die Journalistengruppe »Investigate Europe« stellte indes fest, das teure Eurosur-Netz funktioniere in der Praxis gar nicht. Genauso wenig wie das geplante neue elektronische Einreisensystem für Nicht-EU-Bürger, das an allen 1.800 Kontrollstellen der Schengen-Staaten Reisepässe, Visa, Fingerabdrücke und Gesichtsbilder elektronisch speichern soll. Die Erklärung der Journalisten für diesen Unsinn: Die EU werde zu stark von Lobbyisten der »European Organisation for Security« (EOS) beeinflusst, die allein auf technologische Lösungen setze. In den Beratungsgremien

der Kommission sei die Industrie stark vertreten: Ein Drittel der »Berater« sei in Interessenkonflikte verstrickt und wolle vor allem ihre Produkte teuer verkaufen.⁶⁰ Das gilt im Übrigen auch für andere Bereiche, etwa für die Finanzindustrie.⁶¹

Sowieso werden sich Flüchtlinge und Migrantinnen auch nicht durch immer höhere Mauern abhalten lassen, wenn die Lebensbedingungen in ihrer Heimat zerstört werden – durch Diktaturen, Klimaextreme oder europäische Politik. Der Autor Christoph Ransmayr erinnert daran, dass Europa die Länder Afrikas nachhaltig ökonomisch geschwächt hat: »Wohin immer ein Afrikareisender sich auf diesem Kontinent wandte ..., musste er auf die Spuren Europas stoßen, auf eine zertrampelte Bühne der Grausamkeit, dazu aber auch: auf Quellgebiete des europäischen Reichtums. Ohne die hier geschürften Erze und seltenen Erden, ohne die Gold- und Silber- und Diamantenminen und unzähligen anderen Bodenschätzen ohne die hier eingebrachten Ernten, ohne die Arbeitskraft von Abermillionen Sklaven und Billigstlohnarbeitern wäre Europa wohl bis zum heutigen Tag noch längst nicht jenes Paradies, als das es in jenen Flüchtlingsströmen ersehnt und bewundert wird, die auf den Schlachtfeldern von europäisch mitverschuldeten Kriegen und Elends- und Dürregebieten entspringen.«⁶²

Baupläne für eine neue Architektur des europäischen Hauses

Das europäische Haus braucht also dringend eine Grunderneuerung: Offen sollte es sein, einladend, demokratisch, transparent, solidarisch, gastfreundlich, ökosozial, schön und zukunftsfähig. Wer aber entwirft die Baupläne? Wer legt das Fundament? Wer bestimmt, wer darin leben und arbeiten darf? Hierzu gibt es europaweit unzählige Ideen von Vordenkern und Visionärinnen, von Schriftstellern und Philosophinnen, von Bürgerinitiativen und zivilgesellschaftlichen Bündnissen. Dieses Büchlein kann sie nur unvollständig vorstellen – und die Präsentation fällt zugegebenermaßen deutschlandlastig aus.

Auch die Brüsseler Behörden und andere brüten Vorschläge aus. Soweit sie eine EU-Grunderneuerung eher vermeiden als einleiten wollen, streifen wir diese hier nur flüchtig oder gar nicht. Etwa die Debatte über das »Europa der zwei Geschwindigkeiten« oder die über neue Abstimmungsregeln im Rat. Fantasielos wirkt auch das »Weißbuch zur Zukunft Europas«, das die EU-Kommission im März 2017 vorlegte. Dort werden fünf Szenarien bis zum Jahr 2025 entwickelt – Varianten des »Weiter wie bisher«. Dem Anspruch nach soll das Konzept eine »Debatte mit den Bürgern« einleiten, doch wie man damit Bürgerinnen begeistern und angeblich »jede Stimme« hören will, darüber verlieren die Verfasser kein Wort.⁶³ Wie will man mit »mehr von demselben« aus jener Krise kommen, die man selbst mitverursacht hat?

Der französische Präsident ist hier eine rühmliche Ausnahme. In seinen Reden an der Pariser Sorbonne, in Berlin und Athen versprühte Macron ein ganzes Feuerwerk an Ideen: Die Eurozone solle ein gemeinsames Budget samt Finanzminister bekommen sowie eine Bankenunion; eine Harmonisierung von Steuern und Mindestlöhnen; es solle eine gemeinsame Asylbehörde und eine EU-Staatsanwaltschaft gegen Terrorismus geben; eine Verteidigungsunion; eine EU-Agentur für Innovationen;

transnationale Kandidatenlisten des EU-Parlaments; eine ökologische CO₂-Steuer; eine neue Partnerschaft mit Afrika und vieles mehr. Bürgerkonsultationen sollten in allen EU-Ländern Ideen für eine erneuerte Union liefern.

Ein neues Fundament legen durch eine Verfassung, über die der europäische Souverän abstimmen darf, will aber auch Macron nicht. Dabei herrschen in Brüssel, wie oben gezeigt, immer noch vordemokratische Zustände. Den selbsternannten Verteidigern der westlichen Werte von Demokratie und Menschenrechten stünde es gut an, die bürgerliche Gewaltenteilung im Herzen Europas zu vollenden.

Welche Visionen haben Akteure der Zivilgesellschaft? Wir referieren im Folgenden verschiedene Ideen und Visionen. *Dabei möchten wir betonen, dass diese einen Denkraum eröffnen sollen; sie entsprechen keineswegs in allen Fällen der Meinung der Autorin oder der Herausgeber.*

Das Haus renovieren

Um ein neues Fundament für das europäische Haus zu legen, müssten die bestehenden EU-Verträge umgeschrieben werden. Manche Europafans halten das für zu risikoreich, weil Rechtspopulisten derzeit zu großen Einfluss haben. Sie schlagen stattdessen, sinnbildlich gesprochen, vor, das Haus lediglich zu renovieren, was weniger oder gar keine Vertragsänderungen zur Folge hätte.

Damit Abgeordnete tatsächlich europäische Interessen vertreten und nicht nur ihre nationalen, wäre ihre Wahl über transnationale Listen zu organisieren. Auch Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker befürwortet die Idee. Ebenso Angela Merkel und Emmanuel Macron, die bei ihrem Gipfeltreffen im Juni 2018 in Meseberg ab 2024 länderübergreifende Listen für die Europawahl vorschlugen.⁶⁴ Doch andere Unionspolitiker versuchten Merkel sofort zurückzupfeifen – mit degoutanten Argumenten. »Viele Deutsche verspüren schon jetzt eine kritische Distanz zum EU-Parlament«, so der CSU-Politiker Florian Hahn. »Wenn sie künftig statt der deutschen Vertreter auf den Wahlzetteln auch Zyrioten oder Malteser finden, dürfte sich die Distanz verstärken.« Die

Idee solle doch nur Macron dienen, und »in jedem französischen Präsidenten steckt ein kleiner Napoleon.«⁶⁵

Dabei geht die Idee keineswegs auf Macron zurück, sondern auf den liberalen Europa-Abgeordneten Andrew Duff. Der Brite hatte den sogenannten Duff-Bericht verfasst, wonach das EU-Parlament mindestens um 25 transnationale Sitze erweitert werden sollte. Doch 2014 war dafür keine Mehrheit in Sicht, deshalb wurde die Abstimmung von der Tagesordnung gestrichen.⁶⁶ Nach dem Brexit stand die Entscheidung nochmals an, ob die bald leer stehenden britischen Parlamentssitze in transnationale umgewandelt werden sollten. Aber Konservative und Rechtspopulisten stimmten den Vorschlag im Februar 2018 nieder. Nach Meinung von Robert Menasse ist die bisherige Verhinderung transnationaler Listen desaströs: »Man kann nicht einmal sagen, dass die Nationalstaaten sich gegen ein vernünftiges europäisches Wahlrecht gewehrt haben – sie haben erst gar keine Diskussion darüber zugelassen.«⁶⁷

Die Krankheit Europas besteht vor allem aus dem Desinteresse vieler seiner Amts- und Mandatsträger an einer weiteren Europäisierung. Über nationale Listen gewählte Personen sind abhängig von ihren nationalen Parteien. Ein Abgeordneter etwa von der CDU, der im EU-Parlament den Mut hätte, gegen die Interessen der CDU-geführten Bundesregierung zu votieren, könnte seine Karriere an den Nagel hängen – er würde bei den nächsten Wahlen nicht mehr aufgestellt. Das verhindert, dass sich das Parlament als eigenständiges und eigensinniges Vertretungsorgan des europäischen Souveräns begreift und entsprechend selbstbewusst Politik macht.

Wenn das EU-Parlament seine Macht besser nutzen würde, glaubt Harald Schumann von der Journalistengruppe »Investigate Europe«, »würde das eine starke Eigendynamik entwickeln. Die Abgeordneten könnten die Kommission absetzen und den Haushalt blockieren – wie es tatsächlich schon einmal vorkam. Bisher aber sehen sie nur tatenlos zu, wie sich der Europäische Rat – also die nationalen Regierungschefs – immer mehr Macht aneignen. Das Parlament tritt nicht geschlossen auf, sondern rats-abhängig. Eine Mehrheit im Rat produziert de facto immer eine Mehrheit im Parlament.«⁶⁸

Die Tür verbreitern

Wolfgang Schmale, Professor für Neuere Geschichte in Wien, sorgt sich: Wer die EU lähme oder durch weitere Länderaustritte zerstöre, müsse sich »im Klaren sein, dass er in der historischen Großregion, die Europa, der Nahe Osten und Nordafrika seit Jahrtausenden gemeinsam bilden, die Entstehung eines Schwarzen Lochs zulässt, das globale Auswirkungen hätte.«⁶⁹

Schmale schlägt eine Demokratisierung der EU ohne oder mit nur minimalen Vertragsänderungen vor. Er befürwortet vor allem Änderungen im Wahlsystem. Alle, die in einem anderen EU-Land als ihrem Herkunftsland leben, sollten dort das volle Wahlrecht bekommen, genauso wie Nicht-EU-Ausländer und -Migrantinnen. Bei den EU-Parlamentswahlen, fordert auch er, solle es transnationale Listen und europäische Spitzenkandidaten für den Posten des Kommissionspräsidenten geben. Über die Aufnahme oder den Austritt eines Landes sollte die gesamte Bevölkerung in einem Europäischen Referendum abstimmen dürfen, genauso wie über einen neuen EU-Vertrag.

Türen öffnen, Glas einbauen, Schließung von Geheimzimmern

Die Abschaffung intransparenter Verfahren und nicht autorisierter Gremien wäre eine weitere hochwirksame Maßnahme, Verträge müssten dafür nicht geändert werden. Um im Bilde zu bleiben: Es geht um den Einbau von Transparenzglas und die Schließung von Geheimzimmern im Haus Europa.

Der Ministerrat etwa arbeitet absolut intransparent. In seinen rund 150 Arbeitsgruppen mauscheln Emissäre der nationalen Ministerien Gesetze aus – ohne jede Protokoll- und Auskunftspflicht gegenüber Presse, Bürgerinnen und nationalen Parlamenten. Das untergrabe »das Recht der Bürger, ihre Regierungen zur Rechenschaft zu ziehen«, nähre »Zweifel an der demokratischen Legitimität der Union« und fördere »antieuropäische Ressentiments«, lautet denn auch die harsche Kritik von Europas Ombudsfrau Emily O'Reilly in zwei Berichten an das

EU-Parlament. Den zweiten Report verfasste sie, weil der Ministerrat es nicht einmal für nötig gehalten hatte, binnen drei Monaten auf ihre Empfehlungen zu reagieren.⁷⁰

»Dahinter steht der Unwille der nationalen Regierungsbeamten, ihre jeweiligen Manöver und Positionen in den Ratsgremien offenzulegen«, analysiert Journalist Harald Schumann. Diese »Gesetzgebung in der Blackbox« habe für die Regierenden »den bequemen Vorteil, dass sie bei umstrittenen Vorhaben verbreiten können, ›Brüssel« sei schuld, auch wenn ihre eigenen Beamten daran mitgewirkt haben.«⁷¹

Niederländische Abgeordnete fordern in einem Positionspapier deshalb ebenfalls Transparenz vom Ministerrat. »Die EU hält sich nicht an demokratische Standards«, schreiben sie, »und speziell der Rat verletzt regelmäßig die EU-Regeln zur Transparenz.« Ratsdokumente sollten »ohne Verzögerung« veröffentlicht werden. Der Ministerrat solle klare Regeln vereinbaren, die den Anforderungen des EU-Vertrags von Lissabon entsprechen, wonach jeder EU-Bürger das Recht auf Zugang zu EU-Dokumenten hat. Mit seiner Undurchsichtigkeit verletze der Rat auch Urteile der EU-Gerichtshofes und setze sich über entsprechende Vorschläge von Kommission und Parlament hinweg.⁷²

In Geheimzimmern finden auch die sogenannten Triloge statt. Zu denen treffen sich Abgesandte von Ministerrat, Kommission und Parlament, wenn sie bei der Gesetzgebung keine Einigung finden. Angeblich dient das der Beschleunigung der Verfahren. Doch der behauptete Zeitgewinn finde seit 2014 nicht mehr statt, kritisiert das EU-Beraterorgan »Europäisches Ökonomisches und Soziales Komitee« in einer Studie vom Mai 2017. Es fordert deshalb eine Schließung der Geheimzimmer. Trilog-Dokumente sollten vorab veröffentlicht und eine nutzerfreundliche Datenbasis errichtet werden.⁷³

Trilog-Mauscheleien befeuert die Europa-Skepsis, findet auch der EU-Beobachter Harry Cooper in der Zeitschrift »Politico«. Sie dienen vor allem dazu, dass mehr als 80 Prozent der Kommissionsvorschläge – also der Exekutive – durchgewinkt würden. Das Parlament als eigentlicher Gesetzgeber habe kaum Einfluss. Das unterminiere die

Gewaltenteilung und das Vertrauen in EU-Institutionen. Konzern- und Finanzlobbyisten könnten sehr aktiv die Trilogie beeinflussen, ohne papierne Spuren zu hinterlassen. Eine erstaunliche Allianz von zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Wirtschaftslobby BusinessEurope fordert hier Änderungen: Politische Debatten sollten prinzipiell öffentlich stattfinden.⁷⁴

Die informelle »Troika« agierte ebenfalls im rechtsfreien Raum und stellte sich in der Eurokrise de facto über die frei gewählte griechische Regierung. Sie zwang die griechischen Minister zu Haushaltskürzungen, Privatisierungen, Gesetzesänderungen und der faktischen Zerstörung des Gesundheitswesens – was viele Tote zur Folge hatte.⁷⁵ Das EU-Parlament forderte deshalb im März 2014 kurz vor den Europawahlen die Abschaffung der Troika, weil sie »keine legale Basis« habe.⁷⁶ Nach den Wahl gelobte EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker hoch und heilig, das dürfe »nie wieder vorkommen«. Die bisherigen Konsequenzen gehen jedoch gegen null.

Stattdessen werden immer neue informelle Gremien eingerichtet, die viel Macht, aber keine echte Gesetzesgrundlage haben. Eurogruppe, Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) und wie sie alle heißen – sie können sich weiterhin in Geheimzimmern treffen. Wenn die EU neue Legitimität erringen wolle, müsse das aufhören, befinden viele Beobachter.

Haus mit Gästezimmern: Flüchtlingspolitik

Die EU-Debatten über den Umgang mit Hier-nicht-Geborenen haben in eine Sackgasse geführt und den Rechtspopulismus gestärkt – um es milde zu formulieren. Das europäische Haus wird dadurch immer mehr zur gastfeindlichen Festung. Obwohl entsprechende Reformvorschläge der Kommission vorliegen, weigern sich die deutsche und andere nationale Regierungen seit Jahren, das sogenannte Dublin-Abkommen zu ändern. Es verpflichtet Geflüchtete, in jenen EU-Staaten um Asyl zu bitten, die sie zuerst aufsuchten. Das ist grob unsolidarisch mit Mittelmeer-Anrainern wie Griechenland und Italien, die näher an den Krisenstaaten liegen und sich in der sogenannten Flüchtlingskrise

vollkommen allein gelassen fühlen. Und ein klarer Verstoß gegen das Solidaritäts-Gebot in der Grundrechte-Charta der EU. Diese dumme und kurzsichtige Politik verhalf der fremdenfeindlichen Lega in Italien zu 17 Prozent der Stimmen und zur Beteiligung an einer Regierung, deren Innenminister sich weigert, weitere Geflüchtete aufzunehmen.

Einen einfachen Lösungsvorschlag macht hier Gerd Grözinger, Professor der Europa-Universität Flensburg. Demnach soll die EU jenen Staaten, die Flüchtlinge hereinlassen, die Kosten für deren Unterkunft, Verpflegung und Bildung bezahlen – Italien hätte dadurch rund 1,5 Milliarden Euro mehr bekommen, Deutschland sogar 17 Milliarden, rechnet er vor.⁷⁷

Verteilung über Zwangsquoten funktioniere einfach nicht, findet die Sozialdemokratin Gesine Schwan: Man brauche ein System, das auf Freiwilligkeit beruhe. Die EU solle einen Fonds auflegen und daraus Städten und Gemeinden Geld zukommen lassen, wenn sie Flüchtlinge integrieren. Im EU-Parlament stieß sie damit auf offene Ohren: Mit großer Mehrheit forderte es die Kommission im März 2018 auf, den Vorschlag zu prüfen.

Der Europäische Rat sollte den »Doppelbeschluss« fällen, die Mitgliedsländer »aus dem unwirksamen Zwang zur Solidarität zu entlassen«, rät die Professorin der deutsch-polnischen Humboldt-Viadrina-Universität. Dafür sollten sie der Errichtung eines »europäischen Integrations- und kommunalen Entwicklungsfonds« zustimmen.⁷⁸ Das EU-Geld soll also nicht an Nationen, sondern direkt an die Kommunen gehen. Gemeinden, die Geflüchtete aufnehmen wollen, sollten die Kosten für Integrationsarbeit erstattet bekommen. Und noch mal dieselbe Summe erhalten für eigene kommunale Projekte. Bürgerräte aus Vertreterinnen und Repräsentanten von Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Flüchtlingen sollten lokale Integrations-Strategien erarbeiten.

Das wäre eine Win-win-Situation: Damit würden ökonomisch schwache und vernachlässigte Regionen gestärkt und zugleich die derzeit unlösbar erscheinende Flüchtlingsfrage durch Dezentralisierung weitgehend gelöst. »Gemeinden, deren Einwohner abwandern,« schreibt

Schwan, »könnten wieder Bürgerinnen und Bürger gewinnen, die ihnen neues Leben geben, dort arbeiten und das Steuereinkommen erhöhen; vorhandene Infrastrukturen, deren Schließung droht (Kindergärten, Schulen, ärztliche Versorgung, vorhandener Wohnraum, Mobilität, Handel) könnten wieder genutzt und gegebenenfalls ausgebaut werden.« Und: »Eine neue Stimmigkeit zwischen den proklamierten europäischen Werten und dem eigenen Handeln könnte entstehen.« Und weiter: »Der Reiz dieser Strategie liegt darin, dass die Aufnahme von Flüchtlingen zunächst materielle und ideelle Interessen der bereits ansässigen Gemeindemitglieder befriedigt.« Damit würde Rechtspopulisten der Boden entzogen. Denn das entkräftet deren ständige Vorwürfe, Migranten würden Einheimischen vorgezogen. Und stärkt zudem die lokale Ökonomie.

Ein praktisches Beispiel dafür war das süditalienische Flüchtlingsdorf Riace. Früher wanderten immer mehr Einwohner mangels Lebensperspektiven aus, alles verfiel, Häuser standen jahrelang leer – bis Domenico Lucano den Verein Città Futura (Stadt der Zukunft) gründete. Er bot Flüchtlingen an, sie zusammen mit dem Verein herzurichten und zu bewohnen. 2004 gewann Lucano die Bürgermeisterwahlen, 2009 und 2014 wurde er wiedergewählt und seitdem mit internationalen Preisen überhäuft. Er führte eine eigene Dorfwährung ein, die lokale Ökonomie blühte auf, Werkstätten eröffneten wieder – mit gemischten Teams aus Einheimischen und Fremden. Ein Projekt mit internationaler Leuchtkraft, das dem italienischen Innenminister deshalb ein Dorn im Auge war. Matteo Salvini sieht Flüchtlinge als »Menschenfleisch« und beleidigte Bürgermeister Lucano als »Null«.⁷⁹ Lucano wurde aus dem Ort juristisch verbannt, ein Teil der Geflüchteten aus Riace wegverteilt, das Vorzeigeprojekt fast zerstört.

Viel wäre auch gewonnen, wenn die EU-Handelspolitik südliche Länder nicht länger als billige Rohstoff-Lieferanten behandeln, sondern Menschen dort eine Zukunftsperspektive bieten würde. Die Bewegungsplattform Campact umriss 2017 in einem Positionspapier, wie das aussehen könnte. Die EU sollte sich an ihren eigenen Grundwerten orientieren und dort Demokratie, Wohlstand, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung, Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz so-

wie regionale Wirtschaftskreisläufe fördern. Länder mit niedrigen Standards sollten sich höheren anpassen, nicht umgekehrt. Fairer Handel müsse zum »Goldstandard« werden.⁸⁰ Und Karl-Martin Hentschel von Mehr Demokratie schlägt ein neues Freihandelsmodell vor, »das künftig eher Fair-Handelsmodell heißen sollte ... Das heißt: Generell gilt freier Handel ohne Zölle. Waren aus Ländern, die sich nicht an internationale Standards halten, um sich dadurch Vorteile zu verschaffen, können jedoch mit Strafzöllen belegt werden.« Etwa bei Missachtung von Menschenrechten und Umweltstandards. Kinderarbeit, Verstöße gegen die Arbeitnehmerrechte oder gegen die Klimakonvention würden dann von der Welthandelsorganisation WTO wie Dumpingmaßnahmen abgestraft.⁸¹

Haus mit Gemeinschaftskasse: Währungs- und Sozialunion

341 Millionen Menschen nutzen heute den Euro. In 19 der 28 EU-Mitgliedsstaaten sowie in Andorra, Monaco, San Marino und im Vatikanstaat wurde er 1999 als Buch- und 2002 als Bargeld eingeführt. Im praktischen Alltag haben sich die bunten Scheinchen sehr bewährt, ersparen sie uns doch den umständlichen und teuren Währungstausch bei Dienst- und Ferienreisen. Doch das Wesentliche fehlt dem Euro: eine gemeinsame Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, damit ökonomische Verzerrungen unterbleiben. Bei seiner Einführung beharrten beteiligte Regierungen auf ihrer nationalen Souveränität; bis heute blockieren viele eine weitergehende Wirtschafts- und Sozialunion. Plakativ gesagt, wird damit einigen im europäischen Haus erlaubt, mehr als andere vom Bankkonto abzuheben.

Vor allem Deutschland verhält sich als unsolidarischer Nettogewinner. In der Bundesrepublik seien »Löhne und Gehälter seit dem Start des Euro durchweg langsamer gestiegen als die Produktivität. Die Tarifflucht der Unternehmen und die Hartz-Reformen drückten das Lohnniveau gewaltig«, analysiert Journalist Harald Schumann. Weil deutsche Waren dadurch billiger wurden, weist Deutschland hohe Überschüsse im EU-internen Handel auf und andere Euroländer entsprechende Defizite. »Die Deutschen profitieren von der Kaufkraft anderswo, kaufen und investieren aber selbst zu wenig und exportieren so Arbeitslosig-

keit. Spiegelbildlich fließt das Kapital: Die Länder mit Handelsdefiziten häufen Schulden an und die Deutschen entsprechende Guthaben.« Er kritisiert: »Die Währungsunion kann nicht bestehen, wenn sie alle in einem Wettlauf nach unten zwingt. Das verschärft die Ungleichheit und stärkt die Nationalisten.«⁸²

Die EU-Verantwortlichen widmeten sich dem Problem im 2015 veröffentlichten Papier »Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden«, wegen seiner Autoren auch »Fünf-Präsidenten-Papier« genannt.⁸³ Psychologisch interessantes Detail: Es ist ausschließlich mit Euros bebildert, Menschen tauchen nicht auf – Geld steht offenbar symbolisch über ihnen. Das Manko zeigt sich auch inhaltlich: Hier geht es wieder nur um neue Maßnahmen zur Stärkung der »Wettbewerbsfähigkeit« der EU-Länder untereinander. Neue Verfahren sollen die nationale Haushaltsdisziplin stärken, lautet ein zentraler Vorschlag. Doch damit wird ein Gerüstfehler im Aufbau des Europäischen Hauses zementiert statt beseitigt: Wir brauchen keine neuen Bürokratismen, sondern Kompetenzen für EU-Parlament und Kommission, um der Konkurrenz der Nationalstaaten einen Riegel vorzuschieben.

Ökonomen, Fachexpertinnen und zivilgesellschaftliche Organisationen fordern deshalb schon lange eine politische Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion, einen eigenen Haushalt und ein eigenes Parlament für die Eurozone – darunter so Prominente wie der US-Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz oder der Starökonom Thomas Piketty (»Das Kapital im 21. Jahrhundert«). Der britische Geschichtspräsident Brendan Simms und der deutsche Historiker Benjamin Zeeb plädieren in ihrem Buch »Europa am Abgrund« gar dafür, dass sich die EU nach dem Vorbild der USA als Vereinigte Staaten von Europa neu konstituiert. Die Staatsanleihen der Mitgliedsstaaten sollten zu »Unionsbonds« zusammengeführt werden. Die Kontrolle darüber würde einem Zwei-Kammer-Parlament obliegen. Es gäbe eine gemeinsame Armee sowie eine neu auszuarbeitende Verfassung. Sie schlagen dafür folgendes Vorgehen vor: »Wir brauchen gleichzeitige Volksabstimmungen in allen Mitgliedsstaaten und Regionen der Eurozone, durch die entschieden wird, ob ein Land oder eine Region sich der neuen föderalen Union anschließt.« Die Autoren glauben, dass

dafür Mehrheiten mobilisierbar wären. Denn laut einer Umfrage von 2015 würden 42 Prozent der Befragten in der Eurozone einen solchen Bundesstaat unterstützen, 33 Prozent lehnten ihn ab, 25 Prozent waren unentschieden. Nationale und regionale Abgeordnete in Europa sollten ein »föderalistisches Gelöbnis« abgeben, sich für solche Volksabstimmungen einzusetzen, regen sie an.⁸⁴

Auch Emmanuel Macron schlug mehrfach vor, die Eurozone mit einem eigenen Finanzminister und einem Budget in Höhe von etwa zwei Prozent des EU-Bruttoinlandsproduktes auszustatten. Die Entscheidungen über Einnahmen und Ausgaben solle ein eigenständiges Parlament fällen. Doch im Sommer 2017 traf er in Meseberg auf eine deutsche Kanzlerin, die das Budget kurzerhand zusammenschumpfte. Und selbst das war einer Allianz von Nordstaaten, allen voran die Regierung der Niederlande, immer noch zu viel: Sie klappte die geplante Euro-Gemeinschaftskasse vorläufig zu.

Die höchst unterschiedlichen Steuersätze in Europa sind ein weiteres Problem. Denn sie laden die Regierungen der Mitgliedsländer zu Steuerdumping ein, etwa bei der Körperschaftssteuer für Konzerne. Das ist nur möglich, weil es dem EU-Parlament an Macht und Steuer-Kompetenz fehlt. Henrik Müller und Wolfram E. Richter, Professoren an der TU Dortmund, erinnern in ihren Aufsätzen an den berühmten Slogan »No taxation without representation«, mit dem die »Boston Tea Party« in den USA 1773 den Aufstand gegen die britische Krone begann. Die Gründung einer Tea Party steht ihnen fern, aber sie wollen zeigen, dass Steuerzahlen ohne politische Repräsentation demokratisch inakzeptabel ist. Ihr Vorschlag: Steuern auf Arbeitseinkommen könne jedes EU-Mitgliedsland weiter national erheben. Aber die Besteuerung von Unternehmensgewinnen und Kapitalerträgen sollte europaweit vereinheitlicht werden und in die Schatulle der EU fließen.⁸⁵

Ein Riesenproblem sind die »faulen« Kredite, die sich seit der Finanzkrise von 2008 vor allem in südeuropäischen Banken anhäufen. Sie belaufen sich inzwischen europaweit auf ungefähr eine Billion Euro. Die EU-Kommission weiß, dass dort potenzieller Sprengstoff schlummert. Sie lässt sich aber von der in Brüssel bestens organisierten Finanzlob-

by immer wieder von konsequenten Maßnahmen abbringen, genauso wie das Europa-Parlament. Um ein Sicherheitsnetz für Finanzkrisen aufzuspannen, wären strenge Vorschriften nötig: eine »Bankenunion« einschließlich höherem Eigenkapital-Anteil und geringerem Verschuldungsgrad der Geldhäuser, gemeinsamer Einlagensicherung für Sparguthaben und gemeinsamem Währungsfonds. Darauf verweist auch »Finance Watch«, eine der raren unabhängigen Organisationen, die in Brüssel gegen die mächtige Finanzindustrie ankämpfen. Finance Watch macht hier viele weitere konstruktive Vorschläge.⁸⁶

Der Euro ist in der Krise, die er verdient, meint Christian Felber in seinem Buch »Retten wir den Euro«. Denn er sei Teil der neoliberalen Fehlkonstruktion der Globalisierung, der neoliberalen Fehlkonstruktion der EU und der verfrühten Währungsunion. Es sei ein folgenschwerer politischer Fehler, Wirtschaftsfreiheiten über Menschenrechte, Umweltschutz, Verteilungsgerechtigkeit und Demokratie zu stellen. Für die Euro-Krise und den Umgang mit Staatsschulden gebe es vier Lösungsansätze: Rettungsschirm, Schuldenerlass, gezielte Inflationierung und Rückzahlung der Schulden über EU-weite Steuern. Felber meint, dass derzeit die vierte am sinnvollsten sei. Die Europäische Zentralbank sollte Staatsanleihen kaufen oder garantieren unter der Bedingung, dass sich die Staaten an einer EU-weiten Koordination einiger Steuern beteiligen, aus deren Ertrag sie die Schulden zurückzahlen. Diese Lösung ist deshalb relativ einfach, weil die Privatvermögen ein Vielfaches der Staatsschulden ausmachen und zum Großteil in wenigen Händen konzentriert sind. Ein Prozent Vermögensabbau bei den reichsten zehn Prozent der Bevölkerung würde die Staatsschulden um fünf Prozent reduzieren – nach zehn Jahren wären die Staatsschulden der Euro-Zone halbiert.

Haus mit Fenstern in die Zukunft

Der Politikwissenschaftler Claus Leggewie hält den »Themenwechsel« innerhalb der EU für das Wichtigste: Es dürfe nicht länger ein »Übergewicht von Angstthemen« geben, denn das spiele den Rechten direkt in die Hände. Stattdessen sollten Zukunftsvisionen »die europäische Gesellschaft mehr beschäftigen als die Horrorphantasien von Über-

fremdung, Terror und Religionskriegen.«⁸⁷ Bildlich gesprochen: Der Angstkeller im europäischen Haus sollte geschlossen und dafür seine Fenster in die Zukunft geöffnet werden.

Solche Fenster könnten sich öffnen durch die Debatte der einfachen Frage: »Wie wollen wir in den nächsten Jahren anders und besser leben?« Es geht um das gute Leben nicht nur der heutigen, sondern auch der künftigen Generationen. Hierfür soll die EU nach den Vorstellungen von Leggewie eine Agenda der Generationen-Gerechtigkeit entwickeln, die im Einklang mit dem Pariser Klimavertrag und den UN-Nachhaltigkeitszielen für das Jahr 2030 steht. Die EU, glaubt er, sei »der geborene Protagonist der 2015 in Paris und New York beschlossenen Ziele.«⁸⁸

Leggewie ist ein großer Fan von Bürgerbeteiligung und partizipativer Demokratie. Er wünscht sich einen »Plan D«, wobei »D« für Demokratie, Dialog und Diskussion steht. Die EU solle über das repräsentative Losverfahren einen »Zukunftsrat« einsetzen, der als »Sprachrohr der Bürger« Europas diene und ihre Gremien bei Zukunftsthemen berate. Im Rahmen einer progressiven Sozialagenda könne die EU zudem ein bedingungsloses Grundeinkommen einführen, finanziert etwa durch eine Roboter- und Finanztransaktionssteuer. Kleine Länder könnten so etwas nicht stemmen, aber die Union als Ganzes.⁸⁹

Nach Überzeugung des Professors spielen vor allem Städte und Metropolen eine wichtige Rolle beim Zusammenwachsen der europäischen Bevölkerung. »Europa würde durch ein europäisches Städte-Netzwerk mehr Dynamik entfalten und besser Zukunftsaufgaben lösen können als im intergouvernementalen Zusammenspiel renitenter und risikoscheuer Nationalstaaten.«⁹⁰ Schon der US-Vordenker Benjamin Barber habe erkannt, dass das Weltklima besser geschützt wäre, »if mayors ruled the world«, wenn Bürgermeister weltweit zusammenarbeiten würden statt Nationalregierungen.

Und tatsächlich gibt es europaweit neben den traditionellen Städtepartnerschaften unzählige weitere kommunale Netze zu allen möglichen Themen: zu Fairtrade, zur Pestizidfreiheit, zum Klimaschutz und vielem

anderen. Ein paar Beispiele: In den »Bio-Città«, einem von italienischen Städten ausgehenden Verbund, fördern rund 200 Städte Bioanbau und -konsum. In den »Transition Towns« geht es um den CO₂-freien ökosozialen Umbau von Ökonomie und Gemeinden. Die »Solidarity Cities« kümmern sich um die Integration von Geflüchteten. »Inno4sd.net«, das »Innovation-Netzwerk für nachhaltige Entwicklung«, bringt Politik, Wissenschaft und Unternehmen zusammen. Das »Klima-Bündnis« umfasst 1.700 Gemeinden und 80 Millionen Menschen in 26 europäischen Staaten, es ist das größte europäische Städtenetzwerk, das sich dem Schutz von Weltklima und Amazonas verschrieben hat. Und. Und. Und.

Haus mit Garten und eigener Küche: Agrarpolitik

Der Genuss von gesundem Essen und Trinken ist ein menschliches Grundbedürfnis. Doch das wird mit der jetzigen Unions-Küche nur sehr unzulänglich befriedigt. Zu viele Köche, die nur Geld verdienen wollen, verderben den Brei und spucken in die gemeinsame Suppe.

Um eine bäuerliche Landwirtschaft zu fördern und natürliche Ressourcen zu schonen oder gar zu regenerieren, bräuchten wir ganz neue Regeln für die gemeinsame Agrarpolitik der EU. Sie sollte auf den Charta-Grundwerten Umweltschutz und Solidarität beruhen. Ein Leitbild dafür könnte »Ernährungssouveränität« sein: gutes Essen und gutes Leben für alle! Jedes Land und jeder Kontinent sollte sich vorwiegend selbst versorgen, statt wie die EU fremde Böden zu plündern, indem Lateinamerikas Regenwälder für den Anbau von Gensoja als europäischem Tierfutter geopfert werden. Der ehemalige UN-Umweltchef Klaus Töpfer drückte das so aus: »Europas Rinder weiden am Rio Plata«. Die Abholzung wird sich unter Brasiliens rechtsradikalem Präsidenten Jair Bolsonaro noch verstärken, dessen Topberater bereits ankündigte, sich mit dem UN-Klimavertrag »den Hintern abzuwischen«.⁹¹ Wir Europäer sollten uns von unseren Böden weitgehend selbst ernähren. Was wir an Kaffee, Kakao und Bananen einkaufen, sollten wir fair bezahlen.

Ein anderes Leitbild ist »öffentliches Geld für öffentliche Güter«. Direktzahlungen an Agrarbetriebe nach Flächengröße gehören abgeschafft. Wer Steuergelder erhält, sollte verpflichtet sein, ihm anvertraute Ge-

meingüter wie Böden, Luft, Flüsse, Grundwasser, Wiesen und Wälder ökologisch zu schützen und Tiere artgerecht zu halten. Nicht diejenigen, die Masse produzieren, sollten belohnt werden, sondern diejenigen, die Klasse produzieren, Natur und Klima schonen und gesunde Lebensmittel herstellen. Pestizidfreie Gemeinden, die ohne Gift wirtschaften und so die stark bedrohte Artenvielfalt schützen, sollten gefördert werden. Strategiepläne hierfür könnten in partizipatorischen Prozessen mit lokalen Behörden, Bauern und Konsumentinnen erarbeitet werden, schlägt die Organisation »We move EU« vor.⁹²

Landwirte und Gärtnerinnen, die Humus aufbauen, etwa mittels Pflanzenkohle, sollten ebenfalls belohnt werden. Humus, also der Anteil abgestorbener Organismen im Boden, ist ein Schlüsselement: Er steigert Bodenfruchtbarkeit und Ernten; er reguliert den Wasserhaushalt; er holt das Treibhausgas CO₂ aus der Atmosphäre und lagert es in der Erde in Form von Kohlenstoff. Pro Hektar speichert ein Prozentpunkt mehr Humus umgerechnet 100 Tonnen CO₂ und 160.000 Liter Wasser. Schaut man bei Überflutungen genauer hin, sieht man meist, dass sie in Regionen humusverärmerter, agroindustriell misshandelter Böden stattfinden. Humose Böden sind in der Lage, Dürrezeiten zu überstehen und Überschwemmungen zu trotzen, indem sie in ihren Bodenporen riesige Mengen Wasser aufnehmen. Und sie könnten die Erderhitzung entscheidend abmildern: Ein Prozent mehr Humus auf den globalen Böden könnte den CO₂-Anteil in der Luft auf ein weitgehend ungefährliches Maß bringen.⁹³

Haus mit Klimaanlage: Energie-, Klima- und Mobilitätspolitik

Angenehme Temperaturen in einem wohnlichen Gebäude sind ein weiteres menschliches Grundbedürfnis. Doch die Klimaanlage im europäischen Haus funktioniert nicht – das zeigte sich auch im katastrophal heißen Sommer 2018. Die Union verbraucht zu viel fossile und nukleare Energie. Eine Umstellung auf 100 Prozent erneuerbare Energien wäre europaweit möglich und eine Win-win-Situation für alle – außer für Energiekonzerne und Ölscheichs. Sie würde allerdings einen System-

wechsel weg von der zentralistischen Energieversorgung hin zu eher dezentralen Lösungen mit sich bringen. Eine solche Energiewende schafft Millionen neuer grüner Jobs. Sie wäre eine Mitmach-Wende: Bis 2050 könnten sich an der Stromerzeugung und Dienstleistungen über dezentrale Anlagen rund 125 Millionen Menschen beteiligen.⁹⁴

Wie Energiewende und Klimaschutz grenzübergreifend harmonisiert werden könnten, dazu gibt es unzählige Ideen. Der Politikprofessor Claus Leggewie etwa schlägt einen europäischen Klimaschutz-Fonds vor. Die Einnahmen könnten aus gemeinsam erhobenen Erbschafts-, Nachlass- und CO₂-Steuern stammen und in Speicher für erneuerbare Energien, Elektro-Mobilität oder klimafreundliche Baustoffe investiert werden. Oder auch genossenschaftlich an alle EU-Bürger ausgezahlt werden. Für krisengeschüttelte Länder könnte die EU einen Fonds der Europäischen Investitionsbank gründen, der dezentrale Solaranlagen auf Dächern fördert, vor allem auf den griechischen Inseln. Das würde neue Jobs schaffen und das Klima entlasten.⁹⁵

Eine weitere Win-win-win-Situation entstände durch Programme für Wiederaufforstung und Wassersicherheit, die erwerbslose Jugendliche beschäftigen könnten. Dass südeuropäische Länder im Sommer immer öfter dramatisch austrocknen, ist nämlich nicht nur der Klimakrise geschuldet, sondern auch fehlendem Grün. Wälder speichern riesige Mengen an Treibhausgasen und Wasser. Empirische Daten zeigen jedoch: Entwaldungen und touristische Betonburgen am Mittelmeer führen zur Zerstörung der sogenannten kleinen Wasserkreisläufe. Wolken werden zurück aufs Meer getrieben, Niederschläge auf dem Kontinent gehen zurück, Quellen und Flüsse trocknen aus, Regenmuster in ganz Europa verändern sich. Gemeinden, Regionen und Länder können nur dann ihre »Wassersicherheit« erhalten, also genügend Grund- und Trinkwasser, wenn sie Niederschläge dezentral verdunsten und versickern lassen, mittels Aufforstungen, Gründächern, Kanalisations-Umbau, Regentonnen und vielem mehr.⁹⁶

Dazu gehört auch die Begrünung der Städte und Gemeinden. Die Erderhitzung muss überall lokal bekämpft werden, und öffentliche Parks sind Wohlfühl-, Freizeit- und Begegnungsorte sowie starke Temperatur-

senker in heißen Sommern. Im Zeichen der Klimakrise wäre ein EU-gefördertes »Greening« von Metropolen und Kommunen ein Gewinn für Klimaschutz und Lebensfreude.

Kopenhagen wurde 2008 und 2013 zur Stadt mit der höchsten Lebensqualität und 2014 zur »Grünen Hauptstadt Europas« gewählt. Früher war die dänische Metropole eine Auto-City wie viele andere, doch Stadtplaner Jan Gehl ließ sie in jahrelanger geduldiger Kleinarbeit zum »menschlichen Maß« umbauen. Sein Credo: Menschen haben das Bedürfnis, sich auf schönen öffentlichen Plätzen zu begegnen, das aber ist in der »autogerechten Stadt« unmöglich. Heute fährt dort mehr als die Hälfte der Bevölkerung mit dem Rad zur Arbeit oder in die Schule, und 95 Prozent der Menschen sind binnen 15 Minuten im Grünen. Der gesamte Lebensalltag wurde verlangsamt, entgiftet und begrünt.

Die EU sollte Kommunen natürlich nicht vorgeben, wie die Menschen dort zu leben haben. Aber sie könnte mit ihren Geldern CO₂-, lärm- und abgasfreie Mobilität im EU-Raum fördern und strenge Grenzwerte für Schadstoffe vorgeben. Immer noch gehen nach Berechnung des grünen EU-Abgeordneten Michael Cramer 60 Prozent der entsprechenden EU-Gelder in die Förderung von Autoverkehr, nur 20 Prozent in Bahnen und bloß 0,7 Prozent in den Radverkehr. Zudem wird der besonders klimaschädliche Flugverkehr durch Steuerbefreiungen subventioniert. Folge: Das EU-Autobahn- und Flugverkehrsnetz wächst; das Schienennetz schrumpft; die Emissionen aus dem Verkehr steigen, statt zu sinken. Eine Modernisierung des umweltfreundlichen EU-weiten Bahnnetzes und des öffentlichen Verkehrs wäre hingegen ein gigantisches Beschäftigungsprogramm und würde pro investierter Milliarde etwa 18.000 neue Jobs schaffen.⁹⁷ Ein sinniger Titel dafür wäre »Europa neu er-fahren«.

Haus mit Agora: Medien und Kultur

Sich zu begegnen, zu versammeln, die gemeinsamen Angelegenheiten zu besprechen, die eigene Stimme erklingen zu lassen – das ist auch ein menschliches Grundbedürfnis. In den antiken griechischen Stadtstaaten spielte die Agora, der städtische Versammlungsplatz, eine zentrale Rolle

für die entstehende Demokratie. Ohne Plätze vor oder im europäischen Haus, wo das Öffentliche entstehen darf, wo neue Ideen geäußert werden und zu gemeinsamen Überzeugungen zusammenschmelzen, ohne das kann die »res publica« nicht funktionieren.

In den historisch gewachsenen Städten Europas gibt es wunderschöne alte Plätze – Arenen, Foren, Rathausplätze, Versammlungsorte. Aber die EU in Brüssel besitzt keine Agora im Sinne einer gemeinsamen (Medien-)Öffentlichkeit. Das ist tragisch. Denn ohne sie kann sich die europäische Bevölkerung nicht zum Souverän weiterentwickeln, nicht über nationale Grenzen hinweg denken und fühlen.

Die Diskussion über »Europa« findet fast nur in nationalen Medien statt: Warschauer Zeitungs-Kommentatoren zerlegen dies, Pariser Fernseh-Moderatorinnen analysieren das, Athener Internet-AktivistInnen finden jenes unmöglich. Wie könnte man das zusammenbringen? Man kann eine EU-Öffentlichkeit nicht »von oben herab« errichten – weder im wörtlichen noch im übertragenen Sinne. Ein Beispiel für das Scheitern ist das 2009 gegründete deutsch-englische Debattenmagazin *The European*. Weil sich nicht genügend Interessierte fanden, wurden die Beschäftigten 2015 entlassen und das Organ an eine Mediengruppe verkauft. Ein zentral aus Brüssel gesteuertes Blatt würde genauso wenig Publikum finden. Und ein Fernsehsender, der vor allem Debatten aus dem EU-Parlament überträgt, würde wohl den sofortigen Quotientod sterben.

Doch es gibt ausbaufähige Alternativen. Die Korrespondentinnen und Mitarbeiterinnen des auf Deutsch, Englisch, Französisch, Türkisch und Russisch erscheinenden Newsletters *eurotopics* sichten täglich rund 500 europäische Medien und übersetzen eine Auswahl. Die *Süddeutsche Zeitung* kooperiert eher locker mit europäischen Qualitätsmedien wie *Guardian*, *El País*, *La Stampa* oder *Le Monde*. Der französisch-deutsche Sender *Arte* will sich sukzessive zum europäischen Fernsehen umbauen und seine Filme mit gängigen EU-Sprachen untertiteln.

Ein interessantes Experiment ist »investigate europe«, gegründet 2017 von einer neunköpfigen Journalistengruppe aus acht EU-Ländern.⁹⁸ Das multinationale Team veröffentlicht aufwendig recherchierte Enthüllun-

gen, etwa über die Abhängigkeit öffentlicher Verwaltungen von Microsoft oder die Verflechtungen europäischer Banken mit Blackrock, dem größten Investitionsfonds der Welt. Es geht dem Projekt laut Website darum, mit nationalen Vorurteilen zu brechen, transnationale Strukturen sichtbar zu machen und Akteure zur Rechenschaft zu ziehen. Stiftungen finanzieren die Arbeit. Kolumnen und Texte erscheinen online oder in gedruckten Ausgaben europaweiter Medienpartner wie etwa dem deutschen *Tagesspiegel*, dem italienischen *Corriere della Sera*, dem belgischen *Standaard*, dem portugiesischen *Público* oder der polnischen *Gazeta Wyborcza*.

Natürlich wäre alles einfacher, wenn wir in einer Sprache miteinander reden könnten. Aber ganz Europa Englisch aufzuzwingen ist keine Lösung. Denn das lässt die Sprachenvielfalt Europas verkümmern, die doch Teil seines kulturellen Reichtums ist, und schließt weniger Gebildete aus. Außenminister Heiko Maas schlug deshalb ein »Europäisches Cyberforum« vor, in dem jeder und jede in der eigenen Sprache reden kann und ein digitaler Sprachassistent alles in Echtzeit übersetzt. Estland habe ein solches Tool schon entwickelt.⁹⁹

Unschön und gefährlich ist auch die Abhängigkeit europäischer Medien von den Internetgiganten der USA. Sie saugen unfassliche Mengen privater Daten ab und schufen indirekt eine neue Hassindustrie. Trollfabriken produzieren Hassparolen am laufenden Band, einsame Bildschirmhocker kompensieren über Facebook & Co. ihre sozialen Abstiegsängste. In öffentlichen Räumen, unter der sozialen Kontrolle anderer, würden sie sich das nicht getrauen. Die (a)sozialen Medien haben die Erosion der Demokratie und den Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen begünstigt. Die Grenzen des öffentlich Sagbaren wurden extrem ausgeweitet. Beschimpfungen und Beleidigungen sind »normal« geworden. Die Gewalt gegen Minderheiten steigt nachweisbar.

Mit einem gemeinwohlorientierten Internet, das die Kultur der Debatten schützt, würde das nicht passieren. Dafür aber müsste die EU attraktive Alternativen etwa zu Facebook und Google fördern. Warum das trotz der reichen technologischen Möglichkeiten in Europa nicht geschehen ist, erscheint rätselhaft. Immerhin gab es Versuche, eine

europäische Suchmaschine aufzubauen. 2005 vereinbarte der damalige französische Präsident Jacques Chirac mit Kanzler Gerhard Schröder, ein solches Vorhaben unter dem Namen Quaero («ich suche») mit 250 Millionen Euro zu fördern. Doch bereits gut ein Jahr später sprang die Bundesregierung ab. Weil Google sie unter Druck setzte? Der deutsche Sitz von Google liegt nur wenige Fußminuten vom Kanzleramt entfernt. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Der französische Staat steckte noch einige Millionen in »Quaero«, bis es 2013 endgültig scheiterte. Heute gibt es dennoch die französische Suchmaschine *www.qwant.com*, die keine Daten absaugt, sowie die von den Schriftstellerinnen Juli Zeh und Sibylle Berg mitgegründete Europäische Genossenschaft *PEP Coop*, die das Internet als Gemeingut zurückerobern will. Je mehr Bürger und Internet-Nutzerinnen dabei mitmachen, desto größer Erfolg und Reichweite.¹⁰⁰

Andere glauben, dass die Agora vor allem emotionale Europa-Symbolik benötige. Die gemeinsame Flagge und Hymne und das schöne Euro-Geld reichten dafür nicht aus. Der EU-Abgeordnete Martin Sonneborn schlug vor, die Kommission solle eine »Humor-Richtlinie« erlassen – Vorsicht, Satire! Ernst meint es hingegen die britische Autorin Priya Basil: »Der EU-Kreislauf braucht eine Infusion gewöhnlicher Bürger – das Herzblut für die Demokratie.« Sie schlägt unter anderem fünf Feiertage zwischen den beiden Europatagen 5. und 9. Mai vor, in denen der Verkehr kostenlos sein sollte und überall europabezogene Straßenfeste stattfinden, »Diskussionen, Lesungen, Spiele, Ausstellungen, Konzerte, Theater- und Filmvorführungen – kostenlose interkulturelle Aktivitäten, bei denen man erfahren und überlegen kann, was es heißt, Europäer zu sein.«¹⁰¹

Eine weitere Idee kommt von den jungen Europa-Enthusiasten Vincent Immanuel Herr und Martin Speer: Die Kommission möge doch bitte allen Jugendlichen zum 18. Geburtstag ein Interrail-Ticket schenken. Abgeordnete des EU-Parlaments griffen das auf, und im März 2018 teilte die EU-Kommission mit, hierfür seien im nächsten EU-Haushalt 12 Millionen Euro für 30.000 Jugendliche vorgesehen.¹⁰² Zwar noch kein großer Bahnhof für die EU-Jugend, aber ein ausbaufähiger.

Haus mit Ruhezimmern: Friedenspolitik

Friedlich leben und nachts gut schlafen zu können ist ebenfalls ein menschliches Grundbedürfnis. Das geeinte Europa hat für etwa 70 Jahre Frieden gesorgt – ein Rekord auf dem alten Kriegskontinent. Doch auch hier weist das europäische Haus viele Risse und wackelnde Grundsteine aus. Einerseits verfügt es über komfortable Schlafzimmer, andererseits wird es zur Festung aufgerüstet.

Die militärpolitische Geschichte der EU ist lang, kompliziert und widersprüchlich. Etliche Politiker wünschten sich schon in den 1950er-Jahren eine Europa-Armee. Dagegen gab es immer wieder starke nationale Vorbehalte. Die französische Regierung etwa stoppte 1954 den Plan, weil sie die Souveränität des eigenen Landes gefährdet sah. Auch die NATO bremste stark, denn sie wollte keine Konkurrenz. Die sogenannte Sicherheits- und Verteidigungspolitik spielte deshalb innerhalb der EU bislang keine größere Rolle. Zwar wurde 2004 die »Europäische Verteidigungsagentur« gegründet, doch sie dient vor allem den nationalen Rüstungsindustrien als Auftragsbeschaffung. Zwar verfügt die Union seit 2007 über eine Eingreiftruppe von 1.500 Soldaten, doch setzte sie diese noch nie ein. Wohl auch, weil die Entsendestaaten die Kosten scheuten.

Emmanuel Macron will nun mehr: eine gemeinsame EU-Armee, finanziert über einen europäischen Verteidigungshaushalt. Ein erster Schritt in diese Richtung erfolgte im November 2017: Die Außen- und Verteidigungsminister von 23 EU-Staaten verpflichteten sich zur gemeinsamen Aufrüstung im Rahmen der »Permanent Structured Cooperation«, abgekürzt PESCO. Über einen gemeinsamen Fonds werden insgesamt 17 Militärprojekte finanziert, etwa die Standardisierung der elektronischen Ausrüstung von Soldaten und eine logistische Drehscheibe für Truppentransporte. Und im Juli 2018 genehmigte die konservative Mehrheit im EU-Parlament eine halbe Milliarde Euro für die europäische Rüstungsindustrie, mit der Drohnen und mutmaßlich auch Killerroboter und Streumunition entwickelt werden sollen. Gleichzeitig wurde das Budget für zivile Konfliktprävention und Friedenssicherung um mehr als die Hälfte gekürzt.¹⁰³

Sollte es nicht besser umgekehrt sein? Das friedlich geeinte Europa, ausgezeichnet mit dem Friedensnobelpreis, sollte ein internationales Vorbild für Abrüstung und zivile Konfliktbearbeitung sein. Die finanziellen Ressourcen wären besser eingesetzt in Programmen zur Förderung von Konfliktprävention und Friedensdialogen. Deutschland hat mit seinem »Zivilen Friedensdienst« hier ein nachahmenswertes Modell geschaffen. Seit 1999 halfen mehr als 1.200 Fachkräfte in über 60 Krisenländern erfolgreich mit, Konflikte gewaltfrei zu lösen und Menschenrechte zu fördern; aktuell sind 300 in 44 Ländern im Einsatz. In Ex-Jugoslawien, Israel-Palästina und Uganda bauten sie Versöhnungsinitiativen auf. In Kambodscha unterstützten sie Opfer sexualisierter Gewalt und das internationale Tribunal zur Aufarbeitung des Völkermords der Roten Khmer. In Guatemala bereiteten sie den Boden für Prozesse gegen hochrangige Militärs, die während des Bürgerkriegs Gewaltverbrechen begangen hatten. In Kolumbien förderten sie eine deeskalierende Medien-Berichterstattung.¹⁰⁴

Vieles mehr wäre hier denkbar. Etwa eine Serie von Friedensdialogen in den Krisenstaaten rund um das Mittelmeer. Oder Initiativen für die neun Millionen Roma, die über Europa verstreut unter entsetzlichen Bedingungen leben. Oder die Unterstützung von Frauen-Friedensinitiativen, die den schwierigen Dialog zwischen Russland und der Ukraine aufrechterhalten. Oder auch ganz einfach die Unterzeichnung eines UN-Abkommens, das Konzernen die Einhaltung von Menschenrechtsnormen vorschreibt; auf Druck der deutschen Regierung verweigert die EU dem bislang ihre Unterstützung.¹⁰⁵

Offenes Haus für alle: direkte und konsultative Demokratie

Im eigenen Haus mitreden zu können, die eigene Stimme zu erheben, das ist ebenfalls ein menschliches Grundbedürfnis. Wir alle kennen das Gefühl tiefer Frustration, wenn wir uns auf einer Veranstaltung zu Wort melden, aber nicht wahrgenommen werden. Wir alle brauchen das Gefühl von Selbstwirksamkeit: die Befriedigung darüber, dass unsere Stimme gehört wird und unser Einsatz für die res publica etwas bewirkt. Die EU braucht eine Demokratie-Offensive: ein Feuerwerk neuer Mitbestimmungs-Möglichkeiten für den europäischen Souverän.

Mehr Demokratie schlägt deshalb vor, das Recht auf europaweite Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksabstimmungen zu verankern – sowie das Recht, EU-Gesetze per Referendum («Volks-Veto») zu Fall zu bringen: Der Souverän sollte das letzte Wort haben. Gängige Befürchtungen widerlegt die Organisation: Wenn Volksentscheide – anders als in der Schweiz – an die Einhaltung der Grundrechte-Charta der EU gebunden würden, könnten keine Abstimmungen zu menschen- und minderheitenfeindlichen Themen stattfinden, etwa zu Abschiebungen oder zur Einführung der Todesstrafe.

Denkbar wäre es aber auch, europaweite Volksabstimmungen nur zu Grundsatzfragen abzuhalten, etwa über einen neuen EU-Vertrag oder die Aufnahme eines Landes. Und dabei vorher festzulegen, dass bei Nichterreichen einer qualifizierten Mehrheit, zum Beispiel 55 Prozent, die Sache neu verhandelt werden muss, damit nicht eine zufällige oder gar durch Social Bots herbeimanipulierte Mehrheit von 51 Prozent wie beim Brexit fast die Hälfte der Stimmbeteiligten überstimmen kann.¹⁰⁶

Dass Volksentscheide die EU destabilisieren könnten, glaubt die Organisation nicht. Und rechnet vor: Seit 1972 gab es 57 Volksabstimmungen über EU-Fragen, vor allem über Bei- und Austritte. Nur in 3 von 21 Fällen, einmal in der Schweiz und zweimal in Norwegen, stimmte eine Mehrheit gegen einen Beitritt.¹⁰⁷

In ihrem Buch »Die Konsultative« machen sich Patrizia Nanz und Claus Leggewie für repräsentativ ausgeloste Bürgerräte stark, die Bürgergutachten zu Streitfragen schreiben. Sie würden sich positiv auf den Politikbetrieb auswirken und die Parlamente stärken, zeigen sich die beiden überzeugt. Eine dauerhafte Variante der Bürgerräte könnten »Zukunftsräte« sein, die in einer Gemeinde, einem Stadtteil, einem Land oder auch auf EU-Ebene Zukunftsthemen debattieren: Generationengerechtigkeit, Klimaschutz, Zukunft der Arbeit, künstliche Intelligenz, Erhalt der Artenvielfalt, Schutz von Gemeingütern und vieles mehr. Ihre erarbeiteten Empfehlungen sollten von öffentlichen Veranstaltungen und netzgestützter Kommunikation »flankiert« werden. Die Parlamente sollten zu einem »verbindlichen Feedback« verpflichtet werden.

Und Nicola Quarz von Mehr Demokratie fordert eine Reform der »Europäischen Bürgerinitiative«. Dass dieses Verfahren bei der EU eingerichtet wurde, war unter anderem ein Verdienst dieser weltweit größten Organisation für direkte Demokratie. Doch die Durchführungs-Bestimmungen sind, wie oben dargestellt, viel zu bürokratisch und aufwendig. Mehr Demokratie schlägt deshalb vor, die Hürden für die Zulassung einer Bürgerinitiative viel niedriger zu legen. Die Online-Sammlung von Unterschriften sollte erlaubt werden; die Fristen zu ihrer Einreichung sollten verlängert werden; die Kommission müsse für die Übersetzung in alle EU-Amtssprachen und eine öffentliche Debatte sorgen, lauten einige der Vorschläge. »Perspektivisch muss es auch direkte Demokratie auf europäischer Ebene in Form von Volksgesetzgebung und Bürgerreferenden geben«, so Mehr Demokratie. »Bürgerinnen und Bürgern muss es möglich sein, den Entwurf eines Rechtsakts in Rat und Parlament einzubringen.«¹⁰⁸

Das Haus neu bauen

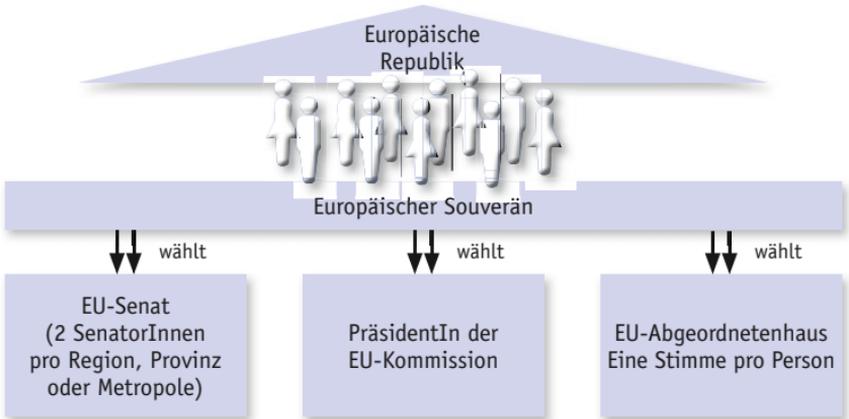
Die deutsche Politikprofessorin Ulrike Guérot und der österreichische Autor Robert Menasse gehören zu den wichtigen Vordenkern einer runderneuterten Bürger-EU. In ihrem gemeinsam verfassten Manifest, das Künstler und Schauspielerinnen am 10. November 2018 – hundert Jahre nach Ende des Ersten Weltkriegs – auf über 100 Balkonen und Plätzen Europas verlesen, riefen sie symbolisch eine neue gewaltenteilte »Europäische Republik« der Städte und Regionen aus: »Das Europa der Nationalstaaten ist gescheitert. Die Idee des europäischen Einigungsprojektes wurde verraten. Der Binnenmarkt und der Euro konnten ohne politisches Dach zur leichten Beute einer neoliberalen Agenda werden, die der Idee der sozialen Gerechtigkeit widerspricht ... Der Europäische Rat ist abgesetzt. Das Europäische Parlament hat gesetzgeberische Gewalt. Es wählt eine europäische Regierung, die dem Wohle aller europäischen Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen verpflichtet ist.«¹⁰⁹

Guérot und Menasse sind überzeugt, dass ein demokratisiertes »Europa der Regionen« den ewigen Streit elegant auflösen würde, ob die EU weiter Staatenbund bleiben oder Bundesstaat werden soll. Gleichzeitig wäre es bürgernäher als die jetzige – sofern Regionen demokratisch kontrol-

liert und regiert werden und die EU das gemeinsame Wertedach stellt. Geht rechtlich nicht? Menasse und Guérot glauben: doch. Sie verweisen auf das Subsidiaritäts-Prinzip in der Grundrechte-Charta der EU. Es fehle nur an politischem Willen, es konsequent so anzuwenden, dass regionale Angelegenheiten auch wirklich wieder in regionalen Parlamenten entschieden werden.

Zudem gibt es die »Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung«, die der Europarat 1985 in Straßburg verabschiedete. Die Charta bekräftigt das Recht europäischer Kommunen auf ihre politische, verwaltungstechnische und finanzielle Selbstständigkeit. Sie geht auf den Schweizer Historiker Adolf Gasser zurück, der sich nach 1945 für eine europäische Föderation der Gemeinden anstelle von Nationalstaaten einsetzte.¹¹⁰

Guérot stellt sich die Kommission als echte Regierung vor, Präsident oder Präsidentin würde direkt vom EU-Souverän gewählt. Und sie möchte ein »klassisches Zweikammersystem« einführen: ein Abgeordnetenhaus mit vollem Initiativ- und Haushaltsrecht sowie einen Senat aus »Senatoren der europäischen Regionen beziehungsweise autonomen Provinzen.«¹¹¹



Die Europäische Republik sieht sie als »Föderation vieler regionaler Einheiten ohne nationale Zwischeninstanz«. Denn: »Schon bei Montesquieu steht zu lesen, dass die einzelnen Elemente einer Föderation im-

mer klein sein müssen, um bürgernah zu sein.¹¹² Die Republik wäre also ein horizontales Netzwerk aus autonomen Provinzen und Metropolen, die über eine einheitliche europäische Infrastruktur und einen zu definierenden fiskalischen Föderalismus miteinander verbunden sind.« Jene 50 bis 60 Regionen, die schon im Mittelalter existierten, hätten mit je 7 bis 15 Millionen Menschen eine »optimale staatliche Betriebsgröße«.¹¹³

Große Nationen wie Deutschland würden in einem Europa der Regionen ihre Machtposition verlieren. Dafür aber hätten seine Bewohner in Brüssel und Straßburg mehr Einfluss als vorher. Denn bisher werden bei der Sitzverteilung im EU-Parlament große Staaten gegenüber kleinen benachteiligt: Ein deutscher EU-Abgeordneter vertritt heute gut 850.000 Personen, eine Parlamentarierin aus Malta nur 66.000.¹¹⁴ Zukünftig würde dann aber europaweit nach dem Prinzip »one person, one vote« ein Mensch pro eine halbe Million Stimmen über transnationale Listen ins Parlament geschickt. Das Ergebnis, glaubt Guérot, laute: »Bürgereuropa ist geboren, das Elitenprojekt EU wird begraben.«¹¹⁵

Die Begründerin des »European Democracy Lab« wünscht sich noch mehr: Alle Mitglieder dieser neuen »RePublik« würden die europäische Staatsbürgerschaft bekommen – mit einheitlichem EU-Pass, Einheits-Steuernummer, Einheits-Erwerbslosenversicherung und bedingungslosem Grundeinkommen, finanziert durch eine Finanztransaktionssteuer. Es gäbe einen Schuldenschnitt für überschuldete Länder und eine ökonomische Absicherung gegen Krisen durch gemeinsame Staatsanleihen. »Das wäre die Agenda des europäischen Vormärz und der großen Reformation Europas. Aufbruchstimmung in Europa!«¹¹⁶

Haus mit Türen in die Regionen

Wir leben in einem Europa historisch gewachsener Regionen. Landschaften, Sprache, Küche und Kultur ändern sich langsam und graduell, wenn wir von Bayern aus nach Tirol und Südtirol fahren: Zu den ratternden Rädern der Bahn begleiten uns das rollende R der Zungen und die Knödel im Zugrestaurant. Gemeinsamkeiten würden wir auch finden, wenn wir von der Bretagne über die Normandie nach Flandern oder Wallonien reisten. Oder durch die Ostsee-Baltikum-Union, früher

ein Teil der Hanse. Überall ist schon so viel zusammengewachsen, was sich um Staatsgrenzen überhaupt nicht schert. Heimat entsteht dort, wo Menschen vertraute Gerüche und Töne wahrnehmen, wo sie in gemeinsamen Landschaften Resonanz erfahren und sich akzeptiert fühlen, wie sie sind. Also in Dörfern, Städten und Regionen; Nationalstaaten sind hierfür viel zu groß.

Werden diese aber »abgehängt«, weil Unternehmen, Läden, Arztpraxen und Schulen schließen und perspektivlose Menschen zurücklassen, gewinnen gerade dort die Rechtspopulisten. Zumindest in Frankreich: Schaut man sich die beiden Karten an, die die Erwerbslosigkeit in Frankreich zeigen sowie die Stimmabgabe für den rechtsextremen Front National, dann fällt auf, dass sie fast deckungsgleich sind.¹¹⁷ Das gute Leben in ländlichen Regionen zu fördern ist also eine Schicksalsfrage der EU. Und dazu gehört auch und gerade deren Demokratisierung. Sodass Menschen das Gefühl bekommen, in Brüssel gehört zu werden.

Die Vision von Ulrike Guérot und Robert Menasse lautet deshalb, das Regionale in Europa zu fördern und das Nationale zurückzudrängen. »Ein Europa der Regionen ist im Entstehen«, glaubt Menasse, der sich selbst als »Niederösterreicher und Europäer« definiert. Die Nationen würden nach und nach verschwinden. In einer Rede appellierte er an »seine« niederösterreichischen Landtags-Abgeordneten, sich unter Berufung auf das Subsidiaritäts-Prinzip in der EU-Grundrechte-Charta der Gesetze Europas anzunehmen: »Heimat ist Menschenrecht, Nation nicht. Heimat ist konkret, Nation abstrakt. Nationen haben sich bekriegt, Regionen haben gelitten, sich verbündet, immer wieder ihre Eigenheit bewahrt. Regionen sind die Herzwurzel der Identität. Regionen hat es vor der Nationsbildung gegeben, und die freie Assoziation der Regionen ist die konkrete und sinnige Utopie des nachnationalen Europas.«¹¹⁸

Die EU hat zwar einen »Ausschuss der Regionen« mit 353 Mitgliedern, aber der hat bislang wenig zu sagen: Er wird nur angehört und hat keinerlei Entscheidungs-Kompetenz. Deshalb fordert der Schriftsteller: »Was regional entschieden werden kann, bleibt bei den regionalen Parlamenten.« Darüber hinaus sollten die EU-Abgeordneten nicht mehr in der Nation, sondern in der Region gewählt werden.

Mit dieser postnationalen Utopie hätte Europa sich womöglich auch den Jugoslawien-Krieg ersparen können, glaubt er. Niemandem sei damals der Widerspruch aufgefallen, dass Politiker die Vergrößerung Deutschlands in Form der Wiedervereinigung und gleichzeitig die Zertrümmerung Jugoslawiens in kleine Teile betrieben hätten. »Die Splitter des zerstörten Staates, jetzt eben Nationen, werden der Reihe nach in die EU aufgenommen – warum hat man nicht gleich Jugoslawien aufgenommen?«¹¹⁹

Mehr Demokratie setzt sich ebenfalls für eine Dezentralisierung Europas »als Grundprinzip des Staatsaufbaus« ein, für eine Stärkung der Regionen und Kommunen, aber ohne die Nationalstaaten auflösen zu wollen: »Als vorbildlich empfinden wir die entsprechenden Regelungen in Dänemark oder Schweden, wo die Mehrzahl aller politischen Entscheidungen in den Kommunen getroffen wird.« Die Kompetenzen der EU-Ebene sollten in einem Katalog festgelegt werden. Ein Finanzausgleich soll Ungleichheiten zwischen EU-Staaten beseitigen, Gelder aber nicht an Nationalregierungen gehen, sondern direkt an Regionen.

»Bei internationalen Vergleichen fällt auf, dass in stärker dezentral organisierten Staaten (z. B. Dänemark und Schweiz) eine viel höhere Zufriedenheit mit der Politik und mit der Gesellschaftsordnung festzustellen ist«, schreibt Karl-Martin Hentschel von Mehr Demokratie. »Die Bürger haben mehr Vertrauen in lokale Instanzen, Demokratie ist vor Ort viel näher erlebbar.«¹²⁰ Hentschel schlägt deshalb vor, dass eine neue EU-Verfassung für die lokale, nationale und europäische Ebene jeweils eine eigene Steuerhoheit festschreibt. Für EU-Behörden solle ein »Aufgabenkatalog« erarbeitet werden, sie sollten hoheitliche Aufgaben wie Justiz, Polizei, Außenpolitik und Finanzausgleich übernehmen. Kommunen und Regionen wiederum sollten sich um die öffentliche Grundversorgung wie Bildung, Gesundheit oder Verkehr kümmern können.

Die Idee eines »Europa der Regionen« wurde bereits in den 1980er-Jahren heiß diskutiert, etwa in der neuen Partei der Grünen. Heidi Meinzolt, seinerzeit Vorstandsmitglied der europäischen Grünen, forderte schon damals eine solche Demokratisierung Europas – einschließlich »Regionalkammer« und solidarischem Finanzausgleich. Regionen seien »demokratiefähiger« und »ökologiefähiger«. Regionen und transregionale

Zusammenschlüsse böten kürzere Wege und erweiterte Handlungs-Spielräume. »Klar ist, daß unter einem gemeinsamen europäischen Dach das Haus vielfältige Wohnmöglichkeiten bieten muss«, schrieb sie. »Denn wir können nicht nur das Dach ausbauen, für die besten Mietzahler sorgen und die anderen wie Bettler im Hausgang einzeln abfertigen.«¹²¹

Die moderne Systemtheorie gibt ihr recht. Demnach funktionieren physikalische, biologische und soziale Organisationen am besten, wenn ihre kleinsten Einheiten sich ohne Hierarchie selbst organisiert aufeinander abstimmen (»Peer to Peer«). Beispiele hierfür sind Computernetze, Vogelschwärme oder selbstgeführte cheflose Betriebe. Hierarchische Organisationen hingegen erfüllen ihre Aufgaben nur schlecht, schwerfällig und unter großem Informationsverlust. Auf lange Sicht wird es deshalb hoffentlich keine hochzentralisierten Staaten und Konzerne mehr geben. Regionen sollten das Recht haben, ihre Geschicke weitestgehend selbst zu gestalten. Vorausgesetzt, sie halten sich an die gemeinsam vereinbarten Werte wie Grundrechte, Demokratie, Minderheitenschutz und Solidarität.

Das Fundament des europäischen Hauses neu legen

Aber will das alles auch der eigentliche Souverän Europas, seine Bürger und Bewohnerinnen? Sollte man den nicht als Allererstes befragen? Das fordern diverse zivilgesellschaftliche Organisationen wie Mehr Demokratie, das europaweite Linksbündnis DiEM25 oder die Bürgerbewegung Pulse of Europe.

Diese 2016 in Frankfurt entstandene Bürgerinitiative, die proeuropäische Demonstrationen in vielen EU-Ländern organisiert und koordiniert, rief im Juni 2018 dazu auf, »Haus-« oder »Sofaparlamente« zu organisieren. Wer sein Wohnzimmer oder Sofa zum »Parlament« machen möchte, solle eine möglichst bunte Mischung von drei bis sieben Menschen einladen. Die Diskussionsergebnisse sollten festgehalten werden. Pulse of Europe will sie auswerten und ans Auswärtige Amt zu Europa-Staatsminister Michael Roth (SPD) schicken – als Alternative und Ergänzung zu Merkels unverbindlichem »Bürgerdialog«. Bis zu den EU-Parlamentswahlen sind drei bis vier »Hausparlaments«-Runden zu

verschiedenen Fragen geplant; danach will sich die Bürgerbewegung für die EU-weite Einführung des Modells starkmachen.¹²²

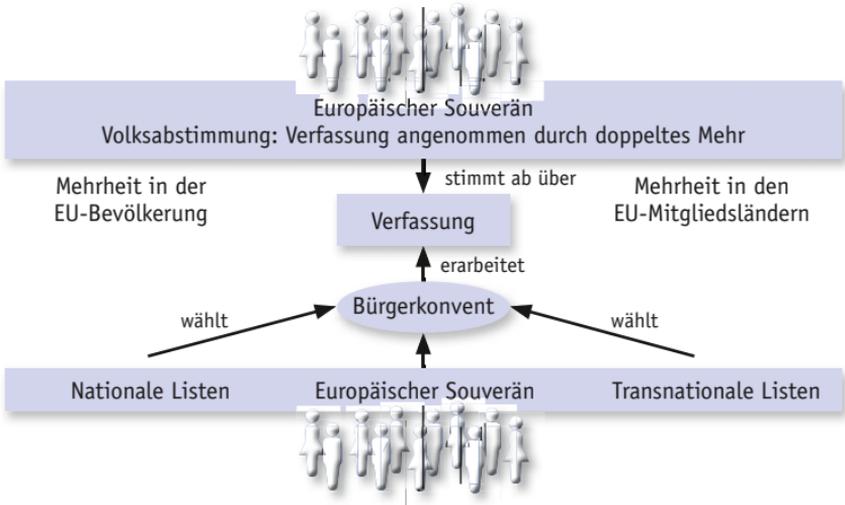
Fundamentaler – im wörtlichen Sinne – argumentiert Mehr Demokratie: »Wir leben alle in einem Haus, unserem »europäischen Haus«. Und deshalb müssen wir uns über den Bauplan dieses Hauses verständigen«. Die Organisation ist überzeugt, dass das Haus zu unübersichtlich geworden ist, mit zu vielen toten Räumen und Fluren, Mitbewohner wollten ausziehen, es knirsche und bröckele überall. Ein neues Fundament sei nötig geworden: eine Verfassung, in der eine konsequente Gewaltenteilung, direkte Demokratie und Dezentralisierung festgeschrieben werden. In zwei Positionspapieren, die ihre Mitgliederversammlungen 2016 und 2017 beschlossen haben, setzt sie sich für die Demokratisierung der Union und die Erarbeitung einer EU-Verfassung durch einen gewählten Bürgerkonvent ein – als »Bauherren« des neuen Hauses.¹²³

Die Mitglieder eines solchen europäischen Bürgerkonvents sollen laut Mehr Demokratie direkt gewählt werden, die eine Hälfte nach transnationalen, die andere nach nationalen Listen. Sie sollen sich beim Ausarbeiten der Verfassung Zeit lassen können. Der Konvent solle in öffentlicher Sitzung selbst entscheiden, wie er arbeiten will. Seine Debatten sollten in allen EU-Staaten und -Sprachen live übertragen werden. Entwürfe, Arbeitspapiere und Zwischenstände sollten im Internet einsehbar sein.

Anschließend solle der europäische Souverän – also wir – über das neue EU-Grundgesetz abstimmen. Wobei es möglich sein sollte, »für mehrere Alternativen zu stimmen und ggf. auch Präferenzen zu vergeben.« Und als Clou sollte es möglich sein, Unterschriften für alternative Verfassungsartikel zu sammeln. Wenn dafür EU-weit eine Million Unterschriften zusammenkommen, wird über diese Alternative mitabgestimmt. Nur wenn die Verfassung ein »doppeltes Mehr« erhält – eine Mehrheit der EU-Bevölkerung und eine Mehrheit von zwei Drittel bis vier Fünftel der EU-Staaten –, soll sie in Kraft treten können.

Weiterhin will die Organisation das Recht auf Volksabstimmungen auf EU-Ebene eingeführt sehen. Und sie stellt sich vor, dass das EU-Parlament durch eine gewählte zweite Kammer ergänzt wird. Anders als

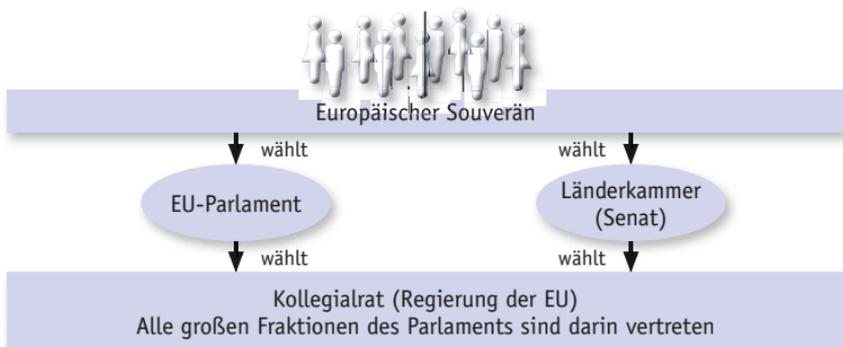
Guérot und Menasse legt sie sich noch nicht fest, ob darin Nationen oder Regionen vertreten sein sollen. Die Gleichberechtigung sei wohl aber besser gewährleistet, wenn nur Mitgliedsstaaten im Senat präsent wären. Denn falls die zweite Kammer aus Regionen bestünde, kämen aus Deutschland weit mehr als aus anderen Ländern, und womöglich bildeten diese dann einen »deutschen Machtblock.«



Als Regierung schlägt der Verein – anders als Ulrike Guérot, die sich die Direktwahl des EU-Präsidenten wünscht – einen Kollegialrat nach Schweizer Vorbild vor, der die größten Fraktionen im Parlament repräsentiert, Entscheidungen im Konsens trifft und alle vier Jahre von Parlament und Senat gewählt wird. Mehr Demokratie warnt sogar vor einer Direktwahl des Präsidenten: Diese habe in den USA, Russland, der Türkei und anderen Ländern zur Polarisierung der Bevölkerung geführt. Im transnationalen Gebilde EU mit 24 Amtssprachen, zahlreichen Kulturen, Religionen, Weltanschauungen und einer höchst vielfältigen Geschichte bestünde die Gefahr, dass Mehrheiten nach Regionen gebildet werden: Südeuropa versus Nordeuropa, Osteuropa gegen Westeuropa.

Politologe Parag Khanna, Ex-Berater von Präsident Obama, kommt zum gleichen Ergebnis.¹²⁴ Er hält die US-Präsidialdemokratie für ineffektiv und anfällig für Populismus. Und fordert eine Kollegialregierung wie in der Schweiz mit wechselndem Vorsitz. Ihr großer Vorteil: Sie

kann eine Vielfalt von Völkern, Regionen und Traditionen repräsentieren. Der Kollegialrat wäre mehr oder weniger politisch neutral und würde Gesetze des Parlaments und Verfassungsvorgaben umsetzen. Die eigentliche Debatte fände im Parlament und in der Öffentlichkeit statt. Kontroversen würden durch Volksabstimmungen entschieden. Der Schweizer Karl Bürkli, Pionier der demokratischen Bewegung, bemerkte dazu schon 1869, das Volk könne weit leichter irren und verführt werden, »wenn es sich um Personen (Wahlen) handelt und nicht um die Beurteilung von Sachen (Abstimmungen)«. ¹²⁵



Die Union als vergrößerte Schweiz – warum nicht? Früher hätte sich die EU dafür mit Butterbergen und Milchseen qualifiziert, heute mit Bekreuzigungen auf EU-Gipfeln.

Wichtiger als der Inhalt der Verfassung, so Mehr Demokratie, sei jedoch der Prozess dorthin. Es komme entscheidend darauf an, die Bürger »von Anfang bis Ende zu beteiligen«. »Emotional ownership« nennt der EU-Experte Armin Steuernagel das: »Prozessuale Fairness ist wichtiger als Ergebnis-Fairness. Langsam ist manchmal schneller«. ¹²⁶

Deshalb solle die Bürgerbeteiligung »zyklisch« organisiert werden: Nach internen Beratungen sollten Angebote zur öffentlichen Beteiligung folgen. Kommentare könnten geprüft, eingearbeitet und erneut diskutiert werden. Denkbare Methoden hierfür wären Online-Befragungen, Telefon-Interviews, Stellungnahmen von Einzelpersonen und Zivilorganisationen, Anhörungen, Internet-Plattformen und repräsentativ ausgeloste Bürgerräte.

Karl-Martin Hentschel, Vordenker bei Mehr Demokratie, hat noch mehr Ideen.¹²⁷ Neben Legislative, Exekutive und Judikative schlägt er eine weitere Gewaltenteilung vor: Die »Monetative« in Gestalt der Europäischen Zentralbank solle nach neuen Kriterien arbeiten. Oberstes Ziel der Geldpolitik sollten künftig eine geringe Erwerbslosigkeit und eine gute und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung sein. Die Geldstabilität sei dann nur noch Mittel zum Zweck – aber kein Selbstzweck. Ein demokratisch kontrollierter Medienrat solle zuständig sein für die Schaffung einer bisher noch nicht existierenden »europäischen Öffentlichkeit«, vielleicht sei auch eine Europäische Medienanstalt zu gründen, die ein Programm in allen 24 offiziellen Sprachen der EU anbietet. Ein Wirtschaftsrat mit Kartellamtsfunktion solle die Entstehung von Monopolen verhindern und die bestehenden – insbesondere die Internetgiganten – systematisch entflechten. Stattdessen sollten als Alternative zu Staat und Privatwirtschaft gezielt gemeinwohl-orientierte Unternehmensmodelle gefördert werden. Es bedürfe für diese Aufgaben regierungsunabhängiger Organe, weil eine Regierung diese nicht wirksam wahrnehmen könne: Sie stehe immer im Verdacht, Geldpolitik oder Medien- und Konzernregulierung zugunsten ihrer Wiederwahl zu gestalten, und sei deshalb leicht erpressbar.¹²⁸

Die Einberufung einer europaweiten verfassungsgebenden Versammlung bedürfe allerdings einer »großen Mobilisierung«, gibt Mehr Demokratie zu. Denn die Regierungen in den EU-Staaten und die Verantwortlichen in Brüssel dürften wenig Interesse daran haben, die eigene Machtbasis infrage zu stellen. Rechtlich gesehen, würden dadurch die EU-Verträge geändert, also müssten alle nationalen Regierungen zustimmen. Völlig unwahrscheinlich? Nein, denn die Krise der EU ist in erster Linie eine Legitimitätskrise. Kracht sie auseinander, verlieren alle. Will man die Union retten, braucht man ganz neue Mittel, um mehr Zustimmung beim europäischen Souverän zu schaffen.

Es muss immer wieder betont werden: Oberster Souverän sind wir alle. Nimmt man die Demokratietheorie ernst, stehen wir über Parlament und Regierung – auch in den Grafiken dieses Buches. Diese sollten unsere Diener sein, nicht umgekehrt – hat da jetzt jemand laut gelacht?

Das europäische Haus in ein oder zwei Jahrzehnten

Wie sähe das europäische Haus in Brüssel wohl in ein bis zwei Jahrzehnten aus, wenn die EU den Neubau durch ihre Bürger und Einwohnerinnen zulassen würde? Wenn es gelänge, durch eine europaweite Bürgerbewegung die EU neu zu konstituieren?

Es würde ein buntes Gewusel unter den wehenden Fahnen in Brüssels Europaviertel herrschen. Ein Treffen und eine Veranstaltung jagt die andere: Diskussionen. Debatten. Demonstrationen. Abgeordnete, Politikerinnen, Gründer von Bürgerinitiativen, Rechtsexpertinnen, alle strömen sie durcheinander, verabreden sich, streiten, schimpfen, lachen. Die Vorbereitungen zur Gründung einer Europäischen Republik sind in vollem Gange. Wie sie genau aussehen soll, das wird gerade ausgearbeitet. Aber klar ist schon jetzt: Die alte Kontroverse, ob die EU ein Bundesstaat oder ein Staatenbund sein soll, hat sich in dieser Form erledigt. Zum Glück, denn hier wären endlose Streitereien zwischen den nationalen Regierungen zu erwarten gewesen. Nein, hier entsteht ein neues Utopia, ein politisches Gebilde, wie es noch nie war. Ein dezentralisiertes Europa, durchzogen von gemeinsamen Strukturen, die sich zwar in Brüssel zusammenballen, aber keine Zentrale im alten hierarchischen Sinne mehr bilden.

Das Subsidiaritäts-Prinzip gibt den Gemeinden und Regionen nun europaweit ihre verloren gegangene Selbstbestimmung zurück, während Nationalstaatelei zurückgedrängt wird. Nur in Skandinavien ist das weniger nötig: Dort ist die kommunale Selbstbestimmung nach wie vor ausgeprägt. Die Menschen in historisch gewachsenen Regionen bauen starke regionale Selbstverwaltungen auf: im Baskenland, in Bayern, der Lombardei, Schottland, Wallonien und wie sie alle heißen. Nebeneffekt: Frühere Rufe nach Unabhängigkeit, etwa in Katalonien, werden leiser.

Wann die Europäische Republik Realität wird, ist noch strittig unter den heftig Debattierenden. Gemeinsame Symbole hat man zwar schon lange: die EU-Flagge, Beethovens »Ode an die Freude« als Hymne, die Parole »Einheit in Vielfalt«, die gemeinsame Währung, den Europatag am 9. Mai. Aber manches muss noch weiter gedacht oder neu aufgebaut werden. Nicht nur in Brüssel, sondern parallel auch in den Regionen. Etwa eine einheitliche Bürgerversicherung für eine gute Gesundheits- und Altersversorgung. Oder der Finanzausgleich zwischen Regionen, damit alle EU-Bürger die gleichen Chancen haben. Oder die Agrarpolitik: In Zukunft wird vor allem Landwirtschaft gefördert, die Böden, Wasser und Klima regeneriert und nichtmenschliche Lebewesen als Mitgeschöpfe achtet; Pestizide und Massentierhaltung werden zunehmend geächtet. Oder die Friedenspolitik: Die zivile Konfliktbearbeitung, lange Jahrzehnte ein Stiefkind der Politik, wird zukünftig eine zentrale Rolle auf dem internationalen Parkett spielen. Frauen-Friedensinitiativen werden weltweit unterstützt; waren es doch auch in Europa vor allem Frauen, die vor den Weltkriegen grenzüberschreitend Frieden forderten.

Auch die gemeinsame Staatsbürger-Behörde der EU mit ihren Meldestellen ist noch im Aufbau. Dort erhält jeder Einwohner und jede Bürgerin einen EU-Pass, der die alte nationengebundene Staatsbürgerschaft ersetzt. Ebenso wie die gemeinsame Medienanstalt nebst ihren regionalen Zweigstellen. Sie umfasst Fernsehen, Rundfunk, Internetdienste und -suchmaschinen, allesamt nichtkommerziell, demokratisch selbstverwaltet, in Gemeineigentum. »Gemeinschaften« lautet das neue Zauberwort des gemeinsamen Verwaltens, Schaffens und Regierens.

All diese Einheiten sollen rechtlich in der neuen EU-Verfassung verankert werden. An dieser werkelt ein fast ständig tagender Konvent mit seinen Arbeitsgruppen, der auf Druck der Zivilgesellschaft eingesetzt wurde, unterstützt vom EU-Parlament und verbündeten Politikern. Der wesentliche Unterschied zu früheren Verfassungsentwürfen: Dieser muss am Ende vom EU-Souverän per Volksentscheid angenommen werden – und nicht wie bisher von Regierungen. Der Konvent besteht aus 600 Mitgliedern von Politik und Zivilgesellschaft plus 50 beratenden Delegierten aus Noch-nicht-EU-Staaten. 200 wurden über transnationale Listen gewählt, 200 als nationale Vertreterinnen und Repräsentanten

der EU-Mitgliedsländer, 200 wurden repräsentativ ausgelost. Auf letzterem Verfahren hatte vor allem die griechische Regierung beharrt und auf entsprechende antike Traditionen verwiesen. Allerdings geht es in Brüssel nicht ganz so antik zu, sonst würden dort nur Männer sitzen.

Wie die neue Verfassung genau aussehen soll, darüber gibt es kontroverse Debatten. So viel steht schon fest: Sie wird – anders als die Verträge von Maastricht und Lissabon – kompakt und allgemeinverständlich sein, denn sonst hätte sie in der Volkabstimmung keine Chance. Die Charta der Grundrechte wird nochmals erweitert. Sie stellt das eigentliche Fundament des europäischen Hauses dar, die gemeinsame Grundsubstanz, die alle Räume, Säulen und Bauteile trägt. Diskutiert wird unter anderem das Recht aller EU-Bürger auf transnationale und transsexuelle Identitäten. Ob auch Tiere und Pflanzen ein Recht auf Würde, Schutz und Leben haben. Wie das Recht auf Frieden genau ausbuchstabiert werden soll. Ob die starke Verpflichtung auf Klimaschutz ergänzt werden soll durch das Bekenntnis einer historischen »Klimaschuld« der Industriestaaten. Ob die Orientierung am Bruttoinlandsprodukt nach dem Vorbild von Bhutan und Neuseeland durch das Bruttozialglück ersetzt werden soll, um den Wachstumszwang abzuschaffen. Und wie die Verpflichtung der EU auf die Förderung des Gemeinwohls verankert werden kann.

Denn die Union, so fordern es viele, soll mit ihren Institutionen vor allem das Gemeinwesen voranbringen – und sich damit als wohltuende Alternative zu den USA, Russland oder China profilieren. Öffentliche Daseinsvorsorge – Gesundheit, Bildung, Wasser, Energie, Verkehrsnetze und Ähnliches – soll vor Privatisierung geschützt werden. Genossenschaften, Gemeinwohl- und Non-Profit-Betriebe sollen einen privilegierten Status genießen. Die bisherige Festlegung auf das »Wettbewerbsprinzip« zwischen Staaten soll abgeschafft werden. Nach dem Desaster mit der endlich abgewählten Regierung Trump in den USA kehrte die Einsicht ein: Die EU-Staaten müssen mit einer Stimme sprechen und ein Kartell der Demokratie bilden.

Eine konsequente Gewaltenteilung wurde bereits eingeführt. Das Parlament, also die Legislative, hat ein Budget- und Initiativrecht erhalten;

seine Abgeordneten werden über transeuropäische Listen und ein europaweit gleiches Wahlrecht gewählt. Es darf seinerseits die Regierung wählen. Der Ministerrat ist durch eine gewählte zweite Kammer ersetzt worden, in der die Regionen vertreten sind. Als dritte Kammer dient ein Zukunftsrat, dessen Mitglieder repräsentativ ausgelost wurden. Er kümmert sich im Rahmen der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDG's) um den natur- und menschenfreundlichen Umbau der Union. Seine Arbeit wird begleitet von Zukunftswerkstätten, in denen Bürger und Expertinnen das Europa von morgen entwickeln und erproben. Gegenwärtig laufen in mehreren Regionen wissenschaftlich begleitete Experimente etwa zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens.

All diese Veränderungen kamen durch eine starke zivilgesellschaftliche Bewegung zustande, die sich als Antwort auf die tiefe Krise der EU gebildet hatte. In mehreren Ländern drohten rechtspopulistische Regierungen mit Austritt oder Obstruktion. In Katalonien, Flandern und anderswo wurden die Rufe nach Unabhängigkeit immer lauter. In dieser brenzligen Situation entstand »Paneuropa«. In Massendemonstrationen in Berlin, Warschau, Rom und anderswo forderten Menschen lautstark eine dezentralisierte Republik. In Brüssel wickelten sie die EU-Gebäude mit langen Parolen-Banderolen ein wie »Wir wollen mitreden« oder »Demokratisierung jetzt!«, aber auch »EUPhorie!« In einigen Regionen gab es sogar Generalstreiks. Die europäische Bevölkerung entdeckte sich als europäischen Souverän.

Der Massenmobilisierung war harte Arbeit vorausgegangen, unter anderem eine Serie von Kongressen der wichtigsten europafreundlichen Bewegungen. Die Diskussionen wurden hervorragend moderiert, blieben aber dennoch schwierig: Die Katalanen etwa wollten lange nicht von ihrem Recht auf Unabhängigkeit lassen. Die Europäischen Föderalisten und die Europäische Bewegung unterstützten zwar Bürgernähe und Subsidiarität, mochten aber nicht auf Konfrontationskurs mit Brüssel gehen. Ebenso wenig die Spinelli Group, ein fraktionsübergreifendes Netzwerk von EU-Abgeordneten. Auch Pulse of Europe warnte anfangs vor Vertragsänderungen in der EU, doch Bewegungen wie DiEM25, Po-demos oder attac forderten genau das: eine ökosoziale Neuausrichtung der EU. Es schien, als sei keine Einigung möglich.

Entscheidend war am Ende, dass sich Mehr Demokratie und andere mit Initiativen vorwiegend junger Menschen zusammaten, etwa WeMove EU, The European Moment, Europäisches BürgerInnen Forum, Why Europe, Eyes on Europe, European Youth Forum, The Young European Collective, The May9Movement, Stand up for Europe, European Alternatives, Charta der Regionen und wie sie alle hießen.¹²⁹ Wiewohl politisch sehr unterschiedlich gefärbt, entwarfen sie doch zusammen die Vision einer europäischen Republik der Regionen. Und einigten sich auf einen kurzen Katalog gemeinsamer Forderungen.

In Brüssel und vielen europäischen Hauptstädten reagierte die Politik zunächst ratlos, zumal die neue Bewegung nicht eindeutig als »links« oder »rechts« einzuordnen war. Aber da die Alternative in einem unkontrollierten Zerfall der EU bestand, wodurch sie selbst ihre Macht verloren hätte, machte sie Zugeständnisse. Etwa die Bevölkerung nach den größten Problemen und Chancen in ihrer jeweiligen Heimatregion zu befragen. Über Bürgerbefragungen, Online-Plattformen, Bürgerkonvente und Volksentscheide wurden die Ergebnisse in einem mehrjährigen Prozess zusammengetragen. In vielen Regionen, vor allem in ländlichen, stellte sich heraus, dass es Menschen vor allem an öffentlicher Daseinsfürsorge mangelte: an Kliniken, Ärzten, Schulen, Kitas, Ämtern und Läden, an fehlenden Verkehrsverbindungen, mangelnden Arbeits- und Lebensperspektiven. In einem zweiten Schritt diskutierten ausgeloste Bürgerräte konkrete Änderungen der Situation. Kommunalpolitiker standen in der Pflicht, sich mit den Vorschlägen zu befassen und sie, wenn irgend möglich, umzusetzen.

Der überraschende Nebeneffekt: Rechtspopulisten verloren stark an Zustimmung. Sie hatten von der Stimmung gelebt, dass »die Flüchtlinge mehr Beachtung finden als wir«. Mit der neuen Bewegung von unten war es damit weitgehend vorbei, weil Menschen das Gefühl hatten, ihre Stimmen zählen, ihnen werde zugehört, ihre Heimatregion werde beachtet. Das nahm den Rechten zentrale Argumente weg. Ihr kleingeistiger Nationalismus wirkte immer mehr wie von vorgestern.

Das »europäische Haus« wird auf Wunsch seiner Bürger und Einwohnerinnen nun auch in den Regionen aufgebaut. Überall auf dem Kontinent

entstehen Bürgerhäuser für Versammlungen und Debatten als Ergänzung jener in Brüssel. In äußerst unterschiedlicher Form, eingebettet in die Sehnsuchtslandschaften am türkisblauen Mittelmeer, im steinernen Herz der Alpen, am wilden Atlantik, in den skandinavischen Wäldern und den Bruchlandschaften an der Weichsel bis zu den Schluchten des Balkan. Hier gibt es nun Orte der öffentlichen Diskussion, der gepflegten Gemeinschaftlichkeit. Frei zugänglich für jedermann und jedefrau, mit vielen Angeboten zu Kunst, Kultur und gesammeltem historischen Wissen. Auch Wissen darüber, dass die europäische Idee auf Dauer nicht überleben kann ohne regionale Resonanz. Bürgerinnen und Einwohner haben in ihren Heimatorten die Gelegenheit zu hören, zu erleben, zu fühlen, was Europa eigentlich bedeutet. Heimat steht nicht mehr im Gegensatz zur fernen Bürokratie in Brüssel.

Man kann diese Zukunftsvision als »naiv« kritisieren, weil sie voller Hoffnung auf eine gute Lösung der gegenwärtigen Krise blickt. Visionen erscheinen aber immer als naiv, denn sie klammern Hindernisse auf dem Weg zum Ziel aus. Doch wenn man umgekehrt den Zustand der EU nur bejammert und keine Ideen zur Krisenlösung entwickelt, wird man ihren Untergang eher noch beschleunigen.

Eines ist klar: Reförmchen und kleine Detailänderungen werden Europa nicht aus der tiefen Krise holen. Wenn die EU ihre Legitimität stärken will, werden Aktivisten und Europareterinnen aus Brüssel und anderswo große Schritte wagen und mitreißende Visionen formulieren müssen – unter Einbeziehung möglichst aller, die in sie hineingeboren oder -gewandert sind.

Denn wir alle zusammen sind der höchste Souverän Europas. Nicht die Nationen und Nationalregierungen, nicht die EU-Organe, sondern wir »einfachen« Menschen. So sieht es die uralte Idee der Demokratie vor, die sich auf das antike Griechenland und die Aufklärung beruft. Wir, die Bürger und Bewohnerinnen Europas, sollten gemeinsam planen, organisieren und abstimmen können, wie unser Kontinent der Zukunft aussieht. Wir haben das Recht darauf. Und nicht vergessen: Nicht die Rechtspopulisten, sondern wir sind die riesige Mehrheit!

»Freude, schöner Götterfunken, Tochter aus Elysium ...« So beginnt die Europahymne, eine Ode an die Freundschaft von Friedrich Schiller, vertont von Ludwig van Beethoven. Aber die alte Saga von der Königstochter Europa aus dem heutigen Syrien erzählt noch ganz andere Dinge: Europa wurde von einem Stier vergewaltigt und nach Kreta entführt. Den Bullen kann man als Symbol für die Börse sehen oder auch für Rechtspopulisten wie Steve Bannon, Donald Trump, Wladimir Putin, Jair Bolsonaro, Recep Tayyip Erdoğan, Victor Orbán, Jarosław Kaczyński, Matteo Salvini und wie sie alle heißen. Müssen wir die Hymne umdichten?

Trauer, schwarzer Götterfunken
Europa im Delirium
Bist in Scham und Schmerz versunken
Traurigste, die Zeit scheint um.
Nimm den Stier nun bei den Hörnern
Tritt ihm in die Kloden rein
Denk dran: Auch der stärkste Bulle
Wird als Schnitzel 'n armes Schwein.

Nein. Nein. Nein. So kann das Buch nicht enden. Das widerspräche auch meiner friedfertigen Natur.

Wie wäre es mit einer leicht umgedichteten Fassung von Patti Smith's »People have the Power«? Das Poem passt, mit Ausnahme des Refrains, auch zu Beethovens Melodie. Und es ist eine indirekte Aufforderung, bei den EU-Parlamentswahlen diejenigen zu wählen, die mit der Demokratisierung beginnen und »Europa mon amour« verteidigen.

I was dreaming in my dreaming
of an aspect bright and fair
and my sleeping it was broken
but my dream it lingered near
in the form of shining valleys
where the pure air recognized
and my senses newly opened

I awakened to the cry
that the people have the power
to redeem the work of fools
to rebuild the Union
it's decreed the people rule
The people have the power
The people have the power ...

Everything we dream can come
to pass through our union
we can turn the world around
and the European Union ...

Was will Mehr Demokratie e.V.?

Es geht auf das Ende dieses Buches zu. Sie haben gelesen von der Krise der Demokratie und wie sie unterhöhlt wird. Gelesen haben Sie auch davon, wie kreativ und mit welchen Ideen sich unser Selbstbestimmungsrecht einlösen ließe. Und nun, was folgt daraus? Schlagen Sie das Buch einfach zu? Schreiben Sie es mit uns doch einfach weiter!

Mehr Demokratie e.V. ist die größte Nichtregierungsorganisation für direkte Demokratie weltweit. Wir treten dafür ein, dass Bürger das Recht haben und faire Bedingungen vorfinden, wichtige Fragen selbst zu entscheiden, wenn sie das wollen – in Gemeinden, in den Bundesländern, auf Bundesebene und in der EU. Neben der direkten Demokratie haben wir uns auch das Wahlrecht auf die Fahnen geschrieben, damit die Bürgerinnen und Bürger mehr Einfluss haben bei der Wahl ihrer politischen Vertretungen. Und schließlich geht es uns um Transparenz und Informationsfreiheit.

Mehr Demokratie hat bisher 39 Volksbegehren und Volksinitiativen selbst initiiert, insgesamt rund sechs Millionen Unterschriften bei Aktionen, Volksinitiativen und Verfassungsbeschwerden gesammelt. So haben wir für mehr als 20 Reformen in den Bundesländern gesorgt und bessere Mitbestimmungsrechte erkämpft. Gemeinsam mit Campact und foodwatch haben wir die größte Verfassungsbeschwerde der deutschen Geschichte gegen CETA initiiert.

Regelmäßig veröffentlicht Mehr Demokratie e.V. Berichte und Rankings zur direkten Demokratie, zum Wahlrecht und zu Transparenzregeln. Für die Mitglieder gibt es eine eigene Zeitschrift, das *md-magazin*.

Knapp 10.000 Mitglieder fördern die Arbeit von Mehr Demokratie und fordern gemeinsam, die Demokratie zu vervollständigen. Das sind viele. Gemessen an unseren Aufgaben aber, sind es viel zu wenige. Schließen Sie sich uns an, werden Sie Mitglied, spenden Sie, bestellen Sie unseren kostenlosen Newsletter. Wir halten Sie auf dem Laufenden, informieren über Aktionen – und unsere gemeinsamen Erfolge.

Hier finden Sie uns: www.mehr-demokratie.de

Wenn wir aufhören, die Demokratie zu entwickeln, fängt die Demokratie an aufzuhören.

Über die Autorin



Ute Scheub ist promovierte Politikwissenschaftlerin, freie Journalistin und Buchautorin. Zuletzt erschien von ihr »Die Humusrevolution« im oekom verlag. Für Mehr Demokratie e.V. hat sie bereits das Buch »Demokratie – die Unvollendete« geschrieben.

Sie unterstützt voller Überzeugung die Ziele des Vereins Mehr Demokratie. Mehr über sie auf www.utescheub.de

Anmerkungen

- 1 Lega-Chef Salvini erwägt Kandidatur für Vorsitz der EU-Kommission. Unternehmen heute, 18.10.2018.
- 2 Maria Fiedler: In seinem Bann. Tagespiegel 26.7.2018; »Brexit wäre ohne Datenskandal nicht passiert«. Spiegel Online 4.6.2018; Fake America Great Again. Arte Dokumentation 11.10.2018; Philipp Lichterbeck: Warum so viele Brasilianer einen Radikalen wollen. Tagesspiegel 8.10.2018.
- 3 Andrea Dernbach: »Ein Gift, das menschliche Beziehungen zersetzt«. Tagesspiegel 3.7.2018.
- 4 Franz Josef Strauß: Aschermittwochsrede 1984 in Passau.
- 5 Evelyn Roll: Wir sind Europa! Berlin 2016, S. 23.
- 6 Interview mit Oliver Nachtwey im Deutschlandfunk, 1.7.2018.
- 7 Jens Baumanns: Werden wir laut! Ein Aufruf an die Generation Europa. In: dafür#1, Berlin 2017.
- 8 Zitiert nach Jeremy Rifkin: Der europäische Traum. Frankfurt am Main 2004, S. 248.
- 9 Robert Menasse: Heimat ist die schönste Utopie. Berlin 2014, S. 54f.
- 10 Yuval Noah Harari: 21 Lektionen für das 21. Jahrhundert. München 2018, S. 174.
- 11 Bruno Latour: Das terrestrische Manifest. Berlin 2018, S. 216.
- 12 Zitiert nach Peter Alter: Nationalismus. Stuttgart 2016, S. 13.
- 13 Obama entpuppt sich als gläubiger Europäer. Süddeutsche Zeitung, 25.4.2016.
- 14 Rifkin: a. a. O., S. 407.
- 15 Oskar Negt: Gesellschaftsentwurf Europa. Göttingen 2012.
- 16 Ute Scheub: Demokratie – die Unvollendete. München 2017, S. 66 ff.
- 17 Alter: a. a. O., S. 37.
- 18 Rifkin: a. a. O., S. 185.
- 19 Rifkin: a. a. O., S. 212.
- 20 Alter: a. a. O., S. 54.
- 21 Janne Teller: Bin ich eine Europäerin? Tagesspiegel 18.6.2018.
- 22 www.goethe.de/prj/erb/de/erb.html
- 23 Jürgen Habermas: Sind wir noch gute Europäer?, ZEIT 5.7.2018.
- 24 Heiko Maas: »Mut zu Europa«, Rede am 13.6.2018, www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-europeunited/2106420
- 25 <https://ifor-mir.ch/eroeffnungsrede-von-victor-hugo-beim-pariser-friedenskongress-1849/>
- 26 Zitiert nach Menasse: Heimat, S. 15.
- 27 Alter: a. a. O., S. 10.
- 28 www.europarl.europa.eu/germany/de/die-eu-und-ihre-stimme/grundrechte-charta
- 29 Spiegel 16.6.2003.
- 30 www.tagesschau.de/wirtschaft/rettungspakete-101.html; Deutschland macht 2,9 Milliarden Euro Gewinn aus Griechenland-Hilfe. Spiegel Online 21.6.2018.
- 31 www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/225124/jugendarbeitslosigkeit-in-europa
- 32 Lena Greiner: Junge Männer sind Nesthocker. Spiegel Online 25.3.2014; Claus Hecking: Aufstand der Mamakinder. Spiegel Online 31.5.2018.
- 33 Ivan Krastev: Europadämmerung. Berlin 2017, S. 25 f.
- 34 Maas: »Mut zu Europa«, a. a. O.

- 35 André Wilkens: Der diskrete Charme der Bürokratie. Frankfurt am Main 2017, S. 96.
- 36 Wilkens: a. a. O., S. 93 ff.
- 37 Rifkin: a. a. O., S. 219 f.; Vier von fünf Deutschen sehen EU positiv. Spiegel Online 17.10.2018.
- 38 Etwa: www.onlinepc.ch/online-pc-magazin/sicherheit/so-daten-google-facebook-apple-etc-einsehen-1548615.html
- 39 Markus Becker: »Man muss krasse Ambitionen äußern«. Spiegel Online 5.8.2018.
- 40 Martin Leidenfrost: Brüssel zartherb. Wien 2010, S. 37.
- 41 Georg Mascolo et al.: Sauerei der Sonderklasse. Spiegel 24.3.2003.
- 42 Der Europäische Rat zieht in einen Glaskasten. n-tv, 3.1.2017.
- 43 Harald Schumann: »Brüssel« ist schuld. Tagesspiegel 16.2.2018.
- 44 Menasse: Landbote, a. a. O., S. 35, S. 49 f.
- 45 Menasse: Landbote, a. a. O., S. 17, 23, 41, S. 22 f.
- 46 www.br.de/nachrichten/faktencheck/factfox-faktencheck-eu-100.html
- 47 Menasse: Heimat, a. a. O., S. 125.
- 48 Attac (Hrg.): Entzauberte Union. Wien 2017, S. 97.
- 49 Attac (Hrg.): a. a. O., S. 147, 123, 144, 149.
- 50 Roman Huber: Es geht um 1.344 Investitionsschutz-Abkommen. Newsletter von »Mehr Demokratie«, 27.6.2018.
- 51 https://ec.europa.eu/commission/consultation-future-europe_de
- 52 https://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Europadialog/_node.html
- 53 Pressemitteilung EBD vom 6.5.2018: »Bürgerdialoge zur Zukunft Europas: Wenn, dann richtig!«.
- 54 Schluss mit WachstumWachstumWachstum, ZEIT-Online 17.9.2018.
- 55 Joseph E. Stiglitz: Ist der Euro noch zu retten? IPG-Journal 22.6.2018.
- 56 www.ericbonse.eu, 23.10.2018.
- 57 Heinrich-Böll-Stiftung (Hrg.): EU-Energieatlas. Berlin 2018.
- 58 FAO: Full Cost Account Project. Rome 2014; www.natureandmore.com/de/entdecken-sie-was-unser-essen-wirklich-kostet
- 59 <https://migration-control.taz.de>
- 60 Harald Schumann, Elisa Simantke: Europa plant den Überwachungsstaat. Tagesspiegel 10.12.2016.
- 61 Studie: Ein Drittel der EU-Finanzregulierer mit Verbindungen zur Finanzindustrie. Pressemitteilung von attac Deutschland, 18.4.2018.
- 62 Christoph Ransmayr: Europa! Herz der Finsternis. Standard 1.7.2018.
- 63 EU-Kommission: Weißbuch zur Zukunft Europas. Brüssel 2017, S. 18.
- 64 Erklärung von Meseberg, www.bundeskanzlerin.de, 19.6.2018.
- 65 Unionspolitiker lehnen EU-weite Kandidatenliste ab. Spiegel Online 29.6.2018.
- 66 Brendan Simms, Benjamin Zeeb: Europa am Abgrund. München 2016, S. 112.
- 67 Menasse: Landbote, a. a. O., S. 83.
- 68 Persönliches Telefonat mit Harald Schumann.
- 69 Wolfgang Schmale: Was wird aus der Europäischen Union? Ditzingen 2018, S. 115 f.
- 70 www.ombudsman.europa.eu, Press Release No. 6/2018.
- 71 Harald Schumann: Brüssel ist schuld oder: Gesetzgebung in der Blackbox. Tagesspiegel 16.2.2018.

- 72 Opening up closed doors: making the EU more transparent for its citizens. Paper from the Dutch COSAC delegation on EU transparency. Tallinn, Nov. 2017.
- 73 <https://www.eesc.europa.eu/en/our-work/publications-other-work/publications/investigation-informal-trilogue-negotiations-lisbon-treaty-added-value-lack-transparency-and-possible-democratic-deficit>
- 74 Harry Cooper: »Where European democracy goes to die«. Politico, 12.7.2016.
- 75 Harald Schumann, Ute Scheub: Die Troika – Macht ohne Kontrolle. Solothurn 2015.
- 76 EU-Parlament will Troika abschaffen. Süddeutsche 13.3.2014.
- 77 Gerd Grözinger: Plan B für Mittelmeerstaaten. taz 21.6.2018.
- 78 Gesine Schwan: Europäische Flüchtlingsintegration als gemeinsame kommunale Entwicklung. Konzeptpapier der Governance Plattform der Humboldt-Viadrina, März 2018; Gerald Knaus, Gesine Schwan: A new approach for a common European asylum and refugee policy, Mai 2018.
- 79 Famiglia Cristiana, 3.4.2017: <http://www.famigliacristiana.it/articolo/il-sindaco-del-comune-dell-integrazione.aspx>
- 80 Campact (Hrg.): Handel neu denken – Forderungen für eine progressive EU-Handelspolitik. Verden 2017.
- 81 Karl-Martin Hentschel: Aufbruch für ein neues Europa. Feb. 2017.
- 82 Harald Schumann: Emmanuel Macron und die deutsche Krankheit. Tagesspiegel 24.5.2017.
- 83 Jean-Claude Juncker, Donald Tusk, Jeroen Dijsselbloem, Mario Draghi, Martin Schulz: Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden. Brüssel 2015.
- 84 Brendan Simms, Benjamin Zeeb: Europa am Abgrund. München 2016, S. 82 f., 104, 116, 125.
- 85 Henrik Müller, Wolfram E. Richter: Europa am Scheideweg, Wirtschaftsdienst 2017; Henrik Müller: Wir sind kein Volk. Noch nicht. Spiegel Online 18.2.2018.
- 86 www.finance-watch.org.
- 87 Claus Leggewie: Europa zuerst! Berlin 2017, S. 121 f.
- 88 Leggewie: a. a. O., S. 124 ff.
- 89 Leggewie: a. a. O., S. 139, 154.
- 90 Leggewie: a. a. O., S. 274.
- 91 Claus Hecking: Der Präsident, dem Klima und Umwelt egal sind. Spiegel Online 30.10.2018.
- 92 <https://act.wemove.eu/de>: Gutes Essen, gute Landwirtschaft – jetzt!
- 93 Ute Scheub, Stefan Schwarzer: Die Humusrevolution. München 2017.
- 94 Heinrich-Böll-Stiftung et al.: Energieatlas. Berlin 2018.
- 95 Leggewie: a. a. O., S. 164 f, 240, 247 f.
- 96 European Commission: Soil and Water: a larger-scale perspective. Nov 2015; Michal Kravčík et al.: Water for the Recovery of the Climate. Zilina 2007; www.waterparadigm.org
- 97 Michael Cramer et al.: Die europäische Verkehrswende: Sauber, sicher und bezahlbar. Brüssel 2011.
- 98 www.investigate-europe.eu.
- 99 Maas: »Mut zu Europa«, a. a. O.
- 100 <https://pep.coop/home>
- 101 Priya Basil: Herzblut für die Demokratie. taz 16.1.2017.
- 102 EU-Kommission will kostenlose Zugtickets für Jugendliche. ZEIT 1.1.2018; www.herrundspeer.eu

- 103 Erich Bonse: Killer-Roboter schlägt Navi. taz 4.7.2018.
- 104 Tilman Evers (Hrg.): Ziviler Friedensdienst. Opladen 2000.
- 105 Andreas Zumach: Auf Druck Deutschlands. taz 22.10.2018.
- 106 Piotr Heller: Die Bots wollen raus aus der EU. Spiegel Online 23.6.2016.
- 107 Michael Efler: Volksentscheide zu EU-Fragen – 10 Fakten und Thesen. Berlin, Juni 2016.
- 108 Nicola Quarz: Positionspapier zur Reform der Europäischen Bürgerinitiative, Juli 2017.
- 109 <https://europeanbalconyproject.eu/en/manifesto>
- 110 Fabian Scheidler: Chaos, das neue Zeitalter der Revolutionen. Wien 2017, S. 174.
- 111 Ulrike Guérot: Warum Europa eine Republik werden muss! Bonn 216, S. 121.
- 112 Ulrike Guérot: Der neue Bürgerkrieg. Berlin 2017, S. 67.
- 113 Guérot: Europa, a. a. O., S. 149, 152.
- 114 www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europawahl/183203/stimmengewichtung-und-sitzverteilung
- 115 Guérot: Europa, a. a. O., S. 150 ff.
- 116 Guérot: Bürgerkrieg, a. a. O., S. 82.
- 117 Guérot: Europa, a. a. O., S. 71.
- 118 Menasse: Heimat, a. a. O., S. 33, 80.
- 119 Menasse: Heimat, a. a. O., S. 97.
- 120 Hentschel: a. a. O.
- 121 Heidi Meinzolt: Liebeserklärung an ein Europa der Regionen. München 1994.
- 122 <https://homeparliaments.eu/>
- 123 Mehr Demokratie: Europa neu denken und gestalten. Positionspapier Nr. 11, beschlossen Juni 2016; Mehr Demokratie: Für einen europäischen Bürgerkonvent. Positionspapier Nr. 15, beschlossen Nov. 2017.
- 124 Parag Khanna: Jenseits von Demokratie – Regieren im Zeitalter des Populismus. Zürich 2017.
- 125 Andreas Gross: Die unvollendete direkte Demokratie – 1984–2015. Thun/Gwatt 2016.
- 126 Oyropa. Oya-Ausgabe Feb. 2016.
- 127 Hentschel: Demokratie für morgen. München 2019.
- 128 Hentschel: a. a. O.
- 129 www.wemove.eu/de; www.theeuropeanmoment.eu; www.ref-sg.ch; www.whyeurope.org; www.eyes-on-europe.eu; www.youthforum.org; www.m9m.eu; www.standupforeurope.eu; <https://euroalter.com>; www.whoifnotus.eu; <https://.charta-demokratiekonferenz.org>

Ein Buch von
MEHR DEMOKRATIE E.V.

Die Europawahl im Mai 2019 ist eine Schicksalswahl: Rechtspopulisten – unterstützt von Donald Trumps ehemaligem Chefstrategen Steve Bannon – wollen ein Drittel der Sitze des Europaparlaments erobern und die EU von innen zerstören. Es reicht hier nicht mehr aus, »dagegen« zu sein.

Wir brauchen eine neue, positive Vision für Europa. Denn bisher erinnert das europäische Haus eher an ein uneinnehmbares Verwaltungsgebäude als an ein vielgestaltiges offenes Bauwerk für die unterschiedlichen Menschen und ihre unterschiedlichen Bedürfnisse. In diesem Buch setzen wir Stein für Stein die Elemente für ein runderneuerteres europäisches Haus, dessen Fundament aus erweiterter Demokratie, Bürgerbeteiligung, Solidarität, Menschenrechten und Klimaschutz besteht.